

Koalitionsvertrag

CDU + SPD + DIE GRÜNEN

2016-2021

Frankfurt am Main, im Mai 2016

Inhalt

Die Herausforderungen der wachsenden Stadt bewältigen	6
Bildung und Kinderbetreuung	7
Gute Bildung für alle	7
Schulentwicklung – Vielfalt der Bildungsgänge	7
Berufliche Schulen	7
Schulbau und Sanierung	8
Bildung und Betreuung von Anfang an	8
Kinder- und Familienzentren	8
Bildungsnetzwerk Kita-Frankfurt	8
Erzieherinnen und Erzieher gewinnen	8
Überarbeitung der Betreuungsentgelte	9
Betreuungsgarantie für Grundschulkinder	9
Ausbau der Ganztagschulen	9
Inklusion und Vielfalt	10
Kulturelle Bildung	10
Beratung und Service für Eltern	10
Stadtbibliothek und Schulbibliotheken	10
Kinderbeauftragte	11
Volkshochschule	11
Bau und Immobilien	12
Hochbau- und Liegenschaftsmanagement	12
Planung und Wohnungsbau	14
Stadtentwicklung	14
Flächennutzung	15
Innenstadt	15
Stadtteile	16
Region	16
Gewerbe	17
Landwirtschaft	17
Städtische Wohnungsbaugesellschaften	17
Planungsorganisation	18
Wohnen	19
Mieterschutz	19
Preisgünstige Wohnungen	19
Pakt für Auszubildende und Studierende	19
Barrierefreies Wohnen	19
Außenwerbung	20
Soziales	21
Wachsende Stadt und ihre sozialen Herausforderungen	21
Soziales	21
Jugend	22
Inklusion	24
Senioren – Leben im Alter in Frankfurt	24
Flüchtlinge	26
Ehrenamt und Partizipation	26
Umwelt	27
Masterplan 100% Klimaschutz	27
Klimaanpassung	28
Grünflächen, Spielplätze und Parkanlagen	28
Friedhöfe	29
Sauberkeit	29
Flächenpolitik	29

Main und Nidda als Naturräume	29
Umweltbildung	30
Kultur	31
Kultur und Kreativität	31
Freier Eintritt für Kinder und Jugendliche in Frankfurter Museen	31
Vielfalt der Museen	31
Zentraldepot	31
Jugendkunstschule	31
Stadthaus als Ort der Begegnung und Kultur	31
Schaffung eines eigenständigen Kinder- und Jugendtheaters	32
Theaterförderung	32
Freie Kulturszene	32
Film und Kino	32
Kulturcampus	32
Erhalt der Bürgerhäuser – Förderung der Stadtteilkultur	33
Kulturentwicklungsplanung	33
Kreative Räume	33
Musik in Frankfurt	33
Zoo – Pinguinanlage	33
Peterskirchhof	33
Gesundheit	34
Luft- und Lärmschutz	34
Das Gesundheitsamt stärken	34
Gesundheit fängt bei Kindern an	35
Selbstbestimmung fördern	35
Prävention und Beratung zu sexuell übertragbaren Krankheiten	35
Klinikum Höchst als kommunales Krankenhaus erhalten	35
Drogen: Den „Frankfurter Weg“ weiterentwickeln	35
Drug Checking	36
Beteiligung an der Cannabis -Studie	36
Besserer Schutz für Prostituierte	36
Flughafen	37
Wirtschaftliche Stärke und Lärmreduzierung in Einklang bringen	37
Wirtschaft	38
Industrie	38
Handwerk und Duale Ausbildung	39
Stärkung der Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH	39
Fin-Tech Zentrum Europa	39
Attraktiver Arbeitsmarkt	40
Gründerstadt Frankfurt am Main	40
Stärkung des Kreativstandorts	40
Tourismusstandort	41
Einzelhandel und Stadtteilmförderung	41
House of Logistics and Management	41
Verkehr	42
Öffentlicher Nahverkehr	42
Autoverkehr	43
Radverkehr	44
Nahmobilität	44
Attraktive Fahrpreise	45
Integration	46
Vielfalt bewegt Frankfurt	46
Integration und Diversität in der Stadtverwaltung	46

Brücken bauen – Teilhabe fördern	47
Diskriminierung bekämpfen	47
Radikalisierung vorbeugen	47
Flucht und Neuanfang	47
Spracherwerb als Chance	47
Aufstieg durch Bildung	48
Zusammenleben aller Kulturen	48
Gleichstellung und Akzeptanz	48
Vielfalt der Religionen	49
Gesellschaftlicher Diskurs	49
Psychosoziale Versorgung	49
Ältere Migrantinnen und Migranten	49
Finanzen	50
Haushalt, Steuern und Abgaben	50
Beteiligungen:	50
Kofinanzierungspool	51
Anlagepolitik	51
Vergabekontrolle	51
Sicherheit	52
Sicherheit und Prävention	52
Stadtpolizei	52
Freiwilliger Polizeidienst	53
Brand- und Katastrophenschutz	53
Prävention	54
Verbesserung der Aufenthaltsqualität Bahnhof und Zeil	55
Nutzung moderner Videotechnik	55
Verantwortungsvoller Umgang mit Spielhallen und Glücksspiel	55
„Sauberes Frankfurt“	55
Verbraucherschutz	55
Verbesserung der Willkommenskultur	56
Sport	57
Vereins- und Sportförderung	57
Sportplätze und Sporthallen	58
Schwimmbäder	58
Ausrichtung von Sportveranstaltungen	58
Frauen	60
Frauen und Gleichstellung	60
Jahreskampagnen des Frauenreferates stärken	60
Europäische Gleichstellungscharta	60
Gleichberechtigte Teilhabe an Erwerbsarbeit	60
Sexismus und Gewalt gegen Frauen und Mädchen ächten	61
Geflüchtete Frauen	61
Politik und Stadtverwaltung haben Vorbildfunktion	61
Bürgerbeteiligung	63
Demokratie und politische Beteiligung stärken	63
Bürgerservice	64
Breitbandausbau	64
Stadtverwaltung	65
Personal und Organisation	65
Die Stadt in Verantwortung als sozialer Arbeitgeber	65
Betriebliches Gesundheitsmanagement	65
Vereinbarkeit Beruf und Familie - vorbildlich	65
Gleichstellung und Frauenförderung	65

Personalentwicklung und Führungskräfteförderung	66
Vielfalt und Innovation fördern	66
Ideenmanagement	66
Förderung von ämterübergreifender Projektarbeit	66
Neue Organisationseinheit "Betriebliche Mobilität"	66
Reform der städtischen IT und Ausbau von E-Government- Dienstleistungen	67
Reformen	68

Die Herausforderungen der wachsenden Stadt bewältigen

Unsere stark wachsende Stadt sieht sich besonderen Herausforderungen gegenüber, deren Bewältigung durch eine breite Basis in Stadtverordnetenversammlung und Magistrat erleichtert wird. Die Fraktionen von CDU, SPD und DIE GRÜNEN schließen sich für die nächsten fünf Jahre zu einer Koalition zusammen, um gemeinsam die Herausforderungen der wachsenden Stadt entschlossen anzugehen. Wir wollen in dieser Wahlperiode sicherstellen, dass Frankfurt eine wirtschaftlich starke Stadt bleibt und aus dieser Kraft heraus den sozialen Frieden und die Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt weiter gewährleistet. Wir wollen das Wachstum unserer Stadt gerecht, sozial und ökologisch gestalten. Mit Priorität verfolgen wir dabei den Ausbau der Bildung mit dem Bau und den Sanierungen unserer Schulen und Kindertagesstätten als wichtigste Zukunftsinvestition, damit alle Kinder mit gleichen Chancen in ihre Zukunft starten und mit guten Sprachkenntnissen, solider Bildung und einem verlässlichen Wertefundament die Stadt von morgen gestalten. Ebenso hat die Schaffung von ausreichendem Wohnraum, der auch für Normalverdiener bezahlbar ist, für eine derzeit und nach jetzigen Prognosen auf absehbare Zeit wachsende Bevölkerung weiter Priorität. Die Stadt wird sich schließlich bei alledem weiterhin als Klimaschutzstadt entwickeln, und damit ihrer Verantwortung für Mensch und Umwelt gerecht werden. Zu diesen und allen anderen wichtigen Themen sind wir mit diesem Koalitionsvertrag zu tragfähigen Beschlüssen gekommen, die unsere Stadt wirksam voranbringen können.

Alle drei Partner und der Oberbürgermeister tragen unabhängig von der jeweiligen Magistrats- bzw. Ressortzuständigkeit für die gesamte Politik der Koalition gemeinsam Verantwortung. Unterschiedliches Abstimmungsverhalten innerhalb der Koalition wird es nicht geben. Die bisherigen Beschlüsse des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung erkennen wir an, modifizieren sie jedoch an manchen Stellen.

Unter Vorsitz des direkt gewählten Oberbürgermeisters werden dem Magistrat der Bürgermeister und Stadtkämmerer sowie neun hauptamtliche Stadträte angehören. Davon erhalten CDU und SPD jeweils vier und DIE GRÜNEN zwei Positionen.

Die CDU erhält mit der Kämmerei die Zuständigkeit für die Städtischen Finanzen, die Beteiligungen und kirchlichen Angelegenheiten, das Dezernat Soziales, Senioren, Jugend und Recht, das Dezernat Bau und Immobilien, Reformprojekte, Bürgerservice und IT sowie das Dezernat Wirtschaft, Sport, Sicherheit und Feuerwehr. Die SPD erhält das Planungsdezernat, das Amt für Denkmalschutz, die Bauaufsicht und das Amt für Wohnungswesen, das Bildungs- und Integrationsdezernat, das Kulturdezernat und das Dezernat für Verkehr. DIE GRÜNEN erhalten die Zuständigkeit für die Bereiche Umwelt, Gesundheit, Frauen sowie Personal und Organisation.

Bildung und Kinderbetreuung

Gute Bildung für alle

Das Beste, was wir unseren Kindern mit auf den Weg geben können, ist eine gute Bildung. Sie benötigen Betreuungseinrichtungen und Schulen, in die sie gerne gehen, in denen sie ihre individuellen Potenziale entfalten können, von den Lehrer/innen und Erzieher/innen lernen können, aber auch lernen, wie man mit Vielfalt zurechtkommt und voneinander profitiert. Einrichtungen also, in denen sie gut auf das Lösen der Probleme von morgen vorbereitet werden. Wir begreifen es als unsere zentrale Aufgabe, die Bildungseinrichtungen in Frankfurt so aufzustellen, dass sie ihrer Aufgabe gerecht werden können. Wir wollen die Ressourcen bereitstellen, um individuelle Förderung zu ermöglichen, damit kein Kind zurückgelassen wird. Wir wollen den Bildungsaufstieg als Chance begreifen und es allen Kindern ermöglichen, den für sie besten Abschluss zu erreichen. Wir wollen eine Bildungslandschaft, die vom Kind her denkt und die Familien in unserer Stadt durch die bestmöglichen Betreuungs- und Bildungsangebote unterstützt. Die im partizipativ erarbeiteten Schulentwicklungsplan festgehaltenen Maßnahmen führen wir fort. Die Bildungsakteurinnen und -akteure werden wir daran weiter beteiligen.

Schulentwicklung – Vielfalt der Bildungsgänge

Wir wollen die Vielfalt der Bildungsgänge erhalten und so viele Wege wie möglich zu höheren Bildungsabschlüssen eröffnen. Zu diesem Zweck werden wir eine ausreichende Zahl von Plätzen in allen Schulformen bereithalten und diese anhand der Entwicklung der Schülerzahlen kontinuierlich überprüfen, um die Schulentwicklung vorausschauend anzupassen. Der Elternwille hat für uns Priorität. Auch wenn die Anmeldezahlen für die Frankfurter Gymnasien aktuell leicht zurückgegangen sind, werden wir mit Hochdruck die im integrierten Schulentwicklungsplan beschlossenen Maßnahmen umsetzen. Zudem wollen wir neben den im SEP vereinbarten Schulen wie dem neuen Gymnasium im Frankfurter Norden zwei weitere gymnasiale Oberstufen einrichten, um auch den Schülerinnen und Schülern aus den Gesamt- und Realschulen den Bildungsaufstieg zu ermöglichen. Dazu werden wir uns beim Land für eine Änderung des Hessischen Schulgesetzes einsetzen, um Oberstufenschulen in Zukunft wieder unabhängig von bereits bestehenden Schulen gründen zu können. Außerdem werden wir beim Stadtschulamt in Kooperation mit dem Staatlichen Schulamt eine Informationsstelle „Schulwechsel“ einrichten, die Eltern beim Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule berät mit dem Ziel, für jedes Kind die individuell geeignete Schulform zu finden, um den bestmöglichen Abschluss zu erreichen. Darüber hinaus wollen wir die Gastschulbeiträge auf ihre Steuerungswirkung hin überprüfen und ggf. mit dem Land neu verhandeln. Wir werden Initiativen kirchlicher und freier, gemeinnütziger Träger, das Bildungsangebot durch Schulen mit besonderer Akzentuierung zu ergänzen, soweit sie die Anforderungen für eine Förderung nach dem Hessischen Ersatzschulgesetz erfüllen, wohlwollend begleiten.

Berufliche Schulen

Wir werden den partizipativen Prozess zur Erstellung des Berufsschul-Entwicklungsplans gemeinsam mit den Schulen fortführen, um ihnen die Möglichkeit zu eröffnen, ihr Profil zu schärfen und auf aktuelle Anforderungen zu reagieren. Dabei werden wir den Ausbau der Vollzeit-Bildungsgänge prüfen. Berufsschulen, die Flüchtlinge betreuen, wollen wir unterstützen. Um Eltern die Möglichkeiten, Chancen und Perspektiven, die mit einer späteren dualen Ausbildung verbunden sind, besser vermitteln zu können, werden wir gemeinsam mit der IHK und Handwerkskammer prüfen, wie die Beratungsangebote zur dualen Ausbildung ausgebaut und für die

Zielgruppe der Grundschüler bzw. Schülerinnen und Schüler an weiterführenden Schulen angepasst werden können.

Schulbau und Sanierung

Der Aktionsplan Schule wird schnellstmöglich umgesetzt, überprüft und mit auskömmlichen Mitteln fortgeschrieben. Mit der Reform des Hochbau- und Liegenschaftsmanagements und der Zusammenfassung aller für den Bau und die Unterhaltung von Schulen notwendigen Kompetenzen unter einem Dach verfolgen wir das Ziel, Kompetenzen zu bündeln, Abläufe zu verbessern und Zuständigkeiten zu klären, um letztendlich schneller zu bauen zu können. Wir wollen darüber hinaus künftig alle Schulen zeitnah und angemessen über potenzielle Maßnahmen informieren und betreuen, indem wir frühzeitig eine Arbeitsgruppe vor Ort einrichten, an der neben den beiden Ämtern auch die Kollegien, Personalräte und Schülervertretungen beteiligt sind.

Bildung und Betreuung von Anfang an

Der Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter sechs Jahren bleibt nicht zuletzt wegen des bestehenden Rechtsanspruchs und des Wachstums unserer Stadt eine wichtige Aufgabe. Neben einem quantitativ ausreichenden Angebot wollen wir die bestehenden hohen Qualitätsstandards in der frühkindlichen Bildung erhalten. Der Ausbau von Betriebskindergärten wird in der Wahlperiode weiter vorangetrieben. Auch die Stadt Frankfurt als Arbeitgeberin soll eine Betriebskindertagesstätte in zentraler Lage in Nähe des Römers erhalten. Bei allen zukünftigen zu planenden Neubaugebieten wird die entsprechende Infrastruktur so rechtzeitig geplant und fertig gestellt, dass mit dem Einzug der Bewohnerinnen und Bewohner die erste Kindertagesstätte und die erste Grundschule eröffnen können. Wir wollen die Außenbereiche der Kindertagesstätten naturnah gestalten und den Anteil regionaler Produkte bzw. Bio-Produkte beim Kita-Essen erhöhen. Wir werden die Partizipation in den Kindertagesstätten ausbauen, um das Bewusstsein für Mitbestimmung und Teilhabe zu stärken.

Kinder- und Familienzentren

Die Arbeit der Kinder- und Familienzentren in unserer Stadt ist wegweisend und hat sich bewährt. Der ganzheitliche Ansatz der pädagogischen Arbeit und die Einbindung der Familien zeigen große Erfolge. Wir werden deshalb die Anzahl der Kinder- und Familienzentren in Frankfurt weiterhin kontinuierlich ausbauen und deren Vernetzung im Stadtteil unterstützen.

Bildungsnetzwerk Kita-Frankfurt

Wir wollen das Bildungsnetzwerk von Kita-Frankfurt erweitern und vor allem Kindern aus Stadtteilen mit hohem Bedarf das Lernen an interessanten Orten in der Stadt ermöglichen. Schwerpunkte sind hierbei die Sprachförderung, das Umweltlernen, die Wertevermittlung und die kulturelle Bildung.

Erzieherinnen und Erzieher gewinnen

Erzieherinnen und Erzieher leisten grundlegende und wichtige Arbeit für unsere Gesellschaft, doch die Anforderungen der beruflichen Tätigkeit sind in den letzten Jahrzehnten deutlich gestiegen. Um die wachsende Zahl der Frankfurter Kinder angemessen zu betreuen, benötigen wir eine ausreichende Anzahl von gut ausgebildeten Erzieherinnen und Erziehern, die trotz der hohen Mietpreise nach ihrer Ausbildung in Frankfurt arbeiten. Wir werden aus diesem Grund in Kooperation mit der Industrie- und Handelskammer, der Agentur für Arbeit bzw. dem dort ansässigen Welcome Center und der Berta-Jourdan-Schule über die bereits laufenden Maßnahmen hinaus über Wege der Anerkennung von Berufsabschlüssen und weitere finanzielle oder infrastrukturelle

Anreize für künftige Beschäftigte im Erzieherberuf sprechen. Weiterhin werden wir die bisherigen Anstrengungen fortführen, auch verstärkt Männer für den Erzieherberuf zu interessieren. Darüber hinaus werden wir die Tätigkeitsbeschreibungen überprüfen und ggf. anpassen, um die gestiegenen Anforderungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Erzieherberuf abzubilden.

Überarbeitung der Betreuungsentgelte

Wir wollen die Entgeltstaffel für die Betreuung in den Kindertagesstätten und Horten überarbeiten, um allen Familien eine qualitativ hochwertige Betreuung ihrer Kinder zu ermöglichen. Die bedeutet, für alle Altersgruppen die Entgelte ab einem Familien-Bruttoeinkommen von 100.000 € im Jahr im Rahmen der Einführung einer zusätzlichen Staffel moderat anzuheben. Für die Unter-Dreijährigen wird eine bisher nicht vorhandene Entgeltstaffel eingeführt analog der Staffel für Kindertagesstätten, um die gering Verdiener zu entlasten. Der Zugang zu guter Bildung und Betreuung darf nicht am Geldbeutel der Eltern scheitern.

Betreuungsgarantie für Grundschulkind

Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf voranbringen. Deshalb werden wir darauf hin arbeiten, jedem Grundschulkind bei Bedarf einen Betreuungsplatz bis 17.00h anzubieten. Dabei kann die Betreuung in Form eines Hortplatzes, eines Angebots der Erweiterten Schulischen Betreuung (ESB), des Pakts für den Nachmittag oder im Rahmen der Offenen Frankfurter Ganztagschule geschehen. Daher werden wir

- den Pakt für den Nachmittag inhaltlich anpassen, um weitere Schulen für die Teilnahme zu gewinnen
- die Anstrengungen beim Ausbau der Erweiterten Schulischen Betreuung (ESB) verdoppeln
- übergangsweise dort auch neue Hortplätze einrichten, wo dringend Betreuungsplätze benötigt werden, bis die Grundschule vor Ort die Betreuung selbst übernehmen kann.
- eine Task Force einrichten, die mithilfe des durch „kindernet.frankfurt“ erhobenen Zahlenmaterials in jedem Grundschulbezirk den Bedarf und die räumliche Situation überprüft und entsprechende Maßnahmen einleitet.
- jede Frankfurter Grundschule in Zusammenarbeit mit den zuständigen Ämtern sukzessive räumlich so ausstatten, dass sowohl die Einnahme eines Mittagessens als auch eine Betreuung am Nachmittag gewährleistet ist.
- die Betreuung durch Tagespflegepersonen weiterentwickeln

Ausbau der Ganztagschulen

Wir wollen den Ausbau der Ganztagschulen in Frankfurt vorantreiben und werden ein Umsetzungskonzept auf Grundlage der Empfehlungen des Jugendhilfe-Ausschusses erarbeiten mit dem Ziel, den Grundschulen den Übergang von der aktuellen Betreuungssituation am Nachmittag in eine Ganztagschule zu erleichtern. Dazu werden wir

- das Förderprogramm „Offene Frankfurter Ganztagschule“ ausbauen, um mehr Schulen die Möglichkeit zu eröffnen, verlässliche Bildungsangebote am Nachmittag, z.B. in Kooperation mit Vereinen aus dem Stadtteil, anbieten zu können
- die Zahl der gebundenen Ganztagschulen erhöhen und mit den Schulen in Dialog treten, um sie bei der Konzeptionierung und dem Übergang in die Landesförderung (Profil 3) zu unterstützen. Analog der Praxis in anderen Bundesländern sollen die Eltern wählen kön-

nen zwischen einem Halbtags- oder einem Ganztags-Schulplatz an der jeweiligen Schule. Dies eröffnet den Schulen die Möglichkeit, auf freiwilliger Basis und gemäß ihren örtlichen Gegebenheiten, sukzessive mit dem Ganztagsbetrieb zu beginnen und ihn entsprechend dem Elternwunsch ggf. auszubauen. Das Angebot von Halbtags- und Ganztags-Schulplätzen kann so flexibel auf die Bedürfnisse der Eltern und Schulen abgestimmt werden.

Ganztägige Bildung leistet nicht nur einen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern eröffnet zusätzliche Möglichkeiten der individuellen Förderung von Kindern und deren aktiver Unterstützung auf ihrem Bildungsweg.

Inklusion und Vielfalt

Wir werden den mit dem integrierten Schulentwicklungsplan beschlossenen Weg der Inklusion weiter gehen und eine stärkere Beteiligung des Landes einfordern. Wir werden gemeinsam mit den Schulen die Situation vor Ort überprüfen mit dem Ziel, die Bedingungen für inklusiv arbeitende Schulen sukzessive zu verbessern. Gemäß den Festlegungen im integrierten Schulentwicklungsplan werden wir entsprechend dem Elternwillen auch weiterhin ein ausreichendes Maß an Förderschulen vorhalten.

Eine heterogene Schülerschaft erfordert die Unterstützung der Kollegien an unseren Schulen. Sie entsteht zum einen durch die Teilnahme als Schulträger an der Modellregion Inklusion, zum anderen durch die große Zahl unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge in Frankfurt, die wir beschulen wollen. Aus diesem Grund werden wir ein Konzept entwickeln, wie multiprofessionelle Teams als Grundversorgung an den Schulen aufgebaut werden können, die bei inklusiv arbeitenden Schulen zusätzlich durch die regionalen Beratungs- und Förderzentren unterstützt werden. Dies kann – je nach Situation vor Ort - sowohl durch den Ausbau der Jugendhilfeangebote geschehen, als auch durch die Bereitstellung von Schulpsycholog/innen, Sonderpädagog/innen, Integrationshelfer/innen, Mediator/innen oder Kulturmittler/innen. Das Land ist hier in der Pflicht, Hessens größten Schulträger finanziell angemessen zu unterstützen; dies werden wir einfordern. Wir wollen die Schulen mit diesen Herausforderungen nicht alleine lassen. Daher werden wir auch diejenigen Schulen unterstützen, die geflüchtete Kinder und Jugendliche unterrichten.

Kulturelle Bildung

Der Zugang zu kultureller Bildung muss für alle Kinder möglich sein. Daher werden wir zusammen mit dem Kulturdezernat ein Förderprogramm „Kulturelle Bildung“ einrichten, das es Schulen und Kulturinitiativen ermöglicht, gemeinsame Projekte der kulturellen Bildung zu realisieren. Zur besseren Vernetzung von Kulturinstitutionen und Schulen wird eine Koordinierungsstelle eingerichtet.

Beratung und Service für Eltern

Wir werden das Stadtschulamt personell verstärken, um die Beratung und den Service für Eltern zu verbessern. Schulen, Eltern und Schüler/innen, die sich mit Fragen an das Stadtschulamt wenden, können eine Antwort in angemessener Zeit erwarten.

Stadtbibliothek und Schulbibliotheken

Wir werden den Medienetat der Stadtbücherei erhöhen und im Rahmen von Bau- und Sanierungsmaßnahmen die Schulbibliotheken weiter ausbauen.

Kinderbeauftragte

Die Kinderbeauftragten in den Stadtteilen sind Kontaktpersonen zwischen allen am Bildungsprozess interessierten Bürgerinnen und Bürger und der Politik. Sie leisten damit wichtige Arbeit zur Verbesserung der Lebensqualität in den Stadtteilen, z.B. bei Fragen der Schulwegsicherung, der Notwendigkeit von Betreuungsangeboten oder der Prävention. Wir werden die Aufwandsentschädigung der Kinderbeauftragten analog zu den Sozialpfleger/innen erhöhen, um die ihnen entstehenden Unkosten zu decken. Wir werden die Wahl einer Sprecherin/eines Sprechers der Frankfurter Kinderbeauftragten unterstützen.

Volkshochschule

Die Volkshochschule leistet einen essentiellen Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit. Hierzu gehören auch ihre Angebote zum Spracherwerb von Flüchtlingen. Wir werden die Volkshochschule kontinuierlich weiterentwickeln und sie auch in ihrer Flüchtlingsarbeit unterstützen.

Bau und Immobilien

Hochbau- und Liegenschaftsmanagement

Frankfurt ist, nicht zuletzt aufgrund des Wachstums der Stadt, auf ein leistungsfähiges Hochbau- und Liegenschaftsmanagement angewiesen. Der weiterhin steigende Bedarf an Plätzen in Kindertageseinrichtungen und Schulen, an zeitgemäßen Verwaltungsgebäuden und die Instandhaltung der Gebäude - insbesondere von Schulen und Kindertagesstätten - sowie deren wirtschaftlicher Betrieb erfordern ein intelligentes Flächenmanagement, einen effizienten Hochbau und eine qualifizierte Gebäudeunterhaltung.

Die Umsetzung der Optimierung des städtischen Hochbau- und Liegenschaftsmanagements im Anschluss an die erfolgreich abgeschlossene Analysephase auf der Grundlage der bereits gefassten Beschlüsse ist deshalb unabdingbar. Die hierzu erforderlichen organisatorischen, personellen und finanziellen Umsetzungsschritte werden zeitnah erfolgen.

Das Organisationsmodell ist entsprechend der im Analyseprojekt erarbeiteten Ordnungsprinzipien der Aufbauorganisation in enger Zusammenarbeit mit der Personalvertretung umzusetzen. Grundlage für das weitere Vorgehen bildet der Magistratsbeschluss MB 1181/2015 (Grundsatzbeschluss zum Reformprojekt „Optimierung des Hochbau- und Liegenschaftsmanagements“ – Wahl des Organisationsmodells und der Organisationsform).

Ziel ist es, alle Liegenschaften der städtischen Ämter und Betriebe im Portfolio des neuen, für das Hochbau- und Liegenschaftsmanagement verantwortlichen Amtes für Bau und Immobilien zu bewirtschaften. Hiervon ausgenommen sind Sonderbauten wie z. B. Schwimmbäder sowie Kultur- und Großsportstätten. Der Bau, die Sanierung und Unterhaltung der Immobilien erfolgt unter Berücksichtigung der Bedarfe der mietenden Ämter sowie in enger Abstimmung mit ihnen. Hierzu wird das Amt für Bau und Immobilien die Beteiligten frühzeitig in die Planungen einbeziehen und zeitnah über den Fortgang der Projekte informieren.

Aufgrund des hohen Neubau- und Sanierungsbedarfs im Bereich von Schulen und Kindertagesstätten ist während der Umorganisation des Bau- und Liegenschaftsbereichs darauf zu achten, dass insbesondere derartige Projekte und Maßnahmen nicht verzögert werden.

Im Rahmen der Umstrukturierung der Hochbau- und Liegenschaftsverwaltung sind alle wesentlichen und sinnvoll zu integrierenden, im Immobilienmanagement tätigen Bereiche der jetzigen Bauherrenämter und -betriebe in einem abgestimmten Prozess in dem neuen Amt für Bau und Immobilien zusammenzuführen. Auch die Gebäude des Eigenbetriebs Kita Frankfurt sollen zukünftig in die Verantwortung des Amtes für Bau und Immobilien überführt werden. Die verbleibenden Hochbau- und Liegenschaftsmanagementprozesse von Betrieben und Fremdgebäudemietern sind in die neu definierten Prozesse des zukünftigen Hochbau- und Liegenschaftsmanagements einzubinden. Technische Hausverwalter und Technische Objektmanager sollen dem neuen Amt personell zugeordnet werden. Die neue Zuordnung ist mit der Personalvertretung sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern abzustimmen und soll den Beschäftigten Möglichkeiten zur Weiterqualifikation eröffnen. Den Bedürfnissen der Schulen und Kindertagesstätten ist dabei angemessene Rechnung zu tragen; eine angemessene Personalausstattung und Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist sicherzustellen.

Ob es wirtschaftlich sinnvoll und rechtlich möglich ist, die ABG Frankfurt Holding mit der Bewirtschaftung der Miet- und Dienstwohnungen zu beauftragen, ist zu prüfen.

Insbesondere in der Umsetzungsphase ist auf eine personelle Unterstützung des vorhandenen Personals durch zusätzliche personelle Ressourcen zu achten. Diese Ressourcen werden nach dem Abschluss des Umsetzungsprojektes auf das für eine rechtssichere und wirtschaftliche Ver-

waltung der städtischen Gebäude unabdingbare Maß zurückgeführt und an die Umsetzung der zur Verfügung stehenden investiven Mittel angepasst. Dabei ist zu beachten, dass die für die Aufgabenerfüllung des Amtes für Bau und Immobilien erforderlichen Personalressourcen zur Verfügung stehen.

Das Amt erhält ein Verwaltungsgebäude mit entsprechenden Flächenreserven, in dem die zu integrierenden Verwaltungseinheiten auskömmlich unterzubringen sind. Die Nutzung nicht benötigter Flächen erfolgt zu gegebener Zeit durch weitere städtische Ämter und Einrichtungen im Rahmen des Flächenmanagements.

Wesentlicher Bestandteil des Umsetzungsprojektes wird die Identifizierung, Beschaffung und Implementierung geeigneter Datenverarbeitungssysteme sein. Auf Eigenprodukte, die eine Revisi-
onssicherheit und die erforderlichen Schnittstellen nicht gewährleisten, wird verzichtet.

Personalverlagerungen werden zentral moderiert und die Abstimmung darüber von Seiten des Personal- und Organisationsamtes koordiniert.

Um den städtischen Gebäudebestand auch langfristig möglichst wirtschaftlich zu erhalten, soll verstärkt eine bauzustandsbezogene kontinuierliche Instandhaltung und Pflege der Bausubstanz angestrebt werden. Hierbei wird vor allem der dringende Sanierungsbedarf der Schulen in den Blick genommen. Die hierfür erforderlichen Finanzmittel sind im Haushalt stets so weit wie möglich zu berücksichtigen.

Das Energiemanagement wird projekthaft untersuchen, wie eine nachhaltige Sanierung des städtischen Gebäudebestandes erfolgen kann. Hierbei soll insbesondere untersucht werden, wie mit begrenzten finanziellen Ressourcen eine möglichst hohe Energieeinsparung bei einer Vielzahl von Bestandsgebäuden erreicht werden kann.

Das Haushaltsbudget für die investiven und konsumtiven Baumaßnahmen der jetzigen Bauherrenämter und -betriebe wird dem neuen Amt für Bau und Immobilien zugeordnet. Damit geht auch die Budgetverantwortung auf die neue Organisationseinheit über.

Planung und Wohnungsbau

Stadtentwicklung

Frankfurt wächst seit vielen Jahren. Die hohe Lebensqualität zieht viele Menschen an, die hier leben wollen. Hinzu kommen wachsende Geburtenraten. Ende 2015 lebten 724.000 Menschen mit Hauptwohnsitz in unserer Stadt. Seit Beginn des Jahres 2010 ist Frankfurt damit um rund 74.000 Menschen gewachsen. Wir freuen uns darüber, auch wenn uns diese Entwicklung vor große Herausforderungen stellt. Das starke Bevölkerungswachstum macht es notwendig, neben der weiteren Innenentwicklung auch neue Wohnbauflächen zu entwickeln. Anders werden wir der Wohnungsnot nicht Herr werden. Um eine gesunde Weiterentwicklung unserer Stadt sicherstellen zu können, werden die zusätzlichen Wohnbaupotenziale im Rahmen der Entwicklung des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes geprüft.

Dabei werden wir neben Konversionsflächen, einer behutsamen Nachverdichtung, der Arrondierung von bestehenden Siedlungen bzw. Stadtteilen auch weitere Freiflächen in die Prüfung einbeziehen. Diese Wohngebiete sollen einen wichtigen Teil zur Entlastung der bestehenden Quartiere durch zusätzlichen Wohnraum beitragen und die Mietpreisentwicklung dämpfen. Um dies zu erreichen, soll dort, wo es sinnvoll und zulässig ist, das Recht der „Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme“ angewandt werden. Mit diesem Instrument erhält die Stadt Zugriff auf die Neubaugrundstücke, kann die Planungswertsteigerung der Grundstücke für die Schaffung der erforderlichen sozialen und verkehrlichen Infrastruktur verwenden und Spekulation mit Baugrundstücken verhindern.

Wenn wir von neuen, lebendigen Quartieren sprechen, dann brauchen wir von Anfang an integrierte Stadtentwicklungsstrategien und guten Städtebau. Hierzu gehören insbesondere der vorgezogene Ausbau der ÖV-Verkehrerschließung sowie der sozialen Infrastruktur. Kitas, Schulen und Sportanlagen sollen frühzeitig errichtet werden. Für uns sind Stadt und Landschaft kein Gegensatzpaar. Wir werden neue Quartiere bauen, die durchgrünt und urban sind. Die städtebaulichen Qualitäten des städtischen Wohnens wollen wir mit einem attraktiven Wohnumfeld und naturnahen Grünflächen verbinden.

Dabei setzen wir auf die Aufstockung von Bestandsgebäuden, die Schließung von Baulücken, die Umwandlung leerstehender Büro- in Wohnflächen und die Ermöglichung höherer vertikaler Ausnutzung in geeigneten Gebieten. Weiterhin ist die Deckung des Wohnbedarfs nur in Zusammenarbeit mit der Region möglich.

Trotzdem wird es zur Deckung des Wohnbedarfs unumgänglich sein, auch bisher unbebaute Flächen in Anspruch zu nehmen. Dafür werden auch landwirtschaftlich genutzte Flächen in Anspruch genommen werden müssen. Dies ist dort möglich, wo es sich um flurbereinigte, artenarme Flächen handelt, die nur geringen Wert für den Naturschutz besitzen. Dagegen werden wir die Bebauung der letzten innerstädtischen Grünflächen in den innenstadtnahen Gründerzeitvierteln und in den Wohnbausiedlungen der Nachkriegszeit restriktiv handhaben. Nicht für eine Ausweisung neuer Flächen zur Verfügung stehen die Flächen des GrünGürtels, Flächen, die heute schon Ausgleichsflächen für frühere Eingriffe darstellen und der Baubeschränkungsbereich des Flughafens.

Gleichzeitig muss die Stadtentwicklung weiter gute Arbeitsplätze ermöglichen und deswegen den Weiterbestand und die Aktivierung und Entwicklung von Gewerbeflächen ermöglichen, gerade auch für industrielle Nutzungen.

Die vorhandenen Zielkonflikte in der Stadtentwicklung zwischen Wohnen, Arbeiten und sozialer und verkehrlicher Infrastruktur sowie dem Erhalt der Lebensqualität und der Beachtung ökologischer

Aspekte machen es notwendig, an der integrierten Stadtentwicklungsplanung festzuhalten, um die vorhandenen Interessen gegeneinander abzuwägen und gute Lösungen zu finden.

Bei der Stadtentwicklung und der Gestaltung unserer Stadt setzen wir auf eine ehrliche, frühzeitige und transparente Kommunikation im Dialog mit den Menschen.

Flächennutzung

Wir setzen uns ein für die Entwicklung von arrondierenden Wohngebieten im Ernst-May-Viertel und zu diesem Zweck und dem des Lärmschutzes für die partielle Einhausung der A 661 zwischen Bornheim und Seckbach. Bestehende Strukturen werden rücksichtsvoll in die Planungen mit einbezogen. Aus unserer Sicht stehen Bund und Land in der Pflicht, hierfür wesentliche Finanzierungshilfe zu leisten. Darum werden wir uns bemühen, und ebenso eigene Finanzierungsanteile übernehmen.

Wir werden, wo möglich und sinnvoll, unbebaute oder nicht mehr genutzte gewerbliche Flächen, die an bestehende Quartiere angrenzen, für Wohnungsbau nutzen.

Soweit die Stadt über Vorkaufsrechte verfügt, werden wir diese konsequent nutzen. Im Rahmen des städtischen Grundstücksbestandes werden wir den Wohnungsbau durch alternative Wohnformen, Baugruppen sowie Genossenschaften fördern. Ein Instrument hierzu wird die Konzeptvergabe darstellen, bei der die Grundstücksvergabe an festzulegende Qualitäten sowie preisgünstigen Wohnungsbau mit Spekulationsverbot gebunden wird.

Der vorsorgliche Ankauf weiterer landwirtschaftlichen Flächen und die Wahrnehmung von Vorkaufsrechten durch die Stadt ist sowohl aus wohnungspolitischer als auch ökologischer Sicht grundsätzlich sinnvoll, und wird von uns als strategisches Element der Flächenpolitik wahrgenommen.

Bei Bebauungsplänen oder städtebaulichen Verträgen sind grundsätzlich 30% für den geförderten Wohnungsbau vorzusehen, wobei zur Förderung einer guten sozialen Durchmischung die beiden Förderwege in etwa gleichmäßig enthalten sein sollen.

Unser wachsendes Frankfurt erfordert eine soziale und ökologisch verantwortete Stadtentwicklung, die

- das Wachstum nachhaltig gestaltet und
- allen Frankfurtern ein gutes Leben in ihrer Stadt ermöglicht.

Deshalb werden die begonnenen Arbeiten an einem Integrierten Stadtentwicklungskonzept im Dialog mit Frankfurter Institutionen und Bürgern weiter bearbeiten.

Innenstadt

Wir werden im ersten Halbjahr 2017 einen städtebaulichen Wettbewerb zur Neugestaltung des Platzes „An der Hauptwache“ ausschreiben. Ziel ist dabei die Erarbeitung eines Vorschlages, der eine attraktive Neugestaltung des Platzes, die Neuordnung der in Teilen unübersichtlichen B-Ebene, den Bau eines Fahrradparkplatzes und die Integration des Museums of Modern Electronic Music beinhaltet. Es sollen sowohl Vorschläge mit Erhalt des breiten Zuganges als auch mit dessen Schließung erarbeitet werden.

Die nördliche Mainuferstraße wird mit Beendigung der Fernwärme-Bauarbeiten der Mainova in der Berliner Straße zwischen Alter Brücke und Untermainbrücke versuchsweise für die Dauer eines Jahres für den Autoverkehr gesperrt.

Die Berliner Straße bleibt vierspurig, erhält aber einen Radweg in jeder Richtung.

Der Eingang des Archäologischen Museum wird an die Nordseite verlegt (Karmeliterkloster) und erhält einen gemeinsamen Eingang mit dem Stadtarchiv (bei weiterer Selbständigkeit der Institute. Der Platz vor dem Kloster wird umgestaltet und durch eine Straßenbahnhaltestelle ergänzt. Auf diese Weise, auch im Zusammenhang mit der Neubebauung des früheren Rechnungshofgeländes eine Situation geschaffen, die beide Museen stärkt.

Die Zeilnebenstraßen werden wir im Rahmen des Innenstadtkonzepts weiterentwickeln.

Wir werden den Hochhausrahmenplan fortschreiben und konzeptionell weiterentwickeln. Hierbei soll auch dem Wohnen angemessener Raum eingeräumt werden. Dort, wo bestehendes Planungsrecht bislang nicht genutzt worden ist, werden wir die aktuellen Planungen überprüfen und, wenn erforderlich, die planungsrechtliche Festsetzungen verändern, um eine positive Entwicklung der Innenstadt zu erreichen.

Stadtteile

Frankfurts Herz schlägt in seinen Stadtteilen. Die Lebensqualität in den Stadtteilen werden wir verbessern, ohne die angestammten Mieterinnen und Mieter zu verdrängen. Hierfür wollen wir vor allem die Stadtteilzentren und ihrer Entwicklung fördern. Darum setzen wir auf sozial gemischte Quartiere, wir setzen auf kurze Wege, auf nachhaltiges Bauen, auf Energieeffizienz, auf eine gute soziale Infrastruktur, auf gute ÖPNV-Anbindung.

Wir stehen auch der Bildung von privatem Wohneigentum positiv gegenüber und werden Möglichkeiten zur Eigentumbildung fördern. Wir werden den sozialen Zusammenhalt in unseren Stadtteilen durch städtebauliche Programme wie beispielsweise die Projekte des „Programms soziale Stadt“ weiter stärken.

Die Programme Schöneres Frankfurt und das Förderprogramm Räume für Kreative haben sich bewährt und werden fortgeführt.

Das bauliche Erbe Frankfurts werden wir schützen. Die Siedlung Römerstadt wollen wir baulich sanieren.

Der Kulturcampus ist städtebaulich eine besondere Entwicklungschance für unsere Stadt. Wir bekennen uns zum Kulturcampus und werden das Projekt gemeinsam mit dem Land zum Erfolg führen.

Frankfurt ist mit seinen gut aufgestellten Hochschulen Anziehungspunkt für Studierende aus aller Welt geworden und hat sich zu einer attraktiven Hochschul- und Wissenschaftsstadt entwickelt. Mit der Frankfurter Campus-Meile wollen wir dieser positiven Entwicklung gerecht werden und diese weiter ausbauen. In Zusammenarbeit mit den Institutionen werden wir die konzeptionelle Weiterentwicklung der Campus-Meile voranbringen.

Die bisherigen Bemühungen, im Rahmen des Förderprogramms Höchst die Qualität der Innenstadt Höchst als Wohngebiet und als Geschäftszentrum für breite Kreise der Bevölkerung zu steigern, werden wir durch eine erweiterte kulturelle Nutzung des Bolongaropalastes unterstützen. Für den Bau und die Neukonzeption inklusive gastronomischer Nutzung werden wir ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung stellen

Region

Nach Berechnungen des Regionalverbandes müssen wir gemeinsam in der Metropolregion Frankfurt / Rhein Main 184.000 Wohnungen bis zum Jahr 2030 bauen. Dies erfordert eine große gemeinsame Anstrengung, die wir gemeinsam mit der Region meistern wollen.

Wir werden, wo immer möglich, Planungsprozesse über Gemarkungsgrenzen hinweg denken. Wir begreifen das Zusammenwachsen unserer Region als große gemeinsame Entwicklungschance.

Die wachsende Region wollen wir gemeinsam auf Augenhöhe gestalten.

Gewerbe

Unsere starke Industrie und die gewerbliche Wirtschaft ist ein erheblicher Standortfaktor für unsere Stadt, den es zu schützen und weiterzuentwickeln gilt. Die im Masterplan ausgewiesenen Gewerbeflächen wollen wir deshalb erhalten und gegen den Veränderungsdruck schützen. Wir wollen bisher unbebaute Gewerbeflächen aktivieren und bestehende Gewerbeflächen besser nutzen und damit für die gewerbliche Wirtschaft Entwicklungsmöglichkeiten erhalten und neue schaffen.

Landwirtschaft

Auch wenn im Rahmen künftiger Wohnbaulandentwicklungsprogramme landwirtschaftliche Flächen in Anspruch genommen werden, setzen wir uns auch weiterhin für den Fortbestand einer funktionierenden Landwirtschaft in unserer Stadt ein. Bei der Ausweisung von Ausgleichsflächen nehmen wir auch auf die Anforderungen einer sinnvollen Bewirtschaftung verbleibender Ackerflächen Rücksicht. Den Ankauf von landwirtschaftlichen Flächen auf Frankfurter Gemarkung zur Ausweisung von Ausgleichsflächen durch Umlandkommunen sehen wir kritisch. Wir werden prüfen, ob diese Praxis beendet oder zumindest eingeschränkt werden kann.

Städtische Wohnungsbaugesellschaften

Die Ursprünge der öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften lagen in der Aufgabe der Versorgung von Menschen mit geringem Einkommen mit dem erforderlichen Wohnraum. Hierbei wurden über Jahrzehnte, insbesondere in Zeiten des Stadtwachstums und der Wohnungsnot großartige Erfolge erzielt. Wir wollen, dass die beiden Wohnungsbaugesellschaften mit städtischer Beteiligung, die ABG Frankfurt Holding und Nassauische Heimstätte, diese Tradition fortsetzen. Die beiden Gesellschaften werden heute hervorragend geführt und sind wirtschaftlich stark. Diese Leistungsfähigkeit muss erhalten bleiben und der Frankfurter Wohnraumversorgung mit kostengünstigen Mieten zugutekommen. Insbesondere werden wir sicherstellen und darauf hinwirken, dass:

- die finanziellen Überschüsse aus der Wohnungsvermietung nicht an die Gesellschafter ausgeschüttet, sondern zum Wohnungsneubau und für Sanierungsmaßnahmen verwandt werden;
- die Mieten für Mieterinnen und Mieter in den kommenden fünf Jahren nur noch um maximal ein Prozent pro Jahr angehoben werden ;
- Neubauwohnungen möglichst kostengünstig erstellt werden, um entsprechend niedrige Baukosten und Mieten sicher zu stellen. Dabei sind nicht zwingend erforderliche technische Anforderungen an die Gebäude jenseits der energetischen Standards auf ihre wirkliche Notwendigkeit zu überprüfen. Die Gesellschaften sollten weiter bundesweit beispielgebend im qualitätsvollen, kostengünstigen Wohnungsneubau sein;
- mindestens 40% der neu entstehenden Wohnungen der öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften im geförderten Wohnungsbau entstehen;

Planungsorganisation

Die beschriebenen Herausforderungen an die Stadtentwicklung unserer wachsenden Stadt erfordern eine stete Überprüfung der Arbeitsorganisation und Ausstattung der Planungsverwaltung. Nur eine effizient arbeitende sowie qualitativ und quantitativ auf die Aufgabenstellungen der Bauleitplanung, Bodenordnung und Erschließung neuen Baulands ausgerichtete Verwaltung kann die großen Herausforderungen bewältigen.

Die Aufstellung von Bebauungsplänen soll zeitlich gestrafft werden. Verantwortlich hierfür ist das Stadtplanungsamt, das gemäß den Vorgaben des Baugesetzbuchs die städtischen Fachämter entsprechend derer Belange anhört und deren Stellungnahmen im Rahmen des Verfahrens eigenständig in die Abwägung einbringt.

Für die zügige Entwicklung der Wohnbauflächen wird das Planungsdezernat eine Koordinierungsarbeitsgruppe einrichten, in derer Sitzungen sich erforderlichenfalls die Fachleute der hinzuzuziehenden städtischen Ämter einbringen.

Als ein erster Schritt zur Stärkung des Planungsamtes werden entsprechend den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln alle möglichen Stellen besetzt.

Wohnen

Preisgünstiger Wohnraum ist für jeden Frankfurter und für jede Frankfurterin – egal ob neu zugezogen oder hier geboren – ein wichtiges Thema. Denn viele Menschen leiden unter steigenden Mieten und können sich eine Wohnung kaum oder gar nicht mehr leisten. Daher hat die Schaffung von preisgünstigen Wohnungen eine hohe Priorität.

Mieterschutz

Wir werden die gesetzlich zur Verfügung stehenden Instrumente zum Schutz der Mieter vor Verdrängung ausschöpfen.

Wir werden uns ggü. dem Land Hessen für eine Rechtsverordnung einsetzen, mit der die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen unter einen Genehmigungsvorbehalt gestellt wird, um Mieter besser vor missbräuchlichen Spekulationen zu schützen. Dieser Genehmigungsvorbehalt ist mit der Einführung von Milieuschutzsatzungen notwendig, um die soziale Zusammensetzung unserer Stadtteile zu bewahren. Dieses Instrument werden wir jedoch dort nicht einsetzen, wo private Eigentümer für ihren echten Eigenbedarf und als Beitrag für erweiterten Wohnungsbau ihren Bestand entwickeln möchten.

Preisgünstige Wohnungen

Unsere Anstrengungen zur Schaffung von preisgünstigem Wohnraum werden wir erhöhen. Dafür werden wir die erforderlichen Mittel sowohl für den ersten als auch den zweiten Förderweg erhöhen und die dafür notwendigen Ressourcen bereitstellen. Den Ankauf von Belegungsrechten werden wir weiter intensivieren und ausweiten. Darüber hinaus werden wir alle Möglichkeiten ausschöpfen und neue Verfahren prüfen, um die Zahlen im sozialen Wohnungsbau auszuweiten.

Wir werden das so genannte Mittelstandsprogramm ausweiten und umbenennen zu einem Frankfurter Programm für preisgünstiges Wohnen für Menschen mit mittleren Einkommen.

Die soziale Mischung in unseren Stadtteilen werden wir unter anderem durch die Umsetzung von Milieuschutzsatzungen erhalten und den Bau geförderter Wohnungen in der gesamten Stadt erhöhen. Wir werden zusätzliche Anreize für Private setzen, sich daran zu beteiligen. Um Einfluss auf die verhältnismäßig sehr hohen Kosten für die Erstellung von Wohnraum zu nehmen, werden wir die Stellplatzsatzung im Hinblick auf bessere Investitionsmöglichkeiten überarbeiten.

Pakt für Auszubildende und Studierende

Die Wissenschaftsstadt Frankfurt gilt es weiter zu stärken und Studierenden sowie Auszubildenden das Wohnen in Frankfurt zu ermöglichen.

Daher werden wir gemeinsam mit der Universität, den Hochschulen, der IHK, der Handwerkskammer der öffentlichen Wohnungsgesellschaften einen Pakt für preisgünstiges Wohnen für Studierende und Auszubildende in Leben rufen, um neue Modelle der Wohnungsbereitstellung für junge Menschen zu verwirklichen.

Barrierefreies Wohnen

Durch die Förderung von barrierefreiem Wohnen werden wir ein selbstbestimmtes und altersgerechtes Leben ermöglichen. Seniorengerechtes Wohnen und den besonderen Bedürfnissen von Menschen mit Behinderung werden wir im Wohnungsbau berücksichtigen. Solche Wohnformen werden wir gezielt fördern.

Außenwerbung

Die Außenwerbung wird mit Wirkung zum 1. Januar 2018 neu ausgeschrieben.

Soziales

Wachsende Stadt und ihre sozialen Herausforderungen

Die zukünftigen Herausforderungen für die Stadt Frankfurt durch die Veränderungen in einer wachsenden Stadt wollen wir unter anderem durch Weiterentwicklung von steuernden Instrumenten für die kommunale Infrastruktur und für die sozialen Systeme in Frankfurter Stadtteilen lösen. Armutsvermeidung- und Bekämpfung stehen dabei im Fokus. Unsere Programme in diesem Bereich werden wir zusammenführen und stärken. Vor diesem Hintergrund wollen wir auf lokaler Ebene Strategien weiterentwickeln und stärken, die der Individualität der Stadtteile, aber auch der Steuerungsaufgabe der Stadt, Rechnung tragen. Die bestehenden Strukturen wollen wir weiter stärken und ausbauen.

Unser weiteres Ziel ist es, hierfür eine funktionierende integrative Kooperations- und Beteiligungsstruktur zwischen Verwaltung, Akteuren vor Ort, den lokalen Unternehmen, der Wohnungswirtschaft und den Bewohnerinnen und Bewohnern, herzustellen. Dies geschieht durch die integrierende Vernetzung der einzelnen Systeme der sozialräumlich orientierten Unterstützungsangebote.

Nachhaltige Integration ist für uns eine Daueraufgabe. Diese wird sich prägend auf die weitere Entwicklung der Frankfurter Stadtgesellschaft auswirken. Daher wollen wir auch über die verpflichtenden Leistungen und Angebote im Bereich der schulischen Bildung, der Sprachförderung und der Integration in den Arbeitsmarkt hinaus, allen in Frankfurt lebenden Generationen eine besondere Aufmerksamkeit zukommen lassen.

Migration ist in Frankfurt keine neue Entwicklung. Die neue Herausforderung wird sein, die neu zuziehenden Frankfurter Bürgerinnen und Bürger, die unter anderem als Asylsuchende in Frankfurt eine neue Heimat gefunden haben und ein Teil des wachsenden Frankfurts sind, in die Stadtgesellschaft nachhaltig zu integrieren.

Die Diversität unserer Stadtgesellschaft findet auch in Zukunft ihre Berücksichtigung bei der Ausgestaltung der Sozialpolitik in Frankfurt.

Soziales

Aktive Nachbarschaft: Neben Wohnen und Arbeit sind Orte der Begegnung von existenzieller Bedeutung, um Menschen eine Integration in die Stadtgesellschaft zu erleichtern und damit zu ermöglichen, dass sie sich Frankfurt am Main als ihre Heimat erschließen. Die Koalition stellt sich den Anforderungen der wachsenden Stadt. Die vorhandene soziale Infrastruktur ist zu sichern und auf die neuen Anforderungen auszurichten. Sie ist zu qualifizieren und dort wo nötig auszubauen und zu erweitern. Die Koalition versteht den damit verbundenen Einsatz finanzieller Mittel als Investitionen in die Zukunft. Der Rahmen des Frankfurter Programms Aktive Nachbarschaft ist besonders geeignet, Orte der Begegnung zu schaffen.

Der Ausbau von Quartiersmanagements im Rahmen des Frankfurter Programms – Aktive Nachbarschaft, insbesondere in den Stadtteilen Fechenheim, Gutleut und im Frankfurter Westen wollen wir weiter vorantreiben. Die Vernetzung mit anderen Stadt(teil)entwicklungsprogrammen soll zielführend weiterentwickelt werden. Dafür wollen wir die erforderlichen organisatorischen und finanziellen Grundlagen in diesem Programm für eine zielorientierte Koordinierung und den erforderlichen Ausbau einer aktiven Stadt(teil)entwicklung schaffen.

Es findet eine enge Kooperation der Projekte der Aktiven Nachbarschaft mit dem Bundesprogramm Soziale Stadt statt.

Der Frankfurt-Pass hat sich als Unterstützung für Menschen mit geringem Einkommen bewährt. Wir werden den Frankfurt-Pass zu einem zeitgemäßen Medium weiterentwickeln und im Rahmen einer elektronischen Plattform anbieten. Zur Hälfte der Wahlperiode werden wir die Einkommensentwicklung der Bezieherinnen und Bezieher bewerten und eine Anpassung der Einkommensgrenze für die Bezugsberechtigung vornehmen.

Die Öffnung der B-Ebene Hauptwache als Notquartier im Winter hat sich bewährt und schützt Menschen vor Frost und Schäden an Leib und Leben. Wir werden mit geeigneten Umfeldmaßnahmen im Bereich Sozialbetreuung, Wachdienst und Sanitäranlagen ein verträgliches Miteinander aller Nutzer der B-Ebene gewährleisten. Zudem werden die niedrigschwelligen Tagesangebote, die Bereitstellung ausreichender Schlafplätze in Einrichtungen insbesondere auch für Frauen und die aufsuchende psychosoziale Arbeit im Umgang mit Obdachlosen gestärkt.

Optimierung der Familienzentren: Die Familienberatungsstellen, Familienbildungsstätten sowie Kinder- und Familienzentren (Kifaze) wollen wir einschließlich der bestehenden Angebote so weiterentwickeln, dass sie den Herausforderungen, die sich aus der Integration ergeben, annehmen und bedienen können sowie bei kulturellen Unterschieden Hilfestellungen leisten können. Auch werden zusätzliche Kinder- und Jugendzentren geschaffen.

Wir werden das bereits bestehende Engagement der Stadt in der Beschäftigungsförderung verstärken und im Frankfurter Arbeitsmarktprogramm zusätzliche Mittel für Angebote zur beruflichen Förderung sowie zur Integration, insbesondere im Bereich des berufsspezifischen Spracherwerbs zur Verfügung stellen.

In Frankfurt leben über 70.000 SGB II Leistungsempfänger. Insbesondere die Langzeitarbeitslosigkeit ist hierbei ein Problem. Wir wollen die bestehenden Programme für eine Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt ausweiten. Dafür stellen wir die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung.

Die freien Träger der Sozial- und Jugendhilfe erbringen eine Vielzahl von Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger im Auftrag der Stadt. Wir werden im Verlaufe der Wahlperiode dafür sorgen, dass sich die Tarifierhöhungen in den Leistungen an die Träger wiederfinden. Wir werden wie bei anderen Zuschussempfängern sicherstellen, dass die vereinbarten Tariftreueverpflichtungen eingehalten und die Angebote regelmäßig evaluiert werden. Wir werden die Einhaltung von städtischer Seite flächendeckend prüfen.

Die Arbeit in den Frauenhäusern in Frankfurt wird weiter gefördert und Programme wie etwa die Akutversorgung bei Vergewaltigten dauerhaft unterstützt.

Um dauerhaft eine stabile soziale Infrastruktur in unserer Stadt anbieten zu können, findet in der Wahlperiode eine sozialräumliche Evaluierung der verschiedenen Angebote statt, damit mögliche Doppelstrukturen abgebaut werden können und Anpassungen an neue Herausforderungen ggf. schneller möglich sind.

Die Armutserichterstattung der Stadt Frankfurt wird fortgeführt

Jugend

Ein wichtiger Baustein einer gelingenden nachhaltigen Integration in einer wachsenden Stadt und einem gelingenden Zusammenleben einer steigenden Zahl von Bürgern Frankfurts ist der Ausbau von Jugendfreizeiteinrichtungen in der offenen Kinder- und Jugendarbeit (2015 ca. 90.000 Menschen zwischen 6- und 21 Jahren, 2006 waren es ca. 80.000), z. B. in Sachsenhausen und Harheim. Durch die dort stattfindenden Begegnungen der Frankfurter sowie der neu zugezogenen Kinder und Jugendlichen bei entsprechenden Angeboten werden gegenseitiges Verständnis,

Zusammenarbeit und Akzeptanz gefördert. Diese Arbeit findet innerschulisch wie außerschulisch unsere Unterstützung.

Wir wollen in den kommenden Jahren weitere inklusive freizeitpädagogische Angebote schaffen. Eine auf Kinder und Jugendliche zugehende mobile Arbeit in den Stadtteilen soll als wichtiger Bestandteil der Herausforderungen in einer wachsenden Stadt bei einer sich stetig verändernden Zielgruppe entwickelt werden. Hierfür wollen wir die organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen schaffen.

Das Programm „Frühe Hilfen“ spielt eine immer wichtigere Rolle für junge Familien mit einer Vielfalt an Angeboten, um durch aufsuchende Betreuung den Familien in besonders schwierigen Lebenslagen Unterstützung, Beratung und Begleitung bis zum Ende des 1. Lebensjahres der Kinder anzubieten und Hilfestellung beim Zugang zu bestehenden Hilfs- und Unterstützungsangeboten in Frankfurt zu geben. Wir wollen das Programm „Frühe Hilfen“ weiter ausbauen und die „Netzwerkkoordination Frühe Hilfen“ dauerhaft sichern und bedarfsgerecht bis zum 3. Lebensjahr vorsehen. Das als soziales Frühwarnsystem in Geburtskliniken entwickelte Programm „Babylose“ soll dauerhaft in Frankfurt bestehen bleiben und nach Möglichkeit auf weitere Kliniken ausgeweitet werden.

Um schnell auf Straftaten von Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden zu reagieren und diese möglichst zu verhindern, gibt es im Westen und Norden Frankfurts bereits zwei Häuser des Jugendrechts. Die koordinierte Zusammenarbeit mehrerer staatlicher und städtischer Stellen hat sich sehr gut bewährt. Innerhalb kurzer Zeit können den jungen Menschen Angebote gemacht und Lösungen aufgezeigt werden, um so weitere Straftaten zu verhindern und Weichenstellungen für eine straffreie Zukunft vorzunehmen. Wir möchten durch die sukzessive Einrichtung von ein bis zwei weiteren Häusern des Jugendrechtes allen gefährdeten Frankfurter Kindern und Jugendlichen helfen, ein straffreies Leben zu führen.

Gesundes und behütetes Aufwachsen soll für jedes Kind in Frankfurt selbstverständlich sein - auch für diejenigen, die in Familien mit schwierigen finanziellen Verhältnissen leben und sich nicht regelmäßig ein abwechslungsreiches Mittagessen leisten können. Um die Entwicklungs- und Teilhabechancen von jungen Menschen zu verbessern, wurde in Frankfurt stadtweit das Projekt "Pädagogischer Mittagstisch" aufgelegt. Zahlreiche Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit, Kirchengemeinden, Nachbarschaftszentren und Vereine bieten regelmäßig einen Mittagstisch für Kinder und Jugendliche an, oft gepaart mit pädagogischen Projekten wie Hausaufgabenbetreuung, Bewegungsangeboten und Förderung von Wissen um gesundheitsbewusste Ernährung. Wir möchten die Angebote des pädagogischen Mittagstisches stadtweit sichern, ausbauen und anpassen.

Die gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahrzehnte sind enorm. Die männliche Normalerwerbsbiographie in der Gesellschaft, nicht zuletzt durch den Wegfall vieler (typisch männlicher) Berufsbilder, wurde zum Auslaufmodell, die Geschlechterkonstruktionen und die traditionelle Rollenverteilung zwischen Mann und Frau sind im Wandel begriffen und die gesellschaftlichen Anforderungen an Mädchen und Jungen haben sich geändert. Insbesondere Kinder und Jugendliche aus Familien mit Migrationshintergrund sehen sich häufig mit divergierenden kulturellen Normen in Familie und Gesellschaft konfrontiert. Wir möchten neben den weiterhin wichtigen Mädchenspezifischen Angeboten mit einem Programm die soziale, kulturelle und schulische Entwicklung speziell von Jungen unterstützen, auch durch Anregungen für die Bildung entsprechender freier Träger. Eine wichtige Aufgabe der Jungenarbeit besteht auch darin, aktiv den interkulturellen Dialog im Hinblick auf die Gleichberechtigung der Geschlechter zu führen.

Um jungen Menschen bei der Suche nach einer beruflichen Perspektive zu helfen, wird gemeinsam mit der Wirtschaft und den Kammern in Frankfurt ein Programm „Ausbildungsgarantie“ aufgesetzt.

Das „Programm zur Verbesserung der Bildungs- und Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen in Frankfurt“ wird als Grundlage für die weitere Arbeit genutzt, um maßgeschneiderte Angebote für Familien und Kinder in Frankfurt machen zu können.

Inklusion

Die Herstellung der Barrierefreiheit in Frankfurt am Main ist seit Jahren ein besonderes Anliegen der städtischen Körperschaften. Wir haben das Ziel, die Stadt barrierefrei zu gestalten und benachteiligten Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Dazu wird die Stadt barrierefrei weiterentwickelt.

Die Arbeit der Frankfurter Behinderten-Arbeitsgemeinschaft wird weiter gefördert.

Die Mittel für Maßnahmen zur Herstellung der Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen werden aufgestockt und im Sinne des Inklusionsgedankens nicht nur für Maßnahmen bei körperlichen Beeinträchtigungen, sondern auch für geistige und psychische Beeinträchtigungen vorgesehen.

Der Internetauftritt und Veröffentlichungen der Stadt Frankfurt werden bürgerfreundlicher und barrierefreier durch die Anwendung von leichter Sprache.

Senioren – Leben im Alter in Frankfurt

Leben im Alter in Frankfurt bedeutet für uns, älter werdenden Bürgern die Gewissheit zu geben nach ihren eigenen Bedürfnissen in den gewünschten Strukturen alt werden zu können, mobil zu bleiben, sicher und selbstbestimmt zu leben. Dadurch wird das Miteinander der Generationen gestärkt. Wir setzen uns für ein generationengerechtes und inklusives Frankfurt ein, das allen Menschen Chancen bietet kompetente Ansprechpartner für alle Anliegen zu finden. Wir wollen ältere Menschen in ihrer Kompetenz stärken, um im eigenen sozialen Umfeld, in ihrem Quartier, so lange wie möglich leben zu können. Wir wollen alle Maßnahmen die in einer Stadt mit steigenden Bewohnerzahlen erforderlich sind, in eine sozialräumliche Betrachtung der Sozialplanung einbinden.

Für ältere Menschen, die auf aktive Hilfe angewiesen sind, werden wir die Möglichkeiten einer modernen sozialen Infrastruktur bereit halten und nutzen, damit sie selbstständig und selbstbestimmt leben können. Dazu gehört die Unterstützung und Anerkennung professioneller und ehrenamtlicher sozialer Netze, die dazu beitragen, dass Menschen mit einem eingeschränkten Aktionsradius nicht aus ihrem sozialen Umfeld ausgeschlossen werden.

In Frankfurt engagieren sich gerade ältere Bürger beispielhaft ehrenamtlich. Dieses Engagement von Seniorinnen und Senioren wollen wir weiter unterstützen und aktivieren sowie die Selbsthilfestrukturen zur Unterstützung bei der demographischen Entwicklung fördern.

Wir bewahren die gesetzten Standards in der offenen Altenhilfe und werden den neuen Entwicklungen durch neue Wege Rechnung tragen.

Wir wollen die zukunftsorientierte Senioren- und Inklusionspolitik vorantreiben durch Maßnahmen im Sinne einer altersfreundlichen Stadt („Agefriendly City“ nach der Terminologie der Weltgesundheitsorganisation).

Wir stärken den Seniorenbeirat durch die Einräumung von Rechten zur eigenständigen Öffentlichkeitsarbeit, durch bessere Verzahnung mit den Gremien der Stadtpolitik und den städtischen

Einrichtungen, durch den Auftrag zur Erstellung eines jährlichen Tätigkeitsberichts und durch Befassung bei Planungsvorhaben und der Auswertung von Gutachten, die sein Aufgabenfeld betreffen.

Wir werden weitere Fitness-Parcours einrichten und durch zusätzliche Sitzbänke im öffentlichen Raum die Mobilität von Senioren unterstützen. Für die Verbesserung der Teilhabe von Senioren am öffentlichen Leben werden wir deren besondere Belange bei der Gestaltung des öffentlichen Raums berücksichtigen, beispielsweise durch gute Ausleuchtung der Fußwege.

Das existierende Angebot „Aktiv im Alter“ der Volkshochschule wird durch Hinzunahme der sonstigen außeruniversitären Bildungsangebote für Senioren, unter aktiver Teilhabe der Betroffenen, zu einer virtuellen „Akademie des Alters“ ausgebaut, mit der solche Bildungsangebote umfassend und leicht zugänglich zusammengefasst, dargestellt und angeboten werden.

In drei Pilotprojekten soll eine moderne quartiersbezogene Altenarbeit erprobt werden. Wesentlichen Einfluss sollen dabei Aspekte der Inklusion haben (z.B. Menschen mit Behinderungen, Migranten).

In Anlehnung an das Frankfurter Forschungsprojekt „Hier will ich wohnen bleiben“ sollen in den Stadtteilen Schwanheim, Bockenheim und Nordweststadt, ggf. Je nach Bedarfslage in begrenzten Quartieren, alle Akteure mit der Bevölkerung zusammen gebracht werden. In einem partizipativen Prozess (= Fortschreibung der Partizipativen Altersplanung) soll die Vernetzung untereinander im Sinne einer guten Zusammenarbeit und Abstimmung vorangetrieben werden, so dass freie Träger, Vereine und Verbände, Nachbarschaftsbüros und Initiativen sowie Stadtverwaltung und andere gemeinsam an einer altersgerechten Infrastruktur für die älteren Menschen vor Ort arbeiten. Dabei verfügen sie über die bisherigen Zuschüsse im Rahmen der städtischen Förderung der Offenen Altenhilfe. Die Projekte sind ergebnisoffen angelegt, d. h. dass die bisherigen Angebote – je nach Bedarfslage der älteren Menschen – angepasst werden. Die Pilotprojekte werden mit einer Moderation unterstützt. Es erfolgt eine begleitende Evaluation.

Um ältere Menschen besser über soziale, medizinische und andere Angebote in den Stadtteilen zu informieren, werden dezentrale Stadtteilatlanten für Senioren aufgelegt.

Um ein breites Angebot an Seniorentreffs vorhalten zu können, werden in den nächsten Jahren unter sozialräumlicher Betrachtung neue Treffpunkte eingerichtet.

Zur Stärkung der Arbeit von Senioren-genossenschaften soll deren Arbeit mit Unterstützung der Stadt weiter vernetzt werden.

Zum Schutz von älteren Menschen vor Kriminalität werden weiterhin bedarfsgerechte Maßnahmen ergriffen, wie Z.B. Beratung, sichtbare Präsenz von Ordnungskräften im öffentlichen Raum und die Ausgestaltung von Fußwegen, Treppen, U- und S- Bahnstationen und Unterführungen.

Als Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger bei auftretenden Qualitätsmängeln in der häuslichen und stationären Pflege von Angehörigen wird im Jugend- und Sozialamt eine entsprechende Ombudsstelle eingerichtet.

Dem Erhalt der Geschäfte für den täglichen Bedarf im Nahbereich für ein seniorenfreundliches Umfeld wird besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Eine bedarfsgerechte und wohnortnahe medizinische Versorgung ist gerade für ältere Menschen besonders wichtig. Das gilt auch für die geriatrische Versorgung. Daher wird sich die Stadt in Verbindung mit der Kassenärztlichen Vereinigung für eine bestmögliche flächendeckende, allgemeinmedizinische Versorgung in Frankfurt einsetzen. Die Notfallversorgung darf nicht allein zu Lasten einiger Krankenhäuser und der Patienten gehen.

Flüchtlinge

Bei der Entwicklung der Flüchtlingszahlen haben die bundespolitischen Entscheidungen unmittelbare Auswirkungen auf die Kommunen. Frankfurt hat mit der Errichtung der Stabsstelle Flüchtlingsmanagement sehr schnell reagiert und die nötigen Ressourcen in der Stadtverwaltung gebündelt. Die Stabsstelle Flüchtlingsmanagement wird der laufenden Entwicklung angepasst und ggf. über die avisierte Zeit hinaus fortgeführt.

In Zusammenarbeit mit Frankfurter Stiftungen ist es gelungen, das Projekt „Frankfurt hilft – Engagement für Flüchtlinge“ ins Leben zu rufen. Frankfurt hilft hat sich als erfolgreicher Initiator, Moderator, Ideen- und Austauschort etabliert. Wir werden dafür Sorge tragen, dass „Frankfurt hilft“ auch in Zukunft so lange wie nötig erhalten bleibt.

Frankfurt hat bisher vorbildliche Arbeit bei der Betreuung und Integration von Flüchtlingen betrieben. Um das auch weiterhin zu gewährleisten, werden wir die Unterkünfte für Flüchtlinge im Stadtgebiet bedarfsgerecht und möglichst dezentral ausbauen. Wir achten dabei darauf, dass den unterschiedlichen Bedürfnissen der geflüchteten Menschen und deren Schutz vor Diskriminierung und Gewalt auch innerhalb der Unterkünfte Rechnung getragen wird.

Die bestehenden Programme zur Sprachförderung und Integration durch Bildung werden wir in einem Gesamtkonzept zusammenführen.

Ehrenamt und Partizipation

Ohne bürgerschaftliches Engagement, ohne die Arbeit von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, ohne nachbarschaftliches Engagement oder die Arbeit der Stiftungen wäre Frankfurt menschlich ärmer und könnte viele der Angebote der sozialen Stadt nicht leisten. Bei der Bewältigung der sozialen Herausforderungen Frankfurts setzen wir daher auch in der Zukunft auf die aktive Förderung und Unterstützung des Ehrenamtes und die Einbindung der Stiftungen in Frankfurt.

Wir wollen die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen stärken und Programme wie z.B. das Spatz-Programm als Instrument zur Vermittlung der demokratischen Willensbildung weiter fördern.

Umwelt

Umwelt- und Klimaschutz sind gerade in unserer wachsenden Stadt Pflichtaufgaben, wenn wir auch in Zukunft Lebensbedingungen sicherstellen wollen, die gesund und attraktiv sind.

Frankfurt hat es in den vergangenen Jahren geschafft, den Ausstoß schädlicher Treibhausgase trotz wachsender Bevölkerung und wachsender Wohn- und Gewerbeflächen pro Kopf zu senken. Aber gerade Umwelt- und Klimaschutz muss auch über die Stadtgrenzen hinausgreifen. Als Kern der Region wird Frankfurt auch in den nächsten fünf Jahren alle Anstrengungen unternehmen, um die Nachhaltigkeit weiter zu befördern. Zusammen mit den Nachbarkommunen werden wir darüber hinaus die Idee der Green City zur Vision einer Green Region weiterentwickeln.

Masterplan 100% Klimaschutz

Der Masterplan 100% Klimaschutz wird als Orientierung und Strategie für künftiges Verwaltungshandeln mit dem Ziel, Frankfurt spätestens bis 2050 mit 100 Prozent regenerativer Energie zu versorgen, konsequent umgesetzt.

Für die Erreichung dieses Ziels ist eine Absenkung des Energiebedarfs um 50 % erforderlich. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir

- Nahwärmenetze ausbauen, und an das weiter wachsende Fernwärmenetz anschließen.
- ein Energiekataster aufbauen, das die räumliche Verteilung von Erzeugung und Verbrauch präzise erfasst,
- mit Hilfe der städtischen Gesellschaften eine Vorbildfunktion für den Ausbau der Solarnutzung (Photovoltaik und Thermosolar) wahrnehmen. Es werden Modelle entwickelt, bei denen die Mieter von dem produzierten Strom profitieren.
- die Kampagne "Frankfurt spart Strom" für Haushalte und Büros weiterführen
- die Beratung für kleine und mittlere Unternehmen über Energiemanagementsysteme verstärken und das Energiereferat entsprechend ausbauen
- innovative und ökologische Pilotprojekte bei städtischen Beteiligungen vorantreiben und insgesamt durch Beratung und Unterstützung insbesondere bei der Kommunikation fördern.

Eine besondere Bedeutung kommt bei der Umsetzung des Masterplans dem energieeffizienten Bauen zu. Der Passivhausstandard oder neuere und noch energieeffizientere Verfahren bei Neubau und Sanierung sind zur Erreichung der Klimaziele unverzichtbar. Wir werden bei der Bewertung von Bauvorhaben den bisher gegangenen Weg daher fortsetzen: Frankfurt bleibt Klimaschutzstadt und die Stadt geht mit gutem Beispiel voran. Die bisherigen energetischen Standards bei städtischen Gebäuden haben gezeigt, dass es möglich ist, zeitnah die Schaffung von Infrastruktur, erhebliche energetische Einsparpotentiale und Kostenverantwortung miteinander in Einklang zu bringen. Bei technisch besonders komplexen Gebäuden kann im Einzelfall in Abstimmung zwischen dem Energiemanagement und dem Energiereferat geprüft werden, ob die energetischen Vorgaben der Passivhausbauweise partiell durch andere Maßnahmen ersetzt werden können.

Aber auch die alternative Energiegewinnung ist ein unverzichtbarer Bestandteil des Klimaschutzprogramms. Die Förderung und der Ausbau von Solarthermie/Solarenergie werden mit besonderen Anstrengungen verfolgt. Wir werden auch hier bei städtischen Bauten vorangehen, Förderprogramme auflegen und mit einer Kampagne bewerben und generell die Bürgerberatung in-

tensivieren. Wir wollen, dass deutlich mehr Anlagen zur Nutzung der Sonne (Photovoltaik und Thermosolar) in Frankfurt gebaut werden.

Klimaschutz ist wie die gesamte Umweltpolitik auch regionale Aufgabe. In diesem Zusammenhang werden wir regionale Projekte zum Klimaschutz werden umsetzen und die Kooperationen ausbauen. Insbesondere unterstützen wir die seit April 2013 bestehende Kooperation mit dem Regionalverband Frankfurt- RheinMain zur Entwicklung eines regionalen Energiekonzeptes.

Klimaanpassung

Großen Teilen Frankfurts droht durch den Klimawandel eine Überhitzung. Die beschlossene Anpassungsstrategie wird daher mit Leben gefüllt und u.a. ein Programm zur Klimavorsorge gestartet.

Frankfurt legt einen Klimafonds in Höhe von 10 Mio € für die nächsten fünf Jahre auf. In diesen Fonds fließen jährlich 2 Mio € aus dem städtischen Haushalt. Weitere Mittel von Privaten, Stiftungen sowie aus Landes-, Bundes- oder EU-Programmen können eingeworben werden. Mittel aus diesem Programm sollen genutzt werden, um derzeit versiegelte öffentliche Plätze zu entsiegeln und zu begrünen sowie klimafreundliche Maßnahmen im Gebäudebestand zu fördern. Mit Fördermitteln aus dem Programm werden wir unter Berücksichtigung sozialer Komponenten insbesondere in kurzer Zeit 100 Dachbegrünungen, 100 Hofbegrünungen und 100 innovative Projekte wie Sonnensegel, Pergolen oder Trinkbrunnen fördern.

Bei Neu- und Umbauten sollen Bauherren intensiv über die Auswirkungen ihres Gebäudes auf das Mikroklima und über Fördermöglichkeiten beraten werden. Bei eigenen Neubauten, im öffentlichen Wohnungsbau und in Preisgerichten misst die Stadt künftig der Klimavorsorge denselben hohen Stellenwert wie dem Klimaschutz bei.

Grünflächen, Spielplätze und Parkanlagen

Frankfurt muss – gerade im Zeichen den Klimawandels und des Bevölkerungswachstums – eine Stadt bleiben, die auch für künftige Generationen lebenswert bleibt.

Die zahlreichen Grünflächen sind für den Umwelt- und Klimaschutz von elementarer Bedeutung. Zugleich sind sie öffentliche Räume, die für alle Frankfurterinnen und Frankfurter unverzichtbar sind. Die bestehenden Grünflächen werden deshalb geschützt und gepflegt, wir werden sie miteinander vernetzen und ihre Attraktivität weiter steigern.

Der GrünGürtel, der in diesem Jahr 25 Jahre besteht, ist ein besonderes Markenzeichen unserer Stadt. Er wird vor Bebauung geschützt und wo möglich erweitert, zum Beispiel indem wir die Fläche des künftigen „GrünGürtelPark Nieder-Eschbach“ sukzessive dem GrünGürtel zuschlagen. Hierbei beginnen wir mit dem östlichen Bereich. Wir werden den GrünGürtel durch Speichen bis zu den Wallanlagen ergänzen, um die Folgen des Klimawandels abzumildern und gerade in den dicht bebauten Stadtteilen Erholungs- und nicht-kommerzielle Begegnungsräume zu schaffen. Im Sinne der zusammenwachsenden Region wird der GrünGürtel über Strahlen mit dem Regionalpark zusammengeführt.

Auch die Qualität der Spielplätze werden wir stetig verbessern und diese wichtigen Orte insbesondere mit den jungen Frankfurterinnen und Frankfurtern weiter entwickeln. Wir werden weitere Möglichkeiten für vereinsungebundenen Sport für alle Altersgruppen schaffen.

Um die vorhandenen Grünflächen im Besitz der Stadt möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern zugänglich zu machen, werden in Abstimmung mit den Beteiligten Möglichkeiten der Öffnung von Sportanlagen und Freizeitgartenanlagen im GrünGürtel geprüft.

Um die existierenden und die hinzukommenden Grünflächen-, Freizeit- und Parkanlagen und Spielplätze ausreichend pflegen und unterhalten zu können, wird das Grünflächenamt mit ausreichend finanziellen Mitteln (zusätzlich 2 Mio € pro Jahr) und mit zusätzlichem Personal ausgestattet. Um die Sauberkeit der Grünflächen zu verbessern, benötigen wir allerdings darüber hinaus die Hilfe der Benutzerinnen und Benutzer. Wir werden mit Kampagnen um diese Unterstützung werben und Maßnahmen erarbeiten, die die Sauberkeit verbessern.

Auch in der Großstadt ist Platz für Gärten. Mit der Entwicklung einer Kleingartenstrategie soll aufgezeigt werden, welchen Raum und Stellenwert die Kleingärten in der wachsenden Stadt haben sollen. Aber auch Initiativen und Projekte zum urban gardening können nach wie vor auf unsere aktive Unterstützung bei der Suche nach Flächen und der Umsetzung zählen.

Friedhöfe

Die 36 Frankfurter kommunalen Friedhöfe nehmen neben ihrer Funktion als letzte Ruhestätte auch zunehmend wichtige soziale, kulturelle und ökologische Aufgaben für die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger wahr. Wir setzen uns für die Schaffung eines Friedwalds in Frankfurt ein. Auch wünschen wir die Errichtung je einer Urnenwand oder eines Kolumbariums auf zumindest jedem größeren oder mittleren Friedhof.

Sauberkeit

Gepflegte Grünanlagen und ein sauberes Wohn-, Arbeits- und Einkaufsumfeld sind entscheidende Wohlfühlfaktoren für die Bürgerinnen und Bürger. Die Stabsstelle „Sauberes Frankfurt“ hat sich in den letzten Jahren um die Stärkung dieses Bewusstseins sehr verdient gemacht. Wir unterstützen diese Arbeit nachdrücklich.

Flächenpolitik

Frankfurt liegt im Zentrum einer Metropolregion, in der die Aufgaben Wohnungsbau, Schaffung neuer Grünflächen, soziale und kulturelle Infrastruktur und Mobilität als regionale Aufgabe verstanden werden müssen.

Wir müssen uns aber auch unserer speziellen Verantwortung innerhalb unseres eigenen Stadtgebietes stellen. Den Ausgleich zwischen Wohnungsbau, Infrastrukturmaßnahmen und ökologischen Ausgleichflächen werden wir weiterhin vor allem innerhalb der Stadtgrenzen sichern. Ausnahmen in begründeten Einzelfällen werden nicht dazu führen, dass die Frage des ökologischen Ausgleichs als Aufgabe an andere Kommunen delegiert wird. Wir werden ebenso darauf achten, dass auch andere Kommunen ihre Ausgleichsverpflichtungen nicht auf Kosten von Flächen der Stadt Frankfurt abwälzen.

Der vorsorgliche Aufkauf weiterer landwirtschaftlichen Flächen und die Wahrnehmung von Vorkaufsrechten durch die Stadt ist sowohl aus wohnungspolitischer als auch ökologischer Sicht grundsätzlich sinnvoll, und wird von uns als strategisches Element der Flächenpolitik wahrgenommen.

Main und Nidda als Naturräume

Die in den letzten Jahren erfolgreich unternommenen Anstrengungen zu Renaturierungen an Main und Nidda setzen wir fort. Die Aktivitäten werden gemeinsam zwischen Umweltdezernat und der beim Verkehrsdezernat angesiedelten Stadtentwässerung verantwortet.

Umweltbildung

Das Bewusstsein für ökologische Zusammenhänge ist gerade auch für Menschen, die in einer hoch verdichteten Stadt aufwachsen, wichtig. Wir werden die vielen Initiativen, die sich um die Verbreitung von Wissen um diese Zusammenhänge engagieren, weiterhin unterstützen. Eine wichtige Rolle spielt hierbei insbesondere der Verein „Umweltlernen“.

Kultur

Kultur und Kreativität

Frankfurt ist eine lebendige und wachsende Kulturstadt. Wir werden Exzellenz, Innovation und Vielfalt fördern. Die großen, exzellenten Institutionen wie die Städtischen Bühnen und die Museen werden wir weiter unterstützen, damit sie weiterhin ihre Strahlkraft entfalten und verstärken können. Gleichzeitig werden wir die Vielfalt der kulturellen Angebote, vor allem der Freien Szene, stärker fördern und entsprechend ihrem Stellenwert für das künstlerische Leben in Frankfurt berücksichtigen. Wir wollen Innovation und Kreativität fördern, um Frankfurt wieder zu einem Labor werden zu lassen, das es den Kulturschaffenden ermöglicht, neue Wege zu gehen.

Kultur für alle ist unser Auftrag. Wir ermöglichen den Zugang zu den Kulturangeboten der Stadt und zur kulturellen Bildung für alle Bevölkerungsgruppen.

Freier Eintritt für Kinder und Jugendliche in Frankfurter Museen

Der Eintritt in die Dauerausstellungen der städtischen Museen ist für alle Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre frei. Gleichzeitig wollen wir die pädagogischen Angebote in den Museen erweitern. Damit leisten wir einen Beitrag zu mehr kultureller Bildung in dieser Stadt. Die Erfahrungen aus anderen deutschen Städten zeigen, dass durch einen kostenlosen Eintritt neue Besuchergruppen für die Kunst gewonnen werden können. Kultur für alle, insbesondere für Kinder und Jugendliche, darf nicht am Geldbeutel der Eltern scheitern.

Vielfalt der Museen

Das Frankfurter Museumsufer und die Vielfalt der städtischen und privaten Museen sind in Deutschland einzigartig. Insbesondere das Weltkulturenmuseum braucht eine Perspektive. Wir werden in dieser Wahlperiode eine Standort-Entscheidung treffen, eine Machbarkeitsstudie für den Erweiterungsbau in Auftrag geben und die Finanzierung klären. Wir werden das Struwwelpeter-Museum bei seinen Plänen in der Frankfurter Altstadt und weiterhin die Verwirklichung des Museum Of Modern Electronic Music (MOMEM) an der Hauptwache unterstützen.

Zentraldepot

Wir wollen in den nächsten Jahren den Neubau eines energieeffizienten Zentraldepots vorantreiben, um insbesondere die umfangreichen Sammlungen des Weltkulturen-, Architektur-, Historischen und Jüdischen Museums und anderer kultureller Institutionen zusammen unter einem Dach ordnungsgemäß unterzubringen.

Jugendkunstschule

Wir werden in Kooperation mit Dritten ein Konzept für eine Jugendkunstschule erarbeiten, die Kindern und Jugendlichen außerhalb des Schulbetriebs einen Raum für eigenes kreatives Schaffen eröffnet. Hierfür wollen wir Sponsoren und Stifter gewinnen.

Stadthaus als Ort der Begegnung und Kultur

Das Stadthaus als erster Baustein der neuen Altstadt soll eine gemeinsame, öffentliche Nutzung verschiedener Einrichtungen ermöglichen. Der große Saal bleibt als Veranstaltungsraum für die allgemeine Öffentlichkeit nutzbar. Wir werden daneben ein gemeinsames Nutzungskonzept für ein ökumenisches Kirchenmuseum im Zusammenwirken von Ikonenmuseum und Dommuseum, gegebenenfalls unter Einbeziehung von Exponaten aus der evangelischen Kirche, für Teile des

Stadthauses realisieren. Die Verwaltung des Stadthauses wird geprüft unter Einbeziehung der Saalbau und des Hauses am Dom.

Schaffung eines eigenständigen Kinder- und Jugendtheaters

Wir werden ein eigenständiges Kinder- und Jugendtheater in Frankfurt etablieren. Hierzu werden wir geeignete Standorte prüfen, wobei das Zoogesellschaftshaus unsere erste Priorität darstellt. Das Frankfurter Kinder- und Jugendtheater soll in selbstständiger Trägerschaft geführt werden. Die entsprechenden finanziellen Mittel hierfür werden wir im Haushalt bereitstellen.

Theaterförderung

Wir bekennen uns zur Sanierung der Theater-Doppelanlage der Städtischen Bühnen und werden – nach Prüfung aller möglichen Varianten – die erforderlichen Mittel im Haushalt bereitstellen. Ebenso wollen wir die Freie Theaterszene stärken und ihre Finanzierung deutlich verbessern. Gemäß den Empfehlungen der Theaterallianz werden wir die Theaterförderung um 2 Mio. € pro Jahr erhöhen. Die Arbeit des Theater-Beirats werden wir konstruktiv begleiten und, soweit wir in den ersten Jahren seiner Arbeit strukturellen Verbesserungsbedarf identifizieren, optimieren. Auch die Privattheater gehören selbstverständlich zu unserer vielfältigen Theaterlandschaft.

Freie Kulturszene

Die Freie Szene und auch die kleineren Häuser, sollen eine ihrer Bedeutung entsprechende Berücksichtigung im Kulturretat der Stadt Frankfurt erhalten. Wir werden die Zuschüsse für die Freie Szene um 2 Mio. € pro Jahr erhöhen und somit in Frankfurt mehr experimentelle und avantgardistische Kunst ermöglichen. Außerdem wird dadurch der finanzielle Spielraum geschaffen, um auch im Kulturbereich bessere Löhne und Gagen bezahlen zu können. Im Dezernat für Wissenschaft und Kunst werden wir eine Anlauf- und Beratungsstelle für Freie Initiativen und Projekte einrichten, die sie bei der Antragstellung unterstützt.

Film und Kino

Wir werden die Film- und Kinoszene und ihre Initiativen wie das Filmhaus Frankfurt finanziell stärken. Den zahlreichen Frankfurter Filmfestivals wollen wir mit einem Film- und Festivalzentrum einen zentralen Ort geben, an dem sie überregional wahrgenommen werden und unter professionellen Bedingungen ihre vielfältigen Programme zeigen können. Gemeinsam mit weiteren Institutionen, wie dem Filmhaus, dem Medienzentrum, dem Bundesverband Jugend und Film, dem Bundesverband kommunale Filmarbeit sowie den hessischen Filmfördereinrichtungen soll dort eine Anlaufstelle für Filmschaffende aus der Rhein-Main-Region entstehen. Wir werden eine Machbarkeitsstudie für die Realisierung dieses Projekts in Auftrag geben. Bis zur Realisierung werden wir die Förderung der Filmfestivals erhöhen, um ihnen die Ausrichtung der Festivals in anderen Spielstätten weiterhin zu ermöglichen. Darüber hinaus werden wir im Amt für Wissenschaft und Kunst einen Fachbereich „Film und Medien“ einrichten.

Kulturcampus

Wir werden die Entwicklung des Kulturcampus Frankfurt vorantreiben. Um Synergien freizusetzen und neue Impulse zu initiieren, wollen wir gemeinsam mit den Kultureinrichtungen des „Forum Kulturcampus“ ein Konzept erarbeiten, wie auf dem ehemaligen Campusgelände ein Ort der Moderne mit internationaler Ausstrahlung realisiert werden kann. Diese Entwicklung werden wir unterstützen und als Stadt unseren Beitrag zu deren Verwirklichung leisten. Auch das „Offene Haus der Kulturen“ wollen wir bei seinem Vorhaben finanziell unterstützen und ihm im Studierendenhaus eine Heimat geben.

Erhalt der Bürgerhäuser – Förderung der Stadtteilkultur

Die Frankfurter Bürgerhäuser werden wir erhalten. Sie tragen entscheidend zur Begegnung der Menschen und zum kulturellen Leben in den Stadtteilen bei. Projekte und lokale, kulturelle Initiativen wollen wir mit einem Stadtteilkultur-Programm unterstützen.

Kulturentwicklungsplanung

Wir wollen unter Federführung des Kulturdezernats im Rahmen eines professionell gemanagten Beteiligungsprozesses einen Kulturentwicklungsplan für Frankfurt aufstellen und so die Stadtgesellschaft in die zukünftige Entwicklung der Frankfurt Kulturlandschaft einbinden. Ziel ist dabei, den Kultureinrichtungen Planungssicherheit in Bezug auf ihre künftige Entwicklung zu geben und neue Perspektiven zu eröffnen.

Kreative Räume

Wir werden das erfolgreiche „Programm zur Förderung des Umbaus leerstehender Räume für Kreative“ weiterführen und ausbauen, um weiterhin projektbezogene Zwischennutzungen durch Künstler und Kreative im gesamten Stadtgebiet fördern zu können. Künstler und Kreative wollen wir bei der Suche nach Produktions- und Darstellungsorte aktiv unterstützen.

Musik in Frankfurt

Frankfurt hat nach wie vor eine lebendige und attraktive Musikszene, die unter anderem mit dem geplanten Museum Of Modern Electronic Music gewürdigt wird. Wir werden die lokale Szene weiter unterstützen durch den Ausbau der Proberäume und die stärkere Förderung von Spielstätten. Außerdem wollen wir auch die Frankfurter Bühne auf dem Museumsuferfest wieder aufleben lassen. Wir werden den guten und vertrauensvollen Dialog mit der Clubszene weiter führen.

Zoo – Pinguinanlage

Der Frankfurter Zoo ist nicht nur der zweitälteste Zoo in Deutschland, er ist auch einer der beliebtesten Freizeitorte für die Frankfurterinnen und Frankfurter und die Menschen in der Region und wird gerade von Familien gerne besucht. Er leistet darüber hinaus einen wichtigen Beitrag zum Artenschutz. Wir wollen den Zoo weiterentwickeln und das Sanierungsprogramm fortschreiben. Er soll in einem nächsten Schritt mit einem Neubau ein angemessenes Pinguin-Haus erhalten.

Peterskirchhof

Der Peterskirchhof ist der älteste Friedhof in Frankfurt mit Grabstätten von Goethes Eltern, der Familien Nestle, Merian, Textor und Hauck. Leider sind viele der Grabstätten und ihre Epitaphien durch Wetter und Alter schwer angegriffen. Wir werden diese Kultur- und Geschichtsdenkmale Frankfurts sanieren.

Gesundheit

Die Kommune hat eine wichtige Funktion als Akteur der Gesundheitsvorsorge in der Schaffung gesunder Lebensbedingungen, der Verhütung von Krankheiten und Versorgung kranker Menschen. Wir stellen uns dieser immer neuen Herausforderung und sind bereit, wo immer es erforderlich ist, neue Wege zu gehen.

Wir wollen Frankfurt als eine Stadt erhalten, in der gesundes Leben für alle Menschen möglich ist. Die Vorsorge steht dabei im Mittelpunkt unserer Anstrengungen.

Luft- und Lärmschutz

Luft - und Lärmschutz sind unverzichtbare Teile vorsorgender Gesundheitspolitik.

Frankfurt ist als zentrales Verkehrsnetz stark durch Luftverschmutzung und Lärm beeinträchtigt. Die 2006 eingeführte Umweltzone konnte die Feinstaubbelastung zwar reduzieren. Dies reicht jedoch nicht aus. Wir streben daher an, die Umweltzone auf das gesamte Stadtgebiet auszuweiten und den Ausbau der Elektromobilität und anderer emissionsarmer Mobilitätsformen zu forcieren.

Lärm ist über den Flughafen hinaus der Stressfaktor der Großstädte und führt zu schwerwiegenden gesundheitlichen Folgen, wie die NORAH Studie eindrucksvoll gezeigt hat. Unser Ziel ist es daher, den Lärm an allen Quellen vermindern. Das gilt für den Fluglärm ebenso wie für Verkehrslärm, aber auch den Lärm durch Kehrmaschinen und Laubbläser.

Wir wollen in den kommenden Jahren die Rolle des Frankfurter Flughafens sichern und gleichzeitig dessen wirtschaftliche Bedeutung in Einklang mit weiteren Lärmreduzierungen bringen.

Zu diesem Zweck werden wir die im Abschnitt Flughafen beschlossenen Maßnahmen umsetzen, und damit den Herausforderungen gerecht werden.

Wie die NORAH Studie gezeigt hat, sind die gesundheitlichen Beeinträchtigungen bei Straßenverkehrslärm nicht geringer als beim Fluglärm.

Beim Bau des Riederwaldtunnels treten wir dafür ein, dass der größtmögliche Lärmschutz realisiert wird. Frankfurt wird im Änderungsplanfeststellungsverfahren für den Riederwaldtunnel und in einem möglichen neuen Planfeststellungsverfahren im Zusammenhang mit der A661 eine eigene Stellungnahme abgeben und sich dabei auch der Unterstützung durch ein externes Fachbüro bedienen.

Der Lärmschutz an den Autobahnen und Stadtschnellstraßen muss dort, wo noch nicht vorhanden, sichergestellt werden (A5, Rosa-Luxemburg-Straße).

Den Lärmaktionsplan werden wir umsetzen.

Das Gesundheitsamt stärken

Zur Bewältigung der durch die wachsende Bevölkerung erweiterten Anforderungen erhält das Gesundheitsamt die erforderliche Ausstattung durch Personal und Mittel.

Insbesondere werden wir für die deutlich gestiegene Zahl von Kindern in der Stadt die Kapazitäten für die Schuleingangsuntersuchungen ausbauen und als Kompensation für den Rückzug der Kassenärztlichen Vereinigung für die neu angefallenen zusätzlichen Aufgaben einen eigenen Bereitschaftsdienst einrichten. Auch für die Umsetzung des erwarteten Psychisch-Kranken-Hilfegesetzes werden die erforderlichen Ressourcen aufgebaut.

Wir führen die Angebote der Humanitären Sprechstunde fort und ergänzen sie um Notfallangebote insbesondere für werdende und junge Mütter sowie in der Zahnmedizin.

Wir werden die Teilnahme an der Gesundheitskarte für Geflüchtete wohlwollend prüfen. Sollte die Prüfung ergeben, dass die Teilnahme unter Kostenneutralität möglich ist, wird Frankfurt sich beteiligen.

Gesundheit fängt bei Kindern an

Für die Gesundheitsvorsorge und den Gesundheitsschutz der Kinder werden die Angebote verstetigt und erweitert. Das erfolgreich etablierte Programm der „Frühen Hilfen“ werden wir stärken und zu einer kontinuierlichen Begleitung bis zum 3. Lebensjahr ausbauen. Die Programme zur Förderung von gesunder Ernährung bei Kindern sowie Prävention und Behandlung von Essstörungen werden in Zusammenarbeit mit den Krankenkassen fortgeführt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Stadt stärker am Präventionsetat der Krankenkassen partizipiert.

Zum Ausbau des Kinderschutzes bei Misshandlungen werden wir die Schaffung einer Koordinierungsstelle und Kinderschutzambulanz am Klinikum Höchst in Zusammenarbeit mit dem Jugend- und Sozialamt initiieren.

Selbstbestimmung fördern

Selbsthilfe und Selbstorganisation ist die wertvollste Form der Hilfe. Wir werden daher auch weiter Betroffene, die im Rahmen der Selbsthilfe aktiv sind, unterstützen.

Um die Selbständigkeit der Betroffenen in einer gemeindenahen sozialpsychiatrischen Einrichtung mit der Versorgung mit den notwendigen Behandlungsangeboten zu gewährleisten, werden wir die Möglichkeit einer „Integrierten Hilfeplanung“ zusammen mit den Kostenträgern auf kommunaler und Landesebene schaffen.

Prävention und Beratung zu sexuell übertragbaren Krankheiten

Trotz medizinischer Fortschritte nehmen die Ansteckungen vor allem bei sexuell übertragbaren Infektionen wieder zu. Deshalb messen wir der Prävention große Bedeutung zu und werden die Förderung von Präventions- und Beratungsstellen wie z.B. die Frankfurter AIDS Hilfe fortsetzen und ausbauen.

Klinikum Höchst als kommunales Krankenhaus erhalten

Wir wollen das Klinikums Höchst als Krankenhaus der Maximalversorgung in kommunaler Trägerschaft erhalten und dessen Zukunftsfähigkeit stärken. Mit dem Neubau in Passivhausweise und dem Zusammenschluss mit den Kliniken des MTK werden hierfür die Voraussetzungen geschaffen. Den eingeschlagenen Weg werden wir unter Berücksichtigung der Interessen der Beschäftigten fortführen.

Drogen: Den „Frankfurter Weg“ weiterentwickeln

In Frankfurt haben wir nie die Augen davor verschlossen, dass es Drogenkonsumentinnen und -konsumenten gibt, die es vor gesundheitlichen Schäden zu schützen gilt. Ziel unserer Drogen- und Suchthilfepolitik ist es, durch Prävention, Aufklärung und Beratung den Einstieg in den Drogenmissbrauch zu verhindern, zumindest aber die Folgen zu verringern und Perspektiven zu bieten. Wir sehen Drogenkranke nicht als Problem der Polizei und werden sie nicht allein lassen.

Wir werden daher den bundesweit anerkannten "Frankfurter Weg" in der Drogenpolitik auch unter Berücksichtigung des Aufkommens neuer synthetischer Drogen fortführen, Aufklärung und Bera-

tung intensivieren. Wir werden darüber hinaus die Ausweitung des Personenkreises für die Hero-invergabe prüfen.

Wir treten für eine integrative Drogenpolitik ein, die suchtkranken Menschen passgenaue Hilfen vorhält, ihnen damit Teilhabechancen eröffnet, ihrer gesellschaftlichen Ausgrenzung entgegenwirkt und damit auch ein besseres soziales Miteinander in der Stadtgesellschaft ermöglicht. Die niederschweligen Angebote zur Lebenshilfe werden daher verstetigt und ausgebaut.

Um suchtkranken Menschen Perspektiven ohne Drogen zu ermöglichen, werden wir gezielt auch Projekte mit klarer Ausstiegsorientierung fördern.

Drug Checking

Wir werden mit der hessischen Landesregierung und der Landesstelle für Suchtfragen (HLS) Gespräche aufnehmen, um den Modellversuch zum Gesundheitsschutz in der Drogenszene nach Frankfurt zu holen. Zu einem solchen Versuch könnte auch eine Prüfung der verwendeten Drogen auf Verunreinigungen (drug checking) und eine entsprechende ausstiegsorientierte Beratung der Konsumentinnen und Konsumenten gehören.

Beteiligung an der Cannabis -Studie

Cannabis kommt als Medikament nicht nur in der palliativen Schmerztherapie Schwerstkranker zur Anwendung. Die Indikationen für eine medikamentöse Therapie mit Cannabis umfassen auch eine Vielzahl von Erkrankungen. Um das Potential von Cannabis vollumfänglich zu verstehen und in der Medizin zu nutzen, bedarf es großer wissenschaftlicher Studien. Wir begrüßen daher ausdrücklich die von der Bundesregierung in Aussicht gestellte erweiterte Anwendung im medizinischen Bereich.

Die Stadt Frankfurt wird wissenschaftliche Studien zu Cannabis an den Kliniken-Frankfurt-Main-Taunus unterstützen.

Besserer Schutz für Prostituierte

Unabhängig von der bevorstehenden Novelle des Prostitutionsrechts durch den Bundesgesetzgeber sehen wir in Frankfurt wegen der oft sehr prekären Situation von Prostituierten und der hohen Anzahl von Bordellbetrieben und Angeboten sexueller Dienstleistungen Handlungsbedarf.

Wir wollen Zwangsprostitution verhindern und ein Mindestmaß an humanitären Standards insbesondere in der Armutsprostitution sicherstellen, Beratung, gerade auch Ausstiegsberatung, und Gesundheitsangebote verbessern. Dabei werden wir über Dezernatsgrenzen hinweg Maßnahmen fördern, die der besonderen Frankfurter Situation gerecht werden und praxistauglich sind.

Die Balance zu finden zwischen einem diskriminierungsfreien und weltoffenen Umgang mit freiwilliger, selbstbestimmter Sexarbeit, bei gleichzeitiger Sicherung humanitärer Standards und der Verhinderung von Ausbeutung und Straftaten, wird hierbei die größte Herausforderung darstellen.

In Frankfurt arbeiten Fachleute aus Einrichtungen, Organisationen und Verwaltung, die teilweise seit Jahrzehnten mit dem Thema befasst sind, in einem Arbeitskreis Prostitution zusammen. Diesen Arbeitskreis werden wir bei einer Maßnahmenplanung zur Minderung der Gefahren für die Prostituierten und bei der Zurverfügungstellung von Hilfeangeboten einbinden. Wir werden die Möglichkeiten prüfen, ob und wie zur Finanzierung dieser Maßnahmen durch ein zu erarbeitendes Verfahren die Prostitutionswirtschaft herangezogen werden kann.

Flughafen

Wirtschaftliche Stärke und Lärmreduzierung in Einklang bringen

Mit rund 80.000 Arbeitsplätzen ist der Frankfurter Flughafen als Deutschlands größte Arbeitsstätte der wirtschaftliche Motor nicht nur für die Stadt Frankfurt, sondern für die gesamte Region FrankfurtRheinMain und Hessen. Frankfurts Rolle als internationale Messe- und Kongressstadt, als Industrie-, Wirtschafts- und Finanzzentrum hängt in hohem Maße von der Leistungsfähigkeit des Frankfurter Flughafens ab, der das verkehrliche Tor zur Welt darstellt. Gleichzeitig resultieren aus dem Flugaufkommen erhebliche Lärmbelastungen für Stadt und Region.

Wir wollen in den kommenden Jahren die Rolle des Frankfurter Flughafens sichern und gleichzeitig dessen wirtschaftliche Stärke in Einklang mit weiteren Lärmreduzierungen bringen.

Zu diesem Zweck werden wir gemeinsam mit der Region dafür sorgen, dass es am Frankfurter Flughafen im Vergleich zum derzeitigen Stand leiser wird und uns für die Reduzierung der Flugbewegungen in den Nachtrandstunden zwischen 22.00 und 23.00 Uhr sowie zwischen 05.00 und 06.00 Uhr einsetzen.

Um die Lärmsituation mit eigenen Instrumenten bewerten zu können, wird eine eigenständige Lärmmessstation eingerichtet.

Als Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger, zur Organisation von Informationsveranstaltungen und zur Erarbeitung der Kriterien für regionale Lärmobergrenzen wird eine Stabstelle Fluglärm im Dezernat I eingerichtet.

Für öffentliche Gebäude wie Schulen, Kindergärten und Altenwohnanlagen wollen wir die kommunalen Aktivitäten zum passiven Schallschutz weiter ausbauen.

Wir setzen uns zudem für eine weitere Spreizung der Landeentgelte und die weitere Verlagerung von Verkehrsaufkommen von der Kurzstrecke auf die Schiene ein.

Wir unterstützen den Frankfurter Flughafen in seinen Bemühungen, die Arbeitsplätze am Frankfurter Flughafen zu sichern und damit das Ein- und Auskommen tausender Familien in Stadt und Region zu gewährleisten. Gleichzeitig erkennen wir die besondere Bedeutung des Flughafens für viele andere Wirtschaftsbereiche an, die direkt oder indirekt von dessen Verkehrs- und Logistikfunktion profitieren.

Neben den wirtschaftlichen Zielen und der Sicherung des Frankfurter Flughafens als internationale Luftverkehrsdrehscheibe soll auch der Lärmschutz stärker noch als bisher klares Unternehmensziel werden.

Wir unterstützen auch das Land in seinen Bemühungen, durch Lärmobergrenzen, Lärmpausen und der Spreizung der Landeentgelte zu weiteren Lärmreduzierungen zu kommen und treten zudem für eine Ausweitung der Lärmpausen auf die Schwachverkehrszeiten ein.

Die Vertretung der Interessen der Stadt Frankfurt in den regionalen und überregionalen Gremien zur Fluglärmreduzierung wird von der zuständigen Umweltdezernentin/dem zuständigen Umweltdezernenten wahrgenommen.

Wirtschaft

Frankfurt am Main ist eines der wirtschaftlich stärksten Zentren in Europa und zugleich eine der sozialsten Großstädte in Deutschland. Diese Balance sorgt für ein positives gesellschaftliches Klima, das die Stadt zu einem attraktiven Ort des Wohnens, Arbeitens und Investierens macht. Dieser Erfolg ist das Ergebnis einer kooperativen und auf sozialem Ausgleich basierenden Kommunalpolitik, die in allen Belangen des Wirtschaftens eine hohe Kompetenz in der Begleitung der Frankfurter Wirtschaft entwickelt hat und die notwendigen Rahmenbedingungen für den Erfolg unserer Unternehmen am Standort sichert. Orientiert an den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft wollen wir diese erfolgreiche Politik für die Wirtschaft und die Menschen fortsetzen. Gute Arbeitsplätze in der Stadt sind wesentlicher Bestandteil ihrer Lebensqualität.

Das Wachstum unserer Stadt zeigt die Zukunftsfähigkeit von Frankfurt am Main. Hier liegen enorme Chancen für die weitere Stärkung der Rolle der Mainmetropole als inter-nationales Zentrum. Gleichzeitig sind damit aber auch enorme Herausforderungen für die Weiterentwicklung der städtischen Infrastruktur verbunden, die wir im Rahmen des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes meistern wollen.

Ziel unserer nachhaltigen Wirtschaftspolitik ist ein ausgewogener Branchenmix. Daher stärken wir unsere Schlüsselbranchen Banken und Finanzwesen, Chemie- und Pharmaindustrie, Logistik, Medien- und Kreativwirtschaft, Automotive Industrie und digitale Infrastruktur. Gleichzeitig arbeiten wir im Wissen um die Bedeutung von weichen Standortfaktoren auch an Themen wie Fachkräftemangel, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Freizeit und Kultur. Dazu gehört die konsequente Weiterführung der bestehenden Förderung zur Einrichtung von Betriebskindertagesstätten.

Die Leistungsfähigkeit des Verkehrswegenetzes und der Infrastruktur am Standort sind wichtige Faktoren für Unternehmensansiedlungen und für den Verbleib der Unternehmen am Standort. Die hohe Qualität dieser Angebote in Frankfurt am Main, auch bezogen auf den Arbeitsmarkt und Bildungseinrichtungen, aber auch zu kulturellen und sportlichen Angeboten, tragen zu der Beliebtheit des Standortes bei. Wir wollen die Beliebtheit des Wirtschafts- und Tourismusstandortes kontinuierlich durch geeignete Maßnahmen steigern.

Industrie

Die Koalition erkennt die Bedeutung der Industrie für den Wirtschaftsstandort Frankfurt am Main als Innovationstreiber, Arbeitsplatzfaktor und in seiner Bedeutung für eine stabile Finanzlage der Kommune an und unterstützt dezernatsübergreifend eine schnelle Umsetzung des Masterplans Industrie mit seinen 30 Projekten in 30 Handlungsfeldern in der neuen Legislaturperiode. Hiermit wird die ständige Weiterentwicklung des Netzwerks Industrie betrieben und die Verbesserung der Standortbedingungen als oberste Daueraufgabe der Stadtpolitik gesehen. Gerade die aktuellen Untersuchungen rund um den Masterplan Industrie zeigen, wie wichtig es für die Stadt Frankfurt am Main ist, ausreichend Gewerbe- und Industrieflächen für das produzierende Unternehmen zu haben. Industrieparks nehmen in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle ein, weil insbesondere Pharma- und Chemieunternehmen hohe Anforderungen an die Qualität des Standorts haben. Vorangetrieben werden soll daher auch die systematische Aufwertung der vorhandenen Gewerbegebiete und Ausnutzung der vorhandenen Reserven einschließlich derer in bestehenden Industrieparks. Soweit erforderlich wird auch die Ausweisung eines neuen Gewerbegebietes angestrebt.

Die Erfahrungen des nachhaltigen Gewerbegebietes in Seckbach und Fechenheim werden evaluiert, um gerade für das Thema Qualifizierung von Gewerbegebieten Erfahrungen zu gewinnen.

Wir wollen den Osthafen als Industriestandort auch weiterhin sichern und schreiben das Hafenkonzzept 2030+ fort. Im Spannungsverhältnis zwischen Wohnungswirtschaft und verarbeitendem Gewerbe soll es Investitionssicherheit für die Hafenanlieger geben und der trimodale Logistikknotenpunkt Osthafen langfristig gesichert werden.

Schwerpunkte der nächsten 5 Jahre Industriepolitik werden daneben auch die Entwicklung einer Kommunikationsstrategie mit Partnern aus der Industrie, ein aktives Immobilienmanagement und die Unterstützung von Maßnahmen zur Förderung des Arbeitsmarktes in dieser Branche sein.

Handwerk und Duale Ausbildung

Das Handwerk hat herausragende Bedeutung für die Bereitstellung von Arbeitsplätzen und die Ausbildung heranwachsender Fachkräfte im Rahmen des dualen Ausbildungssystems, bei dem auch die Industrie einen wichtigen Beitrag leistet. Wir wollen das regionale Handwerk durch die konsequente Nutzung von vergaberechtlichen Spielräumen fördern.

Bei der Stärkung des dualen Ausbildungssystems geht die Stadtverwaltung mit gutem Beispiel voran, indem sie weiterhin auch über den eigenen Bedarf hinaus Ausbildungsplätze anbietet.

Die Kooperationen zwischen Berufsschulen und gewerblicher Wirtschaft werden wir stärken und im Rahmen des Masterplans Industrie und in Zusammenarbeit mit Ausbildungsorganisationen der Unternehmen unter anderem die Sanierung und Weiterentwicklung der Paul-Ehrlich-Schule zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses voranbringen.

Stärkung der Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH

Wir streben an die Wirtschaftswirtschaftsförderung ebenso wie die Markt und Hafenbetriebe vor dem Hintergrund einer transparenten Lohngestaltung in die Gültigkeit des TVÖD zu überführen. Für eine proaktive und gestaltende Wirtschaftspolitik ist es erforderlich, im Bedarfsfall geeignete städtische Grundstücke vorzuhalten, so dass Grundstückskäufe zur Bevorratung von Gewerbeflächen forciert werden. Weitere finanzielle Unterstützung kann bei Ansiedlungen oder für die Realisierung und Akquise von Branchenveranstaltungen erforderlich sein. Für lokale Fördermaßnahmen sollen Innovationskooperationen mit Hochschulen initiiert werden, Wachstumsstrategien für Familienunternehmen entwickelt werden und ein Programm zur Förderung von Patentanmeldungen aufgelegt werden. Die Gewerbeberatung als Kernstück der Wirtschaftsförderung wird ausgebaut. Die Servicestelle Wirtschaft als Herz der Wirtschaftsförderung ist durch interne Umstrukturierungen der Gesellschaft in dieser Form nicht mehr vorhanden. Die Gewerbeberatung erfüllt jedoch die Aufgabenstellung der Servicestelle als erster Ansprechpartner für alle Probleme der Unternehmen und Betriebe und wird personell verstärkt. Ziel ist es, für alle Stadtteile und für alle Branchen geeignete Ansprechpartner vorzuhalten.

Fin-Tech Zentrum Europa

Frankfurt ist nicht nur der wichtigste Finanzplatz Deutschlands sondern auch eines der führenden Finanzzentren in Europa: Mit der EZB, Bundesbank und weiteren wichtigen internationalen Finanzinstituten und Regulierungsbehörden sind der Standort und seine Akteure gefordert, diese günstige Ausgangsposition auch im digitalen Zeitalter zu verteidigen. Hierzu braucht es eine kluge Strategie, die Finanzindustrie, Technologiekonzerne, Wissenschaft und die Talente aus der Branche zu verbinden, um eine Hightech-Plattform für technologiegetriebene Geschäftsmodelle der Zukunft zu werden. Gemeinsam mit der Landesregierung soll in Frankfurt am Main das führende Fintech- Cluster in Europa entstehen. Wir unterstützen das Zentrum, das durch die Hess. Landesregierung installiert werden soll, mit Kapital, Netzwerken und Strategien.

Attraktiver Arbeitsmarkt

Im Wettbewerb um Internationale und nationale Fachkräfte braucht es eine nachhaltige Strategie und besondere Willkommenskultur, um Fachkräfte nach Frankfurt am Main zu holen und an Stadt und Region zu binden. Gerade die internationalen branchenübergreifenden Geschäftsbeziehungen der 180 am Standort vertretenen Nationen und die überragende Bildungslandschaft mit 29 Universitäten / Hochschulen / Fach-Hochschulen, 13 internationalen Schulen und die 250.000 Studenten bieten eine große Chance für die Wettbewerbsfähigkeit der Stadt. Eine Vernetzung der verschiedenen Branchen mit den Bildungseinrichtungen ist unumgänglich und wird durch geeignete Veranstaltungen angeregt. Für große internationale Firmen wird ein spezielles Welcome-Package für ihre neuen Mitarbeiter angeboten. Ein Patenschaftsprogramm für neue Mitarbeiter wird initiiert und soll eine schnelle Einarbeitung in Frankfurt am Main und damit eine langfristige Bindung an die neue Heimatstadt ermöglichen. Die Ausländerbehörde im Ordnungsamt wird personell weiter aufgestockt, für Unternehmen und Konsulate werden spezielle Anlaufstellen angestrebt. Auch für Flüchtlinge werden Arbeitsmarktprojekte in Zusammenarbeit mit den hier ansässigen Unternehmen und Betrieben entwickelt. Im Wettbewerb um die Fachkräfte von morgen stehen die Arbeitgeber auch vor der großen Herausforderung, geeignete Bewerber für angebotene Ausbildungsplätze zu finden. Die Stadt unterstützt gezielte Aktionen, um künftige Schulabgängerinnen und Schulabgänger rechtzeitig über Berufschancen zu informieren und auf ausbildende Unternehmen und Betriebe aufmerksam zu machen. Stadteilbezogene Berufsmessen mit praktischen Aufgabenstellungen bergen für alle große Chancen, um sich den veränderten Bedingungen des Arbeitsmarktes zu stellen und für sich zu werben. Derartige Messen in den Stadtteilen werden organisatorisch und finanziell von der Wirtschaftsförderung begleitet.

Gründerstadt Frankfurt am Main

Eine vielfältige Gründerkultur ist für die Stadt und die gesamte Region von immenser Bedeutung und eine große Herausforderung. Als international aufgestellter Wirtschaftsstandort hat sich Frankfurt am Main schon früh dem Wettbewerb der Städte im Kampf um die klügsten Köpfe gestellt und systematisch eine gut vernetzte Infrastruktur für die Gründerlandschaft am Standort entwickelt. Aktuell ergeben sich durch die fortschreitende Digitalisierung der Arbeitswelt neue Perspektiven für Gründungswillige. In der Verbindung wissenschaftlicher und industrieller Forschung, als Logistikkreuzung und dem großen Dienstleistungssektor ist Frankfurt am Main ein sehr attraktiver Platz für neue „Denkfabriken“. Die Frankfurter Gründerlandschaft soll daher weiterentwickelt werden, indem die bisherigen Angebote wie zum Beispiel der Gründerfonds fortgeführt, der Frankfurter Gründerpreis durch neue Anreize weiterentwickelt und neue Konzepte starten, die vor allem auf eine Vernetzung der Gründerszene mit etablierten Unternehmen abzielen, gestartet werden. Das Projekt Frankfurt Forward, das einen Austausch von jungen Gründern mit Unternehmen der Industriebranche organisiert, soll auf andere Branchen ausgeweitet werden. Die Unterstützung von Gründern erfolgt zielgruppenfokussiert, unter anderem durch die gezielte Förderung von migrantischen Gründern. Die erfolgreichen Programme wie JUMPP und KOMPASS werden wir fortsetzen.

Stärkung des Kreativstandorts

Frankfurt ist kreativ und anziehend: im Wettbewerb um Fachkräfte und Unternehmen ist das Image der Stadt ausschlaggebender Faktor. National und auch international braucht Frankfurt am Main keinen Vergleich zu scheuen. Die Stadt ist vielfältig, innovativ und interessant. Für viele Menschen wird Frankfurt als erfolgreiche Businessstadt mit hoher Effektivität wahrgenommen. Zu den weichen Standortfaktoren, die es in der Wahrnehmung aufzubauen gilt, zählen ein kreatives und hippestes Flair, Urbanität und Lebensqualität. Umso entschlossener gilt es, die emotionale Attraktivität der Stadt auszubauen und mit Kreativität und Innovationen zu punkten. Wir haben uns

zum Ziel gesetzt, den Kreativstandort Frankfurt am Main weiter zu stärken und das Potenzial, das der Standort im Bereich der Kreativschaffenden zu bieten hat, auszubauen. In Zusammenarbeit mit der Universität soll der Kreativwirtschaftsbericht neu aufgelegt werden und ein neuer Masterplan für die Branche erarbeitet werden. Besondere Aufmerksamkeit verdient dabei das städtische Angebot zur Unterstützung von Gründern auch für diese Branche, sei es durch individuell zugeschnittene Beratungs- und Weiterbildungsangebote für Kreativschaffende, den Frankfurter Gründerfonds und die Unterstützung gezielter Veranstaltungen der Branche. Das Förderprogramm zur Reduzierung von Leerstandsflächen durch Zwischennutzung für kreativ Unternehmen soll zusammen mit RADAR fortgesetzt werden. So sollen auch weiterhin Branchenhighlights wie LEA, Markengala und Effie in Frankfurt am Main stattfinden und finanziell unterstützt werden. Ein neues Veranstaltungsformat des CLUK soll die kreative Modebranche in Szene setzen. „Tunes of Fashion“ soll in der Verbindung mit der Neuausrichtung der Musikmesse für eine Woche im Jahr zum Hotspot der Modebegeisterten, Fashion-Labels und Musikkünstler werden und sich als neues Highlight im Veranstaltungskalender der Stadt etablieren.

Tourismusstandort

Die Tourismusbranche in Frankfurt am Main ist ein wichtiger Wachstumsmotor und Imagefaktor. Ziel der touristischen Vermarktung der Stadt muss es sein, dass sie einerseits als weltoffene, internationale Finanz- und Wirtschaftsmetropole und andererseits als Destination mit einem qualitativ hochwertigen und vielseitigen Kulturangebot sowie einem hohen Erholungs- und Freizeitwert wahrgenommen wird. Die Stadt soll sich national und international als idealer, zentraler Veranstaltungsort im Messe-, Kongress- und Eventgeschäft präsentieren. Die Zentralfunktion für die touristische Vermarktung der Metropolregion Frankfurt Rhein-Main soll weiter ausgebaut werden. Wir starten eine neue Tagungs- und Kongressoffensive unseres Frankfurter Convention Bureau (FCB) in der Tourismus und Congress GmbH. Die Stadt Frankfurt am Main muss sich sowohl im nationalen als auch internationalen Bereich einem immer stärker werdenden Wettbewerb mit anderen Städten und Regionen stellen. Insbesondere im nationalen Bereich gilt es, im Vergleich mit den stärksten Mitbewerbern (Berlin, Hamburg, München) konkurrenzfähig zu bleiben.

Einzelhandel und Stadtteolförderung

Wir werden das Einzelhandels- und Zentrenkonzept im Sinne einer Förderung des Einzelhandels fortführen. Wir halten einen funktionierenden Einzelhandel in den Stadtteilen für einen entscheidenden Teil von deren lebendiger Struktur und Lebensqualität. Wir werden die inhabergeführten Unternehmen in den Stadtteilen unterstützen, unter anderem durch eine Zusammenführung mit der Vereinskultur und durch eine Erhöhung der Internetkompetenz. Bei der Gestaltung der Einkaufsstraßen und Stadtteilzentren wollen wir dezernatsübergreifend und in Zusammenarbeit mit den Ortsbeiräten auf ein einheitliches Straßenbild hinwirken und Stadtteilprogramme zur Aufwertung von Einkaufsstraßen und Stadtteilzentren auflegen.

House of Logistics and Management

Wir werden die Mitfinanzierung des HOLM in den nächsten Jahren fortsetzen.

Verkehr

Grundlegende Voraussetzung für die Stärkung unserer Wirtschaftskraft und die Verbesserung der Lebensqualität ist eine hervorragende Verkehrsinfrastruktur. Frankfurt verfügt über eine einzigartige Verkehrsanbindung mit internationalen Drehkreuzen im Schienen-, Straßen- und Luftverkehrsnetz. Der Frankfurter Hauptbahnhof ist eines der wichtigsten Drehkreuze des europäischen Eisenbahnnetzes. Der Knoten Frankfurt und seine Zulaufstrecken sind stark überlastet. Deshalb ist die Beseitigung der Engpässe im Knoten Frankfurt und der Ausbau bzw. Neubau der ICE-Strecken Frankfurt-Fulda und Frankfurt-Mannheim unabdingbar.

Frankfurt verfügt über einen funktionierenden und leistungsfähigen ÖPNV, der zur Bewältigung des steigenden Verkehrsaufkommens, nicht zuletzt aufgrund der steigenden Bevölkerungszahl und der Ausweisung neuer Baugebiete, weiter ausgebaut werden muss.

Die zur Realisierung der notwendigen Investitionen bereitgestellten Mittel durch Bund und Land sind nicht ausreichend. Wir fordern deshalb von Bund und Land eine deutliche Erhöhung, da nur so ein Verkehrsinfarkt abgewendet werden kann.

Wir sehen in dem Miteinander von Autoverkehr, Schienenverkehr, Bussen, Radverkehr und Fußgängern kein Gegeneinander, sondern die Abdeckung unterschiedlicher Mobilitätsbedürfnisse. Wir wollen das Verkehrssystem danach ausrichten, das wir die unterschiedlichen Verkehrsarten entsprechend ihrer unterschiedlichen Vor- und Nachteile weiterentwickeln. Dabei verfolgen wir als Ziele die Verbesserung der Aufenthaltsqualität in der Innenstadt und den Stadtteilen, die Erreichung der gesetzten Klimaschutzziele und die Stärkung der Mobilität.

Öffentlicher Nahverkehr

Im Schienenverkehr wollen wir folgende Projekte, für die bereits Baurecht besteht, zügig realisieren:

- viergleisiger Ausbau der S6 nach Bad Vilbel
- S-Bahn Anschluss Gateway Gardens (S8/S9)
- Stadtbahn-Verlängerung Europaviertel (U5)
- U-Bahn Verlängerung Gonzenheim-Bad Homburg (U2)

Für die Vorhaben

- Regionaltangente West
- nordmainische S-Bahn
- U-Bahn-Verlängerung Preungesheim-Frankfurter Berg (U5)

wollen wir zügig Planungsrecht herstellen und die Finanzierung sicherstellen.

Die folgenden Vorhaben bzw. Planungsalternativen sollen im Zuge der Erstellung des „Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes“ vertieft geprüft werden. Dabei sollen qualifizierte Kosten-Nutzen-Rechnungen und Angaben über die Baukosten die Grundlage für den weiteren Ausbau des ÖPNV und seine Prioritätenreihenfolge bilden.

- Straßenbahnringlinie
- U-Bahn-Lückenschluss Bockenheimer Warte-Ginnheim (U4)

- Dabei sind die drei Varianten „Ginnheimer Kurve“, „Europaturm“ und die Planfeststellungs-trasse über Frauenfriedenskirche ergebnisoffen vergleichend zu prüfen. Bei den beiden ers-ten Varianten ist eine Führung der Ringstraßenbahn über Frauenfriedenskirche, bei der letz-ten über Schloßstraße-Kirchplatz zugrunde zu legen.
- Neue Straßenbahnverbindung Unfallkrankenhaus-Friedberger Landstraße-Konstablerwache-Alte-Brücke-Lokalbahnhof-Sachsenhäuser Warte; für den Abschnitt Lokalbahnhof-Sachsenhäuser Warte ist alternativ eine Verlängerung der U-Bahn vom Südbahnhof zur Sachsenhäuser Warte (A-Linie) zu prüfen.
- Straßenbahnverlängerung Zuckschwerdtstraße-Höchst Bahnhof (Linie 11)
- Verlängerung der Straßenbahn von Oberrad Stadtgrenze nach Offenbach (Linie 16)
- Wiederinbetriebnahme der Straßenbahn in der Kleyerstraße
- Bau einer Straßenbahnlinie in der Gutleutstraße

Das Beschleunigungsprogramm für Busse und Bahnen wird fortgesetzt.

Damit die Qualität unseres lokalen ÖPNV mit dem starken Bevölkerungswachstum, der demogra-fischen Entwicklung und den sich wandelnden Mobilitätsansprüchen auch zukünftig Schritt hält, werden wir einen neuen Nahverkehrsplan aufstellen. Gerade in Stadtteilen, die vor allem in einer Hauptrichtung per ÖPNV an die Innenstadt angeschlossen sind, können Quartiersbuslinien den ÖPNV innerhalb des Stadtteils verbessern und zusätzliche Fahrgäste an die Hauptlinien heran-führen.

Das Nachtbussystem hat sich bewährt. Wir wollen prüfen, ob in den Nächten Freitag auf Sams-tag und Samstag auf Sonntag auch die S-Bahnen durchgehend verkehren können.

Der Schienenverkehr (Straßenbahnen und U-Bahnen) bleibt in kommunaler Hand und wird auch künftig von der VGF betrieben. Wir wollen, dass die Kommune auch im Busverkehr mit ihrem kommunalen Betrieb einen Fuß im Markt behält. Um eine wirtschaftliche Mindestgröße des Be-triebes und der Werkstatt zu gewährleisten werden wir künftig die Hälfte der Frankfurter Busver-kehrsleistungen direkt vergeben. Die Barrierefreiheit soll im gesamten kommunalen ÖPNV bis 2022 erreicht werden.

Autoverkehr

In der Eschersheimer Landstraße sind zusätzliche Fußgängerüberwege zu schaffen, z.B. an der Kreuzung Am Dornbusch und in der Höhe Sinai-Park.

Die Ortsrandstraße Bonames soll zügig realisiert werden. Die Stadt setzt sich wie bisher für die Wiedereröffnung der Autobahnanschlussstelle Bonames ein.

Beim Bau des Riederwaldtunnels treten wir dafür ein, dass der größtmögliche Lärmschutz reali-siert wird. Frankfurt wird im Änderungsplanfeststellungsverfahren für den Riederwaldtunnel und in einem möglichen neuen Planfeststellungsverfahren im Zusammenhang mit der A661 eine ei-gene Stellungnahme abgeben und sich dabei auch der Unterstützung durch ein externes Fach-büro bedienen.

Für den Erhalt des Straßennetzes müssen ausreichend Mittel bereitgestellt werden. Dabei sollen verstärkt lärmärmere Straßenbeläge zur Anwendung kommen.

Der Lärmschutz an den Autobahnen und Stadtschnellstraßen muss dort, wo noch nicht vorhan-den, sichergestellt werden (A5, Rosa-Luxemburg-Straße).

Die Regelhöchstgeschwindigkeit im Straßenverkehr beträgt in Wohngebieten 30 km/h und in Hauptverkehrsstraßen 50 km/h. Aus Gründen der Verkehrssicherheit und des Lärmschutzes sind im Einzelfall Abweichungen möglich. Den Lärmaktionsplan werden wir umsetzen. Den laufenden Verkehrsversuch werden wir nach seinem Abschluss auswerten.

Wir wollen die Parkraumsituation im öffentlichen Raum weiterentwickeln, um ohne Verlust von notwendigen Parkmöglichkeiten Räume für mehr Aufenthaltsqualität für die Bewohnerinnen und Bewohner und zur Förderung von Fuß- und Radverkehr zu schaffen sowie verkehrsgefährdendes Falschparken weiter zu reduzieren. Wir befürworten den Bau von Quartiersgaragen, wo dies zur Linderung des Parkdrucks sinnvoll ist.

Die Umweltzone soll auf das gesamte Stadtgebiet ausgeweitet werden.

E-Mobilität und Car-Sharing werden wir verstärkt fördern.

Radverkehr

Den Anteil des Radverkehrs am Gesamtverkehr wollen wir in den kommenden Jahren weiter deutlich steigern.

Wir werden die Radverkehrsinfrastruktur weiter ausbauen und uns dabei an der Zielsetzung orientieren, den Radverkehr sicher und konfliktfrei zu führen. Hierbei hat die Führung auf der Straße mit Radfahr- und Schutzstreifen schon allein aus Sicherheitsgründen Priorität. Um die Sicherheit weiter zu erhöhen, werden wir Radstreifen deutlich erkennbar markieren und ggf farblich absetzen.

Das Fahrradwegenetz soll weiter ausgebaut werden. Die Verbindungen zwischen den Stadtteilen werden wir stärken und die Beschilderung weiter verbessern. Ebenso werden wir die Zahl von sicheren Abstellgelegenheiten für Fahrräder weiter erhöhen.

Die Benutzungspflicht für Fahrradfahrer auf Radwegen soll, soweit möglich, aufgehoben werden.

Auch in den Stadtteilen, in denen dies noch nicht geschehen ist, soll das Radfahren gegen die Einbahnstraße künftig erlaubt sein. Die konkreten Maßnahmen sind im Benehmen mit den Ortsbeiräten zu realisieren.

Wir befürworten den Bau von Radschnellwegen ins Umland.

Nahmobilität

Die Nahmobilität soll verstärkt gefördert werden. Dazu streben wir unter anderem deutlich mehr Bäume und Sitzbänke im öffentlichen Raum an.

Der Platz Am Hauptbahnhof, die B-Ebene und der Eingangsbereich des Hauptbahnhofes sollen in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn umgestaltet werden.

Die Qualität der Einkaufsstraßen in den Stadtteilen soll gestärkt werden. Dazu werden wir in Zusammenarbeit mit den Ortsbeiräten, der IHK, dem Einzelhandelsverband, den örtlichen Gewerbevereinen und den betroffenen Bürger und Geschäftsleuten Konzepte wie örtliche verkehrsberuhigte Geschäftsbereiche oder Fußgängerzonen entwickeln.

Wir werden künftig jeweils im Sommerhalbjahr in der Stadt einen autofreien Sonntag veranstalten. Dazu werden wir einen konkreten Vorschlag erarbeiten, der den Termin, die Ausgestaltung und die einbezogene Fläche beinhaltet.

Attraktive Fahrpreise

Zahlreiche Verkehrsverbünde haben in den letzten Jahren spezielle Seniorenmonatskarten eingeführt, mit denen Senioren die Nahverkehrsmittel stark verbilligt, in der Regel mit einer Nutzungseinschränkung in den Spitzenzeiten, nutzen können. Dies hat teilweise zu einer starken zusätzlichen Nachfrage geführt, die den niedrigeren Preis bei den Einnahmen kompensiert. Das entsprechende Angebot in Frankfurt erfüllt diese Anforderungen nur zum Teil. So ist eine Seniorenkarte in Frankfurt mehr als 50% teurer als in Stuttgart. Wir wollen eine echte Seniorenkarte auch in Frankfurt einführen und werden den Magistrat auffordern, in Zusammenarbeit mit dem RMV ein entsprechendes Konzept vorzulegen, in dem Aussagen über den Preis, den Geltungsbereich, die Sperrzeiten und die erwarteten Folgen für die Einnahmen dargelegt werden.

Bei der sogenannten Clever-Card hat sich dieses Prinzip bereits bewährt. Wir werden die Erfahrungen auswerten und dabei überprüfen, ob noch ein Spielraum für eine weitere Absenkung besteht.

Wir werden weiter einen höheren Zuschuss zu den Fahrkosten sowie eine Ausweitung der Vergünstigung auf Tages- und Einzelfahrten beim Frankfurt-Pass prüfen.

Integration

Vielfalt bewegt Frankfurt

Frankfurt ist eine multikulturelle und weltoffene Stadt, in der Menschen aus vielen Nationen und Kulturen friedlich zusammenleben. Frankfurt hat in der Integrationspolitik in den letzten Jahrzehnten vieles erreicht und ist deutschlandweit führend. Darauf wollen wir aufbauen und die Integration als Querschnittsaufgabe weiter voran bringen.

In den letzten Monaten kamen viele Geflüchtete in unsere Stadt und wir haben in diesem Zuge eine Welle der Hilfsbereitschaft aus allen Bevölkerungsgruppen erlebt, die uns tief bewegt hat und uns zeigt: Dies ist die Stadt, in der wir leben wollen und die wir auch in Zukunft chancengerecht für alle Menschen gestalten werden. Für uns ist selbstverständlich, dass wir Rassismus und Diskriminierung eine klare Absage erteilen.

Wir wollen mehr Solidarität wagen mit allen Frankfurterinnen und Frankfurtern unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Alter, ihrem Geschlecht, ihrer sexuellen Orientierung oder ihrem Einkommen. Und wir sind solidarisch mit denjenigen, die bei uns Schutz und Hilfe suchen. Flucht und Vertreibung dürfen kein Schicksal sein. Wir werden langfristig dafür sorgen, dass Geflüchtete in Frankfurt eine neue Heimat finden und sich – als gleichberechtigte Mitglieder unserer Gesellschaft - ein neues Leben aufbauen können. Dabei nehmen wir auch die deutschstämmigen Spätaussiedler aus Osteuropa in den Blick.

Zu einer erfolgreichen Integration gehören auch die Akzeptanz unseres gesellschaftlichen Wertekonsenses und der gesellschaftlichen Spielregeln. Daher wird im Rahmen der Integrationsarbeit auch die Wertevermittlung Beachtung finden. Zu dieser Wertevermittlung gehört auch ein Werben dafür, dass die Gleichstellung und Würde der Frau sowie die offene Kommunikation aller Menschen zu unserem Selbstverständnis gehört.

Die Vielfalt unserer Stadt ist unsere Stärke und eine Herausforderung, bei der wir täglich voneinander lernen. Denn der Umgang mit Vielfalt betrifft alle Lebensbereiche: Arbeit, Bildung, Gesundheit, Jugend und Alter, Kultur, Freizeit und auch die Verwaltung. Integrations- und Diversitätspolitik ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die der Lebenswirklichkeit in einer vielfältigen Stadt gerecht werden muss. Eine Integrationspolitik, die dies leisten will, braucht Verbindlichkeit und auch den Mut, strukturelle Veränderungen herbeizuführen. Hierfür ist das Initiativrecht und die Federführung in allen Belangen der Integration unerlässlich. In diesem Sinne werden wir das Integrations- und Diversitätskonzept umsetzen.

Integration und Diversität in der Stadtverwaltung

Wir wünschen uns eine Verwaltung, die die Lebenslagen der Menschen kennt und die Vielfalt der Gesellschaft widerspiegelt. Das Personal- und Organisationsdezernat wird in Zusammenarbeit mit dem Integrationsdezernat den 10-Punkte-Plan voran bringen: Wir streben an, den Anteil der Migrantinnen und Migranten in der Stadtverwaltung zu erhöhen, insbesondere in Bereichen mit Publikumsverkehr, und dafür sorgen, dass die Stadt Frankfurt als Arbeitgeberin für Bewerberinnen mit Migrationshintergrund noch attraktiver wird. Wir werden das anonymisierte Bewerbungsverfahren modellhaft erproben und streben an, den Anteil der Auszubildenden mit Migrationshintergrund in der Stadtverwaltung zu erhöhen. Die Vermittlung von interkultureller Kompetenz für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Abteilungen mit Publikumsverkehr soll eine Selbstverständlichkeit sein.

Brücken bauen – Teilhabe fördern

Wir werden das Amt für Multikulturelle Angelegenheiten (AMKA) in seiner Brückenfunktion für alle integrativen Maßnahmen innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung stärken und es zu einer Anlaufstelle für alle Fragen der Integration und Teilhabe weiter entwickeln. Wir werden die Multiplikatoren- und Beratungsprogramme in den Stadtteilen ausbauen, um den Kontakt zu den vielfältigen Communities zu intensivieren und auch die Unterstützung und Beratung der Vereine und Initiativen vor Ort weiter zu verbessern. Der öffentliche Dolmetscher-Pool des AMKA soll als Service weiter ausgebaut werden, ebenso die Angebote zur interkulturellen Konfliktvermittlung. Wir wollen die gesellschaftliche und politische Beteiligung von Migrantinnen und Migranten erhöhen. Wir wollen die Kommunale Ausländerinnen- und Ausländer-Vertretung (KAV) als gewähltes Gremium aller Frankfurterinnen und Frankfurter mit Migrationshintergrund in ihrer politischen Arbeit unterstützen und mit ihr über Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Wirksamkeit beraten.

Diskriminierung bekämpfen

Jeder Mensch hat das Recht auf einen diskriminierungsfreien Zugang zu Arbeit, Bildung, Gesundheit und Kultur, d.h. zur gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft. Wir dürfen daher vor den Problemen, die es trotz aller Erfolge noch gibt, nicht die Augen verschließen, sondern müssen sie ansprechen und Lösungen finden. Wir werden die Antidiskriminierungsstelle im AMKA in ihrer internen und stadtweiten Breitenwirkung stärken.

Radikalisierung vorbeugen

Der Anwerbung und Radikalisierung insbesondere von Jugendlichen durch politisch oder religiös begründeten Extremismus müssen wir mit intelligenten Konzepten verhindern. Dabei geht es auch um die Vermittlung von Selbstbewusstsein, das Aufzeigen von Lebensperspektiven jenseits des politischen Extremismus und die Hilfe zum Ausstieg. Auch die Demokratische Bildung ist hierbei ein wichtiger Baustein der Prävention. Wir wollen die Sachinformation, Beratung und Begleitung von pädagogischen Fachkräften, Ehrenamtlichen und Familien ausbauen und modellhaft neue Formen der Jugendarbeit in religiösen Gemeinden und im interreligiösen Dialog fördern. Wir wollen darüber hinaus für den Tag der Menschenrechte eine entsprechende Unterrichtseinheit in den Schulen anregen und die antirassistische Bildungsarbeit verstärken. Wir werden die Antiradikalisierungsarbeit des AMKA personell verstärken mit einem besonderen Fokus auf der Gruppe der geflüchteten Jugendlichen.

Flucht und Neuanfang

Das Integrationsdezernat wird in Zusammenarbeit mit der Stabstelle Flüchtlingsmanagement und den anderen, beteiligten Dezernaten ein Gesamtkonzept für die Integration Geflüchteter erarbeiten - unter Einbeziehung der Asylsuchenden und von Menschen mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus. Das Integrationsdezernat in seiner Funktion als Beratungs- und Vermittlungsstelle in allen Fragen der gesellschaftlichen Orientierung und Integration wird hierzu die Initiative ergreifen. Ziel ist, den Geflüchteten schnellstmöglich ein selbstbestimmtes und selbstverantwortetes Leben in unserer Stadt und langfristig ein Leben als gleichberechtigte Mitglieder dieser Gesellschaft zu ermöglichen.

Spracherwerb als Chance

Wir werden ein stadtweites Gesamtkonzept der Deutschförderung erarbeiten unter Einbeziehung aller Nationalitäten und Altersgruppen. Dabei werden wir auch die Sprachförderung deutscher Kinder in den Blick nehmen. Als Grundlage hierfür werden wir die flächendeckende Sprachstandserhebung des Gesundheitsamtes nutzen und bei Bedarf durch ergänzende Untersuchungen er-

weitern. Die Vielzahl der Angebote und Förderprogramme für Geflüchtete von Bund, Land und Stadt sollen in einem Gesamtrahmen als Orientierungshilfe dargestellt und koordiniert werden. Ziel ist eine biografiebegleitende Sprachförderung von der Geburt bzw. der Ankunft in Deutschland bis zum Eintritt in das Berufsleben. Wir bedauern, dass der Bund die Kinderbetreuung für Teilnehmerinnen der Integrationskurse nicht mehr finanziert und werden diese aus städtischen Mitteln fördern.

Aufstieg durch Bildung

Bildung ist ein Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe und Ausgangspunkt für ein selbstbestimmtes Leben. Wir werden daher alle schulorganisatorischen Maßnahmen dahingehend überprüfen, ob sie die Chancengerechtigkeit in der Bildung verbessern. Die engagierte Arbeit der Schulen soll in Stadtteilen mit großem Bedarf durch multiprofessionelle Teams unterstützt werden. In Erweiterung der bildungsorientierten Elternarbeit wollen wir eine Zusammenarbeit zwischen Eltern und Kindertagesstätten erreichen, welche die gemeinsame, bilinguale Erziehung der Kinder in Kita und Elternhaus und Vorbereitung auf die Einschulung zum Inhalt hat. Teil der Sprachförderung ist auch die Förderung der Herkunftssprache, denn diese geht mit besseren Leistungen im Deutscherwerb einher. Den herkunftssprachlichen Unterricht, auch der zahlreichen Vereine und „Samstagsschulen“, wollen wir stabilisieren und durch günstige Räume unterstützen.

Zusammenleben aller Kulturen

Wir wollen die Parade der Kulturen besser fördern und weiterentwickeln. Wir werden uns für die Umsetzung des Gastarbeiter-Denkmal Hauptbahnhof als öffentliches Zeichen, das für alle Einwanderungsgruppen in dieser Stadt steht, einsetzen. Wir werden die ausländischen Kulturvereine stärken und ein Förderprogramm für interkulturelle Stadtteilarbeit auflegen, um mehr Begegnung zwischen den Kulturen zu ermöglichen. Wir wollen Kunstproduktionen aller Sparten fördern, die das Zusammenleben der Kulturen zum Inhalt haben. Die unterschiedlichen Biografien, Identitäten und Ausdrucksformen von Frankfurter Künstlerinnen und Künstlern mit Migrationshintergrund bereichern unsere Kultur und sollen hier ein Forum finden. Wir wollen die interkulturelle Kulturpädagogik in den Museen als Alleinstellungsmerkmal des Frankfurter Museumsufers verstärken.

Gleichstellung und Akzeptanz

Wir wollen die gelebte gesellschaftliche Akzeptanz von Lesben, Schwulen und Transgender weiter voran bringen und Diskriminierungen abbauen. Dazu werden wir die Arbeit der im vergangenen Jahr eingerichteten LSBTIQ-Koordinierungsstelle unterstützen. Der Christopher Street Day (CSD) macht die Vielfalt der Stadt deutlich und hat eine wichtige Funktion zur Selbstvergewisserung der Community. Wir werden den CSD fördern und auch die Förderung anderer Gruppen erhöhen. Für das Lesbisch-Schwule Kulturhaus soll gemeinsam mit den Communities und der Koordinierungsstelle ein neues Konzept erarbeitet werden. Nichtkommerzielle Einrichtungen werden wir weiter unterstützen.

Wir wollen der Mehrfachdiskriminierung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Religion, ihres Alters, ihrer Behinderung, ihres Geschlechts und/oder ihrer sexuellen Orientierung entgegenwirken und zu mehr Akzeptanz beitragen. Dazu wollen wir in Schulen, Sportvereinen und Jugendhäusern ein Klima schaffen, in dem kein Jugendlicher wegen seiner sexuellen Orientierung Diskriminierung ausgesetzt ist. Übergriffe auf Lesben, Schwule und Transgender wollen wir erfassen, auswerten und diskutieren. Wir wollen die Verfolgung von Schwulen und Lesben in der Nazizeit und danach aufarbeiten und dokumentieren, um in Zusammenarbeit mit den Museen und dem Stadtarchiv eine Ausstellung zu erarbeiten.

Vielfalt der Religionen

Religionen sind ein Teil unseres kulturellen Erbes und bieten immer wieder Anlass zur gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Wir wollen das friedliche Zusammenleben der Religionen in unserer Stadt fördern und den strukturierten Dialog mit den Religionsgemeinschaften und dem Rat der Religionen fortsetzen. Hierbei werden wir die nicht organisierten Gläubigen gleichberechtigt in den Diskurs einbeziehen. Weiterhin werden wir den Dialog und Austausch mit der Gruppe der Religionslosen aufnehmen.

Gesellschaftlicher Diskurs

Die Vielfalt der individuellen Lebensentwürfe und Biografien der Frankfurterinnen und Frankfurter sind eine große Bereicherung für unsere Stadt. Dabei müssen Rechte und Pflichten jedes Einzelnen, die Abgrenzung und Offenheit gegenüber anders denkenden sowie die Selbstvergewisserung als Teil einer Gesellschaft täglich neu ausgelotet werden. Wir wollen die Diskussion mit allen Gruppen und Communities aufnehmen und in öffentlichen Themenkonferenzen die Grundlage unseres Zusammenlebens neu definieren. Emanzipation, unternehmerischer Erfolg, Ehrenamt, Werteorientierung, Menschenrechte, Meinungsfreiheit und Kultur sind nur einige Begriffe, die die Bandbreite der Themen verdeutlichen. Denn Integration gelingt nur gemeinsam.

Psychosoziale Versorgung

Die psychosoziale Arbeit umfasst mehrere Bereiche, die oft kaum miteinander im Austausch stehen – zugleich gibt es in einigen Bereichen starke Defizite, wie bspw. bei muttersprachlichen Therapien. Gerade für Geflüchtete und andere Migrantinnen und Migranten sind oftmals alle diese Bereiche akut und eine erfolgreiche Integration bedingt deren Bearbeitung. Wir werden in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsdezernat die regulären Leistungen der Gesundheitssprechstunde der Stadt ausbauen und zugleich um den Bereich der psychischen Betreuung erweitern.

Ältere Migrantinnen und Migranten

Wir werden weiterhin an der interkulturellen Öffnung von Pflegeeinrichtungen und ambulanten Aufnahmeeinrichtungen arbeiten, gemeinsam mit dem Gesundheitsdezernat mehrsprachliche Angebote erarbeiten, interkulturelle Begegnungsorte für ältere Menschen ausbauen und im Bereich des Wohnorts Angebote für ältere Migrantinnen und Migranten schaffen.

Finanzen

Haushalt, Steuern und Abgaben

Das Bevölkerungswachstum Frankfurts stellt die Stadt auch finanziell vor enorme Herausforderungen. Wir werden daher in den kommenden Jahren den Kurs einer soliden und nachhaltigen Haushaltsführung beibehalten und unter klarer Setzung von Prioritäten bei den Ausgaben die notwendige Konsolidierung der städtischen Finanzen mit den erforderlichen Investitionen in die Infrastruktur unserer Stadt im Einklang halten.

Die erheblichen Investitionen in die Infrastruktur von der Bildung über den Wohnungsbau bis hin zur Mobilität werden in den kommenden Jahren die zusätzliche Aufnahme von Krediten erforderlich machen. Frankfurt besitzt jedoch die wirtschaftliche Kraft, entstehende Schulden auf mittel- bis längerfristige Sicht durch eine konsequente Konsolidierung zurückzuführen. Daher werden in den kommenden Jahren entstehende Mehreinnahmen und mögliche Überschüsse vorrangig zur Schuldenvermeidung bzw. zur Schuldentilgung eingesetzt.

Ebenso stehen Investitionen – mit Ausnahme jener, die im Rahmen von Sonderprogrammen beschleunigt vorgesehen sind – unter Einzelgenehmigungsvorbehalt durch den Magistrat gestellt.

Eine Veränderung des Gewerbesteuerhebesatzes ist für die laufende Wahlperiode nicht vorgesehen.

Die Stadt wird im Zusammenwirken mit der Industrie- und Handelskammer und DEHOGA die Umsetzung der künftigen Landesgesetzgebung zur Einführung einer Kultur- und Tourismusabgabe in Frankfurt vorschlagen.

Die Stadt Frankfurt wird nach Abschluss der derzeit laufenden vorbereitenden Maßnahmen die Klage gegen den Kommunalen Finanzausgleich auf den Weg bringen und sich darüber hinaus auch weiterhin für eine bessere Finanzausstattung der Stadt durch Land und Bund einsetzen.

Beteiligungen:

Neben der Kernverwaltung leisten die Beteiligungsgesellschaften der Stadt Frankfurt einen wichtigen Beitrag zur Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger in Stadt und Region.

Um dies dauerhaft auch für die Zukunft sicherzustellen, werden wir die Balance aus einer wirtschaftlichen Führung und Steuerung der Unternehmen und der Erbringung der Daseinsvorsorge auf hohem Niveau auch weiterhin mit einem professionellen Management der Beteiligungen gewährleisten.

Die Stadt wird auch in den kommenden Jahren an ihren Beteiligungsunternehmen festhalten. Eine Veräußerung von „Tafelsilber“ oder die weitere Privatisierung von Aufgaben der Stadt ist nicht beabsichtigt.

Wir stehen in unserer Rolle als Eigentümer bzw. Arbeitgeber für eine transparente Vergütung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Beteiligungsunternehmen, die sich nach ordentlichen Tarifverträgen richten muss. Dort, wo das nicht der Fall sein sollte, streben wir in Abstimmung mit den gewerkschaftlichen Arbeitnehmervertretungen den Abschluss von ordentlichen Tarifverträgen an.

Als Gesellschafter bzw. Eigentümer setzen wir uns auch in den Beteiligungsunternehmen der Stadt für die Erfüllung der Kernziele der Stadt, wie z.B. den Klimaschutz und die Frauenförderung ein.

Kofinanzierungspool

Zur stärkeren Einwerbung von Finanzierungshilfen Dritter bzw. zur Akquirierung von Fördergeldern anderer staatlicher Stellen, wie z.B. der EU, soll an zentraler Stelle ein Kofinanzierungspool eingerichtet werden, mit denen die Komplementärfinanzierung wichtiger städtischer Projekte unterstützt werden kann.

Anlagepolitik

Die Anlagepolitik der Stadt Frankfurt orientiert sich an der Einhaltung ethischer, ökologischer, menschenrechtlicher und demokratischer Standards. Die Stadt Frankfurt wird im Rahmen ihrer Anlagestrategie keine Investitionen in Finanzprodukte vornehmen, die ihre Zielsetzungen im Bereich der Klimaschutzpolitik konterkarieren.

Vergabekontrolle

Im Bereich der Magistratsvergabekommission werden die personellen Voraussetzungen dafür verstärkt, die Einhaltung von Vergabekriterien – insbesondere die Einhaltung der Tariftreue – noch stärker überprüfen und Verstöße dagegen nach Möglichkeit ahnden zu können. Wir werden eine unabhängige Kontrollstelle, die insbesondere die gesetzlichen, arbeits- und sozialrechtlichen Regelungen kontrolliert und Verstöße sanktioniert, einrichten.

Sicherheit

Sicherheit und Prävention

Sicherheit gehört zu den menschlichen Grundbedürfnissen und ist unerlässliche Voraussetzung für das einträchtige Zusammenleben in einer internationalen Großstadt wie Frankfurt am Main, die von Vielfalt und vom Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichsten Kulturen und sozialen Schichten geprägt ist. Das allseitige Vertrauen in ein friedliches Miteinander ist die Voraussetzung, um das Potential als Metropole und Ort urbaner Lebensqualität voll zu entfalten. Die Sicherheit der Menschen in unserer Stadt zu gewährleisten, ist daher eine besonders wichtige städtische Aufgabe. Darunter verstehen wir nicht nur die Verhinderung und Aufklärung von Straftaten, sondern auch die Förderung von Sauberkeit und Ordnung im öffentlichen Raum und des subjektiven Sicherheitsempfindens der Menschen, das städtebauliche Vermeiden von Angsträumen, Stärkung der sozialen Sicherheit sowie eine Atmosphäre des allgemeinen Respekts, der Rücksichtnahme und Hilfsbereitschaft. Wir fördern die allgemeine Einsicht in die Notwendigkeit unserer Rechtsordnung für ein friedliches Miteinander, ergreifen Maßnahmen der Prävention und betreiben eine Politik des sozialen Ausgleichs. Dass Frankfurt eine sichere Stadt ist, ist vor allem den vielen Menschen zu verdanken, die haupt- und ehrenamtlich für die Sicherheit in unserer Stadt arbeiten. Hierzu zählen Landes- und Stadtpolizei, freiwilliger Polizeidienst, Berufs- und Freiwillige Feuerwehren, die Institutionen der Arbeitsgemeinschaft der Frankfurter Hilfsorganisationen (AGFH) wie Technisches Hilfswerk, Arbeiter-Samariter-Bund, Johanniter, Rettungshundestaffel, Deutsches Rotes Kreuz, Malteser und DLRG sowie die Präventions- und Regionalräte. Nicht zuletzt zählen dazu aber auch alle Bürgerinnen und Bürger mit Zivilcourage und Verantwortungsbewusstsein, die bereit sind, spontan zu helfen und zu schützen. Oberste Maxime der städtischen Sicherheitspolitik ist die Prävention. Straftaten sollen möglichst erst gar nicht vorkommen.

Frankfurt am Main ist eine wachsende Stadt. Daher muss auch die Sicherheitsarchitektur der steigenden Bevölkerungszahl angepasst werden. Das gilt auch für die Landespolizei – wir werden auf das Land einwirken, damit die Stellenanzahl im Hinblick auf die wachsende Einwohnerzahl erhöht und die dezentrale Struktur erhalten wird.

Stadtpolizei

Die 2007 gegründete Frankfurter Stadtpolizei hat sich als wichtiger Bestandteil der städtischen Sicherheitsstruktur bewährt. Es bedarf hier weiterhin hoher Ausbildungs- und Ausrüstungsstands, einschließlich der für eine Polizei unerlässlichen Befähigung zum Tragen von Dienstwaffen und der modernen Ausrüstung. Besondere Kompetenzen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden wir weiterhin fördern und bei der Einstellung neuer Kräfte berücksichtigen, wie z.B. interkulturelle Kompetenz oder soziales Engagement. Die bestehenden Arbeitszeitregelungen müssen in Absprache mit den Beschäftigten der Entwicklung der Anforderungen angepasst werden.

Die sicherheitspolitischen Herausforderungen der stark wachsenden und internationalen Stadt erfordern eine personelle Aufstockung der Stadtpolizei. Gleichzeitig erwartet die Stadt, dass die Polizeikräfte des Landes entsprechend dem Wachstum der Stadt und der steigenden Anforderungen substantiell erhöht werden und wird in diesem Sinn auf die Landesregierung einwirken.

Zur Sicherstellung der Aufgabenerfüllung sollen verbeamtete Beschäftigte in der Task Force der Stadtpolizei eingesetzt werden. Die Erhöhung der Präsenz in Innenstadt und Stadtteilen leistet auch wegen der Kommunikationsstärke der Beschäftigten einen wertvollen Beitrag zur Steigerung objektiver und subjektiver Sicherheit.

Die Eigenständigkeit der Stadtpolizei im Straßenverkehrsamt soll erhalten bleiben. Zur besseren Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger sollen die im Verkehrsdezernat angesiedelten Einheiten der Stadtpolizei in "Verkehrsüberwachung" umbenannt werden.

Freiwilliger Polizeidienst

Der Frankfurter Freiwillige Polizeidienst leistet einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Sicherheit in unserer Stadt. Um das hohe Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Qualität der ehrenamtlichen Frankfurter Polizeiarbeit nicht zu gefährden, halten wir es für richtig, auch in Zukunft hohe Anforderungen an die Eignung der Bewerber zu stellen. Am Beispiel des Friedberger Platzes hat sich gezeigt, dass die Kommunikationsfähigkeit dieser Personengruppe einen wertvollen Beitrag zur Problemlösung und Deeskalation leistet.

Brand- und Katastrophenschutz

Frankfurt am Main stellt als Straßen- und Schienenverkehrsknotenpunkt, mit seinem Flughafen, seiner Funktion als internationaler Wirtschaftsmetropole mit Messe, Banken, verarbeitenden und chemischen Industrie sowie angesichts seiner in Deutschland einmaligen Hochhausbebauung besondere Herausforderungen an den Brand- und Katastrophenschutz. Die Frankfurter Berufs- und Freiwilligen Feuerwehren sind diesen Herausforderungen dank ihrer außergewöhnlichen Leistungsfähigkeit gewachsen. Das soll so bleiben!

Wir werden auch in Zukunft dafür sorgen, dass die Berufsfeuerwehr und die Freiwilligen Feuerwehren ihre Leistungsfähigkeit auf höchstem Niveau halten. Hierzu bedarf es hervorragender Ausrüstung, anspruchsvoller Ausbildung und umfangreicher Trainingsmöglichkeiten. Das Taktische Feuerwehrkonzept 2020 (Staffelkonzept) hat sich bewährt und wird weiter umgesetzt. Es hat beispielsweise durch die enge Verzahnung von Berufs- und Freiwilligen Feuerwehren, die optimierte Wach- und Standortauswahl und die Erhöhung des Erreichungsgrads der Brandschutzziele die Brandschutzarbeit in Frankfurt nochmals deutlich verbessert. Auch die Besoldungssituation der Feuerwehr wird auf Grundlage der vom Magistrat eingebrachten Vorlage verbessert, um qualifizierte Kräfte in Frankfurt am Main halten zu können. Die Branddirektion ist aufgrund ihrer Ausstattung, ihres Know hows und der besonderen Einsatzmöglichkeiten einer Großstadt ein beliebter Ausbildungsbetrieb, aber das Besoldungsniveau in anderen Bundesländern ist höher. Daher wandern viele gut ausgebildete Feuerwehrleute nach der Ausbildung zu anderen Kommunen ab. Um dem entgegenzuwirken und die Auswirkungen des Notfallsanitätergesetzes auf das Schutzziel Rettungsdienst abmildern zu können, werden wir verschiedene personalwirtschaftliche Maßnahmen in Zusammenarbeit mit dem Personal- und Organisationsamt umsetzen. Um die vorhandenen Stellen in der Branddirektion besetzen zu können, sind weitere erhebliche Anstrengungen der Personalgewinnung erforderlich. Der eingeschlagene Weg zur Personalbindung wird daher konsequent fortgesetzt.

Zur Verbesserung der Situation der Freiwilligen Feuerwehren wird das mit dem Kreisbrandinspektor abgestimmte Prioritätenprogramm für Gerätehäuser der Freiwilligen Feuerwehren in der Wahlperiode umgesetzt (es sieht 2 Mio. € im Jahr und damit insgesamt 10 Mio. für die Wahlperiode vor).

Das Fortbestehen des ehrenamtlichen Engagements in den Freiwilligen Feuerwehren ist auf die Gewinnung von Nachwuchs angewiesen. Die hervorragende Jugendarbeit der Mini- und Jugendfeuerwehren wird weiter gefördert; der Zuschuss an den Kreisfeuerwehrverband wird hierfür angemessen erhöht. Modellprojekte der Stadtjugendfeuerwehr zur Brandschutzerziehung an Schulen leisten einen wertvollen Beitrag und sollen ausgebaut werden.

Das Feuerwehrmuseum in Bonames wird finanziell unterstützt.

Die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den in der Arbeitsgemeinschaft der Frankfurter Hilfsorganisationen (AGFH) zusammengeschlossenen Organisationen fördert die Sicherheit der Stadt Frankfurt am Main in besonderem Maße. Die Unterstützung der AGFH hat für uns einen besonders hohen Stellenwert.

Prävention

Präventionsarbeit ist vorausschauende Sicherheitspolitik und jede verhinderte Straftat ein sicherheitspolitischer Erfolg.

Die vom Frankfurter Präventionsrat und dem Polizeipräsidium ins Leben gerufene Kampagne „Gewalt-Sehen-Helfen“ wird fortgeführt.

Die 16 lokalen Frankfurter Regionalräte leisten einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der Ursachen von Kriminalität und die Förderung des sozialen Friedens in den Stadtteilen und bilden zusammen mit den Facharbeitskreisen ein kriminalpräventives Frühwarnsystem, das es der Frankfurter Sicherheitspolitik erlaubt, frühzeitig Fehlentwicklungen entgegenzuwirken.

Für die „Kampagne für Respekt“ des Präventionsrates werden wir ein auskömmliches Budget bereitstellen. Die Implementierung von Seniorensicherheitsbeauftragten soll perspektivisch auf alle Stadtteile ausgeweitet werden.

Auch die Kampagne zur Beratung von Senioren und Seniorinnen über Einbruchsicherung wird fortgeführt.

Das Projekt „Noteingang für Kinder“ – mittlerweile in 30 Stadtteilen installiert – hat sich bewährt und erfreut sich großer Beliebtheit; es wird konsequent weitergeführt.

Durch den Präventionsrat zusammen mit Kooperationspartnern werden weiter Präventionshelfer eingesetzt, die in bekannten Problembereichen, wie z.B. Parks und Grünflächen., über die Funktion des Parkwächters hinaus als Ansprechpartner und Mitteleiler wirken, um die Stadtpolizei in diesen Bereichen zu unterstützen. Dabei sollen diese keine polizeilichen Funktionen wahrnehmen, sondern allenfalls Hinweise aufnehmen und weitergeben bzw. eigene Feststellungen treffen und diese dann an die zuständige Stelle übermitteln.

Die Geschäftsstelle des Präventionsrates wird um zwei zusätzliche Stellen aufgestockt, um die Arbeit der Ehrenamtlichen besser zu koordinieren und neue Projekte durchzuführen.

Das Projekt "Jugendliche Testkäufer" hat sich im Sinne des Jugendschutzes und der Suchtprävention bewährt. Im Lauf des Projektzeitraums ist eine Verringerung illegaler Alkoholabgabe an Jugendliche festzustellen. Daher wird das Projekt konsequent fortgeführt.

Durch das Haus des Jugendrechts im Frankfurter Westen und im Norden wurde die behördenübergreifende Zusammenarbeit im Bereich der Jugendkriminalität deutlich verbessert. Die damit einhergehende Verfahrensbeschleunigung lässt Jugendliche den Ursachenzusammenhang zwischen ihrem Fehlverhalten und dessen rechtlichen Folgen besser erkennen und entfaltet dadurch eine präventive Wirkung. Die Koalition bekennt sich zur Weiterführung und zum Ausbau dieser Projekte.

Die islamistischen Rekrutierungsmaßnahmen an Frankfurter Einrichtungen zeigen, dass die Anstrengungen zur Deradikalisierung von Jugendlichen und die Früherkennung extremistischer Umtriebe verstärkt werden müssen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Schulen und Sozialeinrichtungen müssen sensibilisiert und fortgebildet werden, damit sie lernen, problematische Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen, Alternativen aufzuzeigen, Ausstiegsperspektiven zu eröffnen und im Bedarfsfall die Sicherheitsbehörden zu informieren. Die Stadt unterstützt die muslimischen Gemeinden beim Aufbau einer geeigneten Jugendarbeit und der Vernetzung mit beste-

henden Angeboten, um eine Verführung Jugendlicher durch vermeintlich attraktive extremistische Angebote zu verhindern.

Verbesserung der Aufenthaltsqualität Bahnhof und Zeil

Die geltende Gefahrenabwehrverordnung wird den aktuellen Erfordernissen angepasst werden, indem auch das organisierte Betteln verboten wird.

Wir werden Maßnahmen entwickeln und ergreifen, um unterstützt durch soziale Angebote die Aufenthaltsqualität im Bahnhofsviertel mit Schwerpunkt zum Beispiel am „Kaisersack“ zu verbessern.

Nutzung moderner Videotechnik

Das Polizeipräsidium schlägt aufgrund der allgemeinen Kriminalitätsslage und wegen der anhaltend hohen Gefährdungslage durch islamistischen Terrorismus weitere Videoanlagen zur Bildübertragung im öffentlichen Raum vor. Darüber hinaus sind die vorhandenen zwei Anlagen technisch veraltet. Die Stadt wird gemeinsam mit dem Polizeipräsidium an einer Verbesserung der vorhandenen Situation arbeiten und die Vorschläge der Landespolizei für zwei weitere Standorte, einen im Bahnhofsviertel und einen (zunächst zeitlich auf 1 Jahr begrenzten und zu evaluierenden) im Allerheiligenviertel, übernehmen.

Verantwortungsvoller Umgang mit Spielhallen und Glücksspiel

Erfahrungen zeigen, dass die geographische Häufung von Spielhallen und Glücksspiel eine Abwärtsdynamik in Gang setzen kann, die dazu geeignet ist, einem Stadtteil nachhaltig zu schaden. Die Stadt Frankfurt am Main wird daher im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten weiter alles daran setzen, die Ansiedelung von Spielhallen restriktiv zu handhaben.

„Sauberes Frankfurt“

Die Sauberkeit des öffentlichen Raums steigert die Lebensqualität und die Familienfreundlichkeit unserer Stadt, ebenso das subjektive Sicherheitsempfinden der Menschen. Nur wenige Familien haben Zugang zu einem eigenen Garten. Für die meisten Frankfurterinnen und Frankfurter ist es daher besonders wichtig, dass sie mit ihren Familien gepflegte Grünanlagen aufsuchen können. Der öffentliche Raum gehört allen und verdient respektvolle und schonende Behandlung. Niemand hat das Recht, die Attraktivität des öffentlichen Raums durch egoistische und schonungslose Nutzung zu beeinträchtigen.

Die Stabsstelle „Sauberes Frankfurt“ hat sich in den letzten Jahren um die Stärkung dieses Bewusstseins sehr verdient gemacht. Das Budget der Stabsstelle wird daher gemäß den gestiegenen Anforderungen aufgestockt, um die positiven Aktivitäten am Friedberger Platz, im Bahnhofsviertel, am Mainufer oder in den öffentlichen Grünanlagen weiterführen zu können.

Verbraucherschutz

Regelmäßige Kontrollen der Gastronomiebetriebe in Frankfurt am Main dienen dem Verbraucherschutz. Die gute Qualität der Restaurants unterschiedlicher Standards ist nicht nur für die Frankfurter und Frankfurterinnen ein Beitrag zur Lebensqualität, sie ist auch ein Kriterium für den erfolgreichen Wirtschafts- und Tourismusstandort Frankfurt am Main. Im Interesse des Verbraucherschutzes wird die Personalstärke der Lebensmittelkontrolleure erhöht und Gehaltsanpassungen entsprechend des hohen beruflichen Qualifizierungsgrades durchgeführt.

Verbesserung der Willkommenskultur

Im Wettbewerb um Internationale und nationale Fachkräfte braucht es eine nachhaltige Strategie und besondere Willkommenskultur, um Fachkräfte nach Frankfurt am Main zu holen und an Stadt und Region zu binden. Die Ausländerbehörde wird personell weiter aufgestockt, um dem aktuellen Bedarf hinsichtlich Besucherzahlen und Fallzeiten aufgrund gestiegener rechtlicher Anforderungen gerecht werden zu können. Für Unternehmen und Konsulate und für die Hochschulen wird die Einrichtung von speziellen Anlaufstellen geprüft. Die interkulturelle Kompetenz wird in der Ausländerbehörde konsequent gestärkt, die Expertise des AMKA wird hierbei eingebunden. Für eine positive Wahrnehmung der Ausländerbehörde wird im Einvernehmen mit den Mitarbeitern eine Namensänderung der „Ausländerbehörde“ angestrebt.

Sport

Sport Frankfurt am Main ist eine international anerkannte Sportstadt. Der Sport hat für die Stadt Frankfurt einen besonders hohen Stellenwert. Das zeigt sich allein schon darin, dass alle wichtigen Sportverbände ihren Sitz in der Mainmetropole haben und auch der DFB seine Akademie hier errichten will. Nicht nur im Profisport sondern auch im Breitensport wurde in den letzten Jahren ein hoher Standard in der Sportstätteninfrastruktur gesetzt und mit jährlich mehr als 13 Millionen Euro eine angemessene Sportförderung getätigt. Wir wollen diese verlässliche Sportpolitik fortsetzen und unterstützen die Weiterentwicklung der Sportstadt auf der Grundlage der durchgeführten Sportentwicklungsplanung. Darum fördern wir vereinsgebundenen Sport als wichtigste Säule des Sports, weil hier Teamgeist, Verantwortungsbewusstsein und soziale Integration stattfinden. Aber auch der vereinsungebundene Sport, der im öffentlichen Raum stattfindet, verdient angemessene Unterstützung, trägt er doch zur Gesundheit und zur Lebensqualität bei. So deckt der in Zusammenarbeit mit interessierten Bürgern geplante Bürgerpark in Niederrad mit seinen frei zugänglichen Sportangeboten die Ansprüche dieses Personenkreises ideal ab. Sportangebote in Parks, insbesondere auch speziell für Seniorinnen und Senioren, werden ausgeweitet.

Wir wollen das hohe Niveau unserer städtischen Sportinfrastruktur konsequent ausbauen und legen neben weiteren Neubauten und grundlegenden Sanierungen einen Schwerpunkt in den Werterhalt der Sportanlagen. Wir bekennen uns ausdrücklich zur Selbstorganisation des Sports und dem ehrenamtlichen Engagement in den mehr als 430 Frankfurter Sportvereinen mit ihren rund 190.000 Mitgliedern. Dabei ändern sich auch die Vorstellungen und Wünsche, die Vereinsmitglieder und Bürgerinnen und Bürger an Sportangebote haben. Um hier aktuell zu bleiben und auch künftig attraktive Sportarten in passenden Sportstätten in Frankfurt zu haben, wurde die Sportentwicklungsplanung durchgeführt und nun sukzessive in den Stadtteilen umgesetzt. Aktive Partner dabei sind der Sportkreis und die Sportjugend, die als Dachorganisationen des Frankfurter Sports nicht nur wichtige Ansprechpartner sind, sondern auch Projekte, die insbesondere die sozial integrierende Kraft des Sports nutzen, durchführen und dafür mit städtischen Fördermitteln unterstützt wurden.

Vereins- und Sportförderung

Wir behalten die 18 Euro jährlicher Pro-Kopf-Förderung für jedes jugendliche Vereinsmitglied bei.

Wir fördern Investitionen in vereinseigene Sportanlagen auf der Grundlage der städtischen Förderrichtlinien und stellen dafür ein angemessenes Budget zur Verfügung.

Wir setzen unser Programm zur Förderung erneuerbarer Energien und zur Energieeinsparung bei vereinseigenen Sportanlagen durch.

Wir setzen bewährte Projekte des Sportkreises und der Sportjugend Frankfurt wie Schulkids in Bewegung in Kooperationen mit Sportvereinen, Mitternachtssport, Boxcamp, Stadtteilprojekte mit sozialpädagogischer Ausrichtung wie im Gallus, Fanprojekte für Eintracht und FSV und den Pakt gegen Gewalt im Amateurfußball fort.

Durch die Neukonzeption der Nutzungs- und Betreuungsverträge und ein städtisches Energieeffizienzprogramm soll es den Vereinen erleichtert werden, ihre ehrenamtliche Arbeit auch in Zeiten des gesellschaftlichen Wandels und veränderter Vorstellungen ihrer Mitglieder fortzusetzen. Durch eine erhöhte Betreuungspauschale, die den spezifischen Gegebenheiten vor Ort gerecht wird und Sonderprämien werden Anreize geschaffen, die Sportanlagen für Schulen und andere Interessierte zu öffnen und die Möglichkeit erhöht, den Wert der Sportinfrastruktur langfristig zu erhalten.

Wir wollen Sport im Stadtteil stärker vernetzen. Die Möglichkeiten und Angebote, die Sportvereine Bewohnern eines Stadtteils eröffnen, sollen durch gemeinsame Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit Schulen, Jugend- und Senioreneinrichtungen präsentiert werden. Diese Sport- und Fitnessstage sollen nachfrageorientiert regelmäßig stattfinden.

Sportplätze und Sporthallen

Im Konkurrenzdruck auf Flächen wird im Rahmen des Stadtentwicklungskonzeptes zunehmend erforderlich, ein Qualifizierungsprogramm für vorhandene Sportstätten aufzulegen. Der Zugriff auf Flächen für Schulneubauten und für Flüchtlingsunterbringung hat dazu geführt, dass viele Sportflächen wegfallen. Auf der anderen Seite gibt es Sportflächen, die durch infrastrukturelle Maßnahmen stärker ausgelastet werden können. Die Ausstattung von Kunstrasenplätzen auf allen Sportanlagen ist in einem Sonderprogramm durchzuführen. Die letzten Tennenplätze werden in der Legislaturperiode 2016-2021 in Kunstrasenplätze umgewandelt. Für die einzelnen Sportarten wird ein Konzept erarbeitet, das Synergien aufzeigt, so dass durch organisatorische oder bauliche Maßnahmen eine bessere Nutzung ermöglicht werden kann.

Zur Durchführung von Investitionsmaßnahmen werden die Mittel im Sanierungsprogramm erhöht.

Darüber hinaus werden städtische Hallen wie das Sport- und Freizeitzentrum Kalbach, die FRAPORT-Arena und weitere Hallen des Sportamtes saniert.

Mit den knappen Ressourcen soll auch bei der Belegung der Sportstätten effektiver umgegangen werden. Deshalb soll ein intelligentes Hallenmanagement der verschiedenen Ämter, Gesellschaften und Vereine umgesetzt werden. Wir schaffen ein dynamisches Sportstättenmanagement, das insbesondere die Nutzung von Schulturnhallen verbessert.

Wir etablieren ein „Frankfurter Sportforum“, das den Kontakt der Vereine zur Stadtverwaltung erleichtert.

Schwimmbäder

Der Erhalt unserer städtischen Bäder ist wichtiges sportpolitisches Ziel. Die Bäderbetriebe Frankfurt entwickeln ein Konzept für die Weiterentwicklung der vorhandenen Bäderlandschaft, das in den folgenden Jahren nach finanzieller Möglichkeit sukzessive umgesetzt werden soll. Auftakt der Neuordnung der Badersituation ist das neue Familienbad in Bornheim. In Zusammenarbeit mit Uni und LSB soll ein gemeinsames Schwimmzentrum für Hochschulen, Vereinen, Schulen und Sport entstehen. Für das Rebstockbad wird eine Machbarkeitsstudie vorgelegt, um über Neubau oder Sanierung entscheiden zu können.

Der Betrieb von Schulschwimmbädern soll durch die Bäderbetriebe erfolgen. Nach Abschluss des aktuellen Pilotprojektes werden weitere Schulschwimmbäder je nach Evaluierungsergebnis in die Betreuung der Bäderbetriebe genommen. Die Bäderbetriebe wirken bei der Konzeption von Schulschwimmbädern mit.

Ausrichtung von Sportveranstaltungen

Wir wollen großen Sportereignissen einen langfristigen Platz in Frankfurt sichern, auch weil sie Werbung für den Standort sind. Wir fördern Sportveranstaltungen, die mit bekannten Sportlerinnen und Sportlern als Vorbilder zum Mitmachen anregen und Frankfurt am Main international in aller Munde sein lassen: Dazu zählen insbesondere das Radrennen „Rund um den Finanzplatz“, der Frankfurter Triathlon, der Ironman und der Frankfurter Marathon.

Wir möchten Bau und Betrieb einer neuen Multifunktionshalle unter anderem für Sportveranstaltungen mit bis zu 13.000 Besuchern durch private Investoren fördern und stellen städtische Grundstücke als Beitrag der Stadt dafür kostenlos zur Verfügung.

Die Stadt Frankfurt am Main bewirbt sich um die Austragungen von sportlichen Großveranstaltungen wie z. B. die Ausrichtung der Special Olympics Games.

Darüber hinaus unterstützt die Stadt den Sportpresseball institutionell, um seinen Verbleib in der Sportstadt Frankfurt am Main aufgrund seiner hohen sportpolitischen Bedeutung dauerhaft zu sichern.

Frauen

Frauen und Gleichstellung

Seit der Gründung des Frauenreferates im Jahr 1989 ist die Stadt Frankfurt bundesweit Vorreiterin beim Setzen von Themen und Maßnahmen zur Umsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern. Diese Vorreiterrolle wollen wir weiter ausbauen. Dazu wird der Etat des Frauenreferates auf 3,7 Mio. Euro erhöht. Zudem wollen wir die Rolle von Frankfurter Frauen – von der Paulskirche über die Frauenbewegung der 70er Jahre bis zur #Aufschrei-Kampagne – insbesondere Jugendlichen und jungen Erwachsenen bewusst machen, um Mädchen und Jungen in ihrer Rollenfindung zu unterstützen und zu Engagement für Gleichberechtigung zu ermutigen. Eine selbstbewusste Frauenpolitik fängt beim Stärken von Mädchen an. Hierzu werden wir die Mädchenprojekte weiter fördern sowie die Frage der Geschlechtergerechtigkeit und den besonderen Blick auf Mädchen in Jugendhilfe, Schule, Ausbildung und Arbeit, aber auch in Kultur und Gesellschaft voranbringen.

Jahreskampagnen des Frauenreferates stärken

Das Frauenreferat bündelt seine Arbeit in Jahreskampagnen, die jedes Jahr bestimmte Gleichstellungsfragen fokussieren und die Arbeit von Initiativen und Projekten bündeln. Diese Arbeit hat sich als öffentlichkeitswirksam und effektiv erwiesen und wird durch eine Aufstockung des Etats für Projekte, Beratungsangebote und Initiativen des jeweiligen Jahresthemas weiter unterstützt.

Europäische Gleichstellungscharta

Die von der Stadt am 8. März 2012 unterzeichnete europäischen Gleichstellungscharta ist ein hervorragendes Instrument, um die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene zu verwirklichen. In der kommenden Legislaturperiode wird Frankfurt die im Aktionsplan Gleichstellung erarbeiteten Instrumente umsetzen. Hierzu gehören die vereinbarte Mixed-Leadership-Akademie sowie die Förderung der informierten Berufswahl von Mädchen und Jungen. Zudem wird der partizipative Ansatz des Charta-Prozesses weitergeführt, um zu den weiteren Themen der Charta städtische Aktionspläne zu erarbeiten.

Gleichberechtigte Teilhabe an Erwerbsarbeit

Neben den im ersten Frankfurter Gleichstellungsaktionsplan erarbeiteten Maßnahmen zur gleichberechtigten Teilhabe am Erwerbsleben wird die Stadt weitere Projekte und Initiativen für gleiche Aufstiegschancen und gleichen Lohn für gleiche Arbeit für Männer und Frauen fördern. Die Stadt wird mit den kommunalen Spitzenvertreterinnen und Vertretern der Wirtschaft eine Kooperationsvereinbarung zur gleichen Entlohnung von Frauen und Männern abschließen. Die bestehenden Programme und Netzwerke wie das regionale Mentoring-Programm, FrauenMacht-Karriere und der WomansBusinessDay werden fortgeführt, zudem wird gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung ein Gleichstellungspreis erarbeitet, der Unternehmen auszeichnet, die sich vorbildlich für das Erkennen der Potentiale von Frauen und für die Geschlechtergleichstellung einsetzen. Wir wollen die genannten Initiativen in Zusammenarbeit mit Frankfurter Unternehmen zu einem lokalen Bündnis der Förderung von Frauen im Beruf erweitern, mit dem Ziel Frankfurt zum "Best Womens Workplace" zu machen. Hierbei spielt die Förderung von Frauen in Führungspositionen für uns ebenso eine Rolle, wie die Erleichterung des beruflichen Wiedereinstiegs für Frauen. Darüber hinaus wird die Stadt Unternehmen, die sich für die besondere Förderung von Frauen einsetzen, bei Ausschreibungen besonders berücksichtigen.

Die Förderung der Programme zur Arbeitsmarktintegration, zur beruflichen Förderung sowie zur Existenzgründung von Frauen wird fortgeführt. Die von der Stadt in Auftrag gegebene IWAK-Studie hat ergeben, dass die Situation am Arbeitsmarkt für Migrantinnen besonders schwierig ist. Aus diesem Grund wird die Förderung der Programme zur Arbeitsmarktintegration und zur beruflichen Förderung von Migrantinnen ausgebaut. Zudem wird die Stadt in Zusammenarbeit mit dem Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) Frankfurt weitere Maßnahmen erarbeiten, um die Teilhabe Alleinerziehender am Arbeitsmarkt und in der Stadtgesellschaft zu verbessern.

Von Altersarmut sind im Wesentlichen Frauen betroffen. Um Altersarmut für die jüngere Generation zu vermeiden, werden weiter Projekte und Initiativen unterstützt, die über kritische Übergänge und Lebensläufe aufklären. Für von Altersarmut betroffene Frauen wollen wir den Zugang zu Beratung und Hilfe erleichtern.

Sexismus und Gewalt gegen Frauen und Mädchen ächten

Gewalterfahrungen gehören auch in Frankfurt für viele Frauen leider immer noch zum Alltag. Um Frauen, die Gewalt erfahren haben, zu helfen, werden Frauenhäuser und Beratungsstellen weiter unterstützt. Die Hilfe und psychosoziale Beratung für Opfer von häuslicher Gewalt bauen wir aus. Das Projekt der medizinischen Akutversorgung nach Vergewaltigung wird verstetigt. Darüber hinaus werden wir neue Ansätze zur Hilfe, beispielsweise bei Erfahrung durch digitale Gewalt, bei sexualisierter Gewalt an behinderten Frauen oder auch bei Gewalt in Pflegebeziehungen ausbauen.

Neben diesen Unterstützungsangeboten ist es unser erklärtes Ziel, Gewalt gegen Frauen durch Aufklärung und Prävention deutlich zu verringern. Frankfurt wird Gewalt gegen Frauen und auch den alltäglichen Sexismus ächten. Hierfür werden wir die Onlineberatung für Mädchen weiter ausbauen und die Beratung und Vernetzung von Mädchen und Frauen weiter fördern. Wir begrüßen die Initiative des Bundesgesetzgebers zum Verbot sexistischer Werbung.

Wir wollen, dass sich Frauen und Mädchen in Frankfurt überall angstfrei und sicher bewegen können. Angsträume und dunkle Durchgänge und Ecken wollen wir abbauen sowie das Sicherheitsgefühl im ÖPNV erhöhen. Wegen der flexiblen Gestaltung der Ladenöffnungszeiten müssen Arbeitnehmerinnen heutzutage auch zu später Stunde mit bedarfsgerechten Verbindungen im öffentlichen Nahverkehr versorgt werden.

Geflüchtete Frauen

Frankfurt hat die richtigen Kliniken und Beratungskompetenzen, um durch kriegerische Auseinandersetzungen sexuell missbrauchter und geflüchteter Frauen medizinisch und psychologisch Hilfe anbieten zu können. Ähnlich wie in Baden-Württemberg wird sich Frankfurt um die Aufnahme dieser besonders grausam traumatisierten Frauen bemühen. Zudem werden wir Frauen in Flüchtlingseinrichtungen besonderen Schutz und Aufklärung über Frauenrechte und sexuelle Selbstbestimmung gewähren.

Politik und Stadtverwaltung haben Vorbildfunktion

Frauen sind nach wie vor auch im Politikbetrieb und in den Führungsfunktionen von Verwaltung und stadt eigenen Gesellschaften unterrepräsentiert. Dies wollen wir ändern. Die Stadt wird durch professionelle Personalsuche und Auswahlverfahren für eine vorbildliche Frauenquote sorgen. Um die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und politischen Ehrenamt zu erleichtern, wollen wir die Strukturen und die Kultur des Politikbetriebs ändern. Dazu gehört, modellhaft Kinderbetreuung während der Sitzungen anzubieten oder Kinderbetreuungskosten für Mandatsträger/innen während der Sitzungen zu übernehmen. Zudem streben wir an, die Positionen in den Aufsichtsräten

der stadt eigenen Gesellschaften so besetzen, dass der Frauenanteil über den für die Privatwirtschaft festgelegten 30% liegt. Frauen sollen bei städtischen Ehrungen und Auszeichnungen entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil berücksichtigt werden.

Bürgerbeteiligung

Demokratie und politische Beteiligung stärken

Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt an unserer Politik aktiv mitwirken. Neben der Steigerung der Wahlbeteiligung ist die Einbeziehung möglichst vieler Frankfurterinnen und Frankfurter in die Entscheidungsfindungen unser Ziel.

Die Erfahrungen mit bisher genutzten Beteiligungsformen sind unterschiedlich - es gab Enttäuschungen, aber auch sehr erfolgreiche Prozesse, die zu einem hohen und auch nachhaltigen Engagement geführt haben.

Wir wollen für direkte Beteiligungsprozesse aufbauend auf den bisherigen Erfahrungen, wie z.B. im Portal „Frankfurt Fragt mich“, Ziele und Standards definieren, die sicherstellen, dass der Rahmen der Beteiligung vorab mit allen abgesprochen ist, Beteiligungsprozesse ergebnisorientiert strukturiert werden und Verbindlichkeit der Ergebnisse im vereinbarten Rahmen sichergestellt ist. Zudem wollen wir auch in Zukunft die bewährte Mitwirkung in den Ortsbeiräten stärken.

Wir verstehen Demokratie und Beteiligung als Angebote an die Menschen. Damit diese Angebote möglichst viele Menschen erreichen, wollen wir bei den Beteiligungsstandards auf Formen achten, die dazu geeignet sind, gesellschaftliche Gruppen anzusprechen, die sich bisher weniger in Beteiligungsprozesse einbringen. Auch die systematische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen wollen wir in Zusammenarbeit mit dem Kinderbüro stärken.

Bürgerservice

Das Standortkonzept des Frankfurter Bürgeramtes soll im 17. Jahr nach der Gründung des Amtes überprüft und an die veränderten Rahmenbedingungen einer schnell wachsenden Stadt angepasst werden. In enger Abstimmung mit den Ortsbeiräten sind die Standorte im Hinblick auf bürgerfreundlichere Öffnungszeiten und optimierte Arbeitsabläufe weiterzuentwickeln. Damit soll dem wachsenden Besucheraufkommen, den Anforderungen der Barrierefreiheit, der Arbeitssicherheit und Fürsorge für die Beschäftigten des Bürgeramtes auf gleichermaßen bürger- wie mitarbeiterorientierter Weise entsprochen werden.

Möglichkeiten des E-Gouvernements, wie Selbstbedienungsterminals, sollen in dem zu erarbeitenden Konzept berücksichtigt und effizient betrieben werden. Außerdem ist bei der Fortentwicklung des Standortkonzepts die ÖPNV-Erschließung als Kriterium für die zukünftigen Standorte zu berücksichtigen.

Die Bürgerberatung wird zur zentralen Anlaufstelle für alle Fragen rund um die Stadtverwaltung für diejenigen fortentwickelt, die den Kontakt zur Stadt nicht über die Behördenrufnummer 115 oder auf digitalem Weg aufnehmen können oder möchten.

Die Behördenrufnummer 115 wird weiter gestärkt; Kooperationen mit der Region werden fortgeführt und nach Möglichkeit ausgebaut. Des Weiteren sollen möglichst viele städtische Hotlines in das 115-Servicecenter integriert werden. Die Übernahme interner Hotlines durch das Servicecenter steigert nämlich die Effizienz der städtischen Aufgabenwahrnehmung. So hat sich bei der testweisen Übernahme interner Hotlines gezeigt, dass die Annahmquote von 10 Prozent auf fast 100 Prozent gestiegen und das Anrufvolumen um 70 Prozent gesunken ist, weil die Bürger keine wiederholten Anrufversuche unternehmen mussten. Die Übernahme von Ämterhotlines erhöht dabei nicht nur den Bürgerservice, sondern entlastet auch die Mitarbeiter in den Ämtern, die sich nun auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können. Bei der Übernahme von Ämterhotlines sind die entsprechenden personellen Ressourcen von den entlasteten Bereichen in das Servicecenter zu überführen. Alternativ ist zu prüfen, ob durch die Verlagerung von Budgets die im Servicecenter benötigten Stellen geschaffen werden können.

Breitbandausbau

Die Verbesserung der digitalen Infrastruktur ist ein wichtiges Ziel, um die Attraktivität der Stadt als Wohn- und Wirtschaftsstandort sicherzustellen. Die Stadt Frankfurt muss sich daher dezernatsübergreifend dafür einsetzen, die Rahmenbedingungen für Breitbandausbau weiter zu verbessern. Dies setzt eine gute Koordination der verschiedenen Genehmigungsverfahren voraus. Sie muss sich ferner darum bemühen, dass bei der Erschließung von Neubaugebieten schnelle Glasfaserverbindungen berücksichtigt werden.

Es ist projekthaft zu untersuchen, ob die Stadt beim Bau neuer Verkehrsinfrastruktur nicht nur Leerrohre einbauen, sondern direkt Glasfaserkabel verlegen kann und soll.

Darüber hinaus ist die weitere Optimierung der Genehmigungsprozesse beim Breitbandausbau anzustreben. Auf diese Weise soll die Stadt dazu beitragen, dass schnellstmöglich alle Frankfurter Haushalte Zugang zu Internetverbindungen von mindestens 50 Mbit/s haben.

Stadtverwaltung

Personal und Organisation

Frankfurt wächst rasant und damit wachsen auch die Herausforderungen und Ansprüche an die Stadtverwaltung. Diese Aufgaben können nur mit entsprechend motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bewältigt werden. Die Stadt Frankfurt braucht zufriedene und gesunde Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich mit ihrem Beruf identifizieren können. Daher ist es erforderlich, die Rahmenbedingungen für „Gute Arbeit“, „Gerechter Lohn“ und „Gute Leistungen“, also Arbeitsbedingungen und -Umgebung, kontinuierlich weiterzuentwickeln.

Auch wenn ein Teil der Aufgaben durch effizientere Prozesse aufgefangen werden kann, müssen aufgrund des Wachstums der Stadt in manchen Bereichen der Verwaltung Stellen aufgebaut werden.

Die Stadt Frankfurt am Main befindet sich mit zahlreichen großen und attraktiven Arbeitgebern in einem hart umkämpften Arbeitsmarkt um die besten Arbeitskräfte. Nur mit der Weiterentwicklung mitarbeiterfreundlicher und moderner Rahmenbedingungen können wir in diesem Wettbewerb bestehen.

Die Stadt in Verantwortung als sozialer Arbeitgeber

Die Stadt versteht sich weiter als soziale Arbeitgeber, der die Sozialpartnerschaft und Mitbestimmung stärkt. Wir werden daher in der Wahlperiode mit der Zielsetzung der Verlängerung der Dienstvereinbarung 223 die Gespräche mit dem Gesamtpersonalrat aufnehmen. Die Stadt ist sich ihrer besonderen arbeitsmarktpolitischen Verantwortung bewusst und wird weiter Ausbildungsplätze über den aktuellen Bedarf anbieten.

Vom Grundsatz des Verzichts auf sachgrundlose Befristungen in Arbeitsverträgen wird nur in Ausnahmen und im Benehmen mit dem/der Betroffenen und der Personalvertretung abgewichen.

Betriebliches Gesundheitsmanagement

Wir wollen das betriebliche Gesundheitsmanagement zügig umsetzen und das Konzept zur Prävention bezüglich gesundheitlicher Belastungen bei der Arbeit weiterentwickeln.

Vereinbarkeit Beruf und Familie - vorbildlich

Zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie wollen wir die Dienstvereinbarung für Home-Office Arbeit und Teilzeitarbeit zu Hause ausbauen. Die Vor- und Nachteile sollen zusammen mit den Beschäftigten ausgewertet und gemeinsam eine gute Lösung entwickelt werden.

Die Angebote zur Kinderbetreuung wollen wir ausbauen und den Bau und die Einrichtung einer Betriebskita auch und gerade für die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorantreiben.

Gleichstellung und Frauenförderung

Eigenständige Existenzsicherung von Frauen und Nutzung der Führungspotenziale sind Schwerpunkte des Aktionsplans der Charta der Gleichstellung. Stadtverwaltung und stadtteigene Unternehmen haben hier Vorbildfunktion. Deswegen ist die Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes und der Frauenförderpläne für uns eine zentrale Aufgabe. Für die Gewinnung von Bewerberinnen für die Führungsaufgaben werden wir gegebenenfalls Personalgewinnungs- und -Auswahlverfahren einsetzen und externe Beratung in Anspruch nehmen.

Personalentwicklung und Führungskräfteförderung

Die Anstrengungen in der Personalentwicklung werden verstärkt. Ziel ist es, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf allen Ebenen zu fördern, damit immer die richtigen Menschen zur richtigen Zeit am richtigen Platz sind. Ein Schwerpunkt soll auf der Personalentwicklung für Führungskräfte liegen, bei denen fachbereichsübergreifende Laufbahnkarrieren angestrebt und konzeptionell umgesetzt werden sollten. Einen weiteren Schwerpunkt wollen wir bei der Entwicklung eines de-zernats- und ämterübergreifenden Konzepts zum Einsatz älterer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter insbesondere in Bereichen mit körperlicher Arbeit setzen. Respektvoller Umgang mit der bisherigen Leistung und Perspektiven für adäquate Weiterbeschäftigungen sollen Merkmale des Konzepts sein.

Vielfalt und Innovation fördern

Eine moderne Verwaltung, die für Bürgerbeteiligung in einer weltoffenen Stadt steht, muss der Vielfalt der Stadt durch interkulturelle Öffnung gerecht werden. Frankfurt ist eine multikulturelle, internationale Stadt. Diese Vielfalt bildet sich aber noch nicht in der Stadtverwaltung ab. Wir werden daher den durch den Oberbürgermeister und das Integrationsdezernat entwickelten 10 Punkte Plan umsetzen und das Diversity-Management in der Stadtverwaltung stärken.

Wir wollen den Anteil der Auszubildenden und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund oder anderer Lebenserfahrung insbesondere in den Bereichen mit Bürgerkontakten weiter erhöhen. Für den Bereich der Auszubildenden prüfen wir den Einsatz von Werbekampagnen. Für die Gewinnung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wollen wir den Einsatz eines anonymisierten Bewerbungsverfahrens in einzelnen Bereichen erproben und evaluieren. Die Erfahrungen anderer Städte wollen wir nutzen.

Die Maßnahmen zur Weiterbildung für interkulturelle Kompetenz in Zusammenarbeit mit dem Amt für multikulturelle Angelegenheiten werden wir fortführen. Interkulturelle Kompetenz wird künftig als ein Beförderungs- und Auswahlkriterium herangezogen.

Im Hinblick auf die heutige Lebenswirklichkeit von Familien sollen die Formulare mit dem Ziel der Diskriminierungsfreiheit überarbeitet werden.

Ideenmanagement

Wir wollen in Abstimmung mit dem Gesamtpersonalrat das Ideenmanagement voranbringen. Gute Ideen für bessere Arbeitsabläufe und Arbeitsprozesse sollen belohnt werden.

Förderung von ämterübergreifender Projektarbeit

Die Herausforderungen für die Stadt Frankfurt ändern sich heute in immer kürzeren Abständen. Für neue Probleme ist häufig zunächst niemand eindeutig zuständig und ihre Lösung erfordert oft flexible, ämterübergreifende Zusammenarbeit. Wir werden deshalb gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern projektbezogene, aufgabenbezogene und zuständigkeitsübergreifende Zusammenarbeit als Routine entwickeln.

Neue Organisationseinheit "Betriebliche Mobilität"

Wir wollen im Personal und Organisationsamt eine neue Organisationseinheit „Betriebliche Mobilität“ einrichten. Aufgabe der Einheit, bei der auch die Vergabe des Jobtickets anzusiedeln wäre, ist es, unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus dem Reformprojekten kosteneffiziente und umweltschonende Mobilität auch der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Beispiel durch Carsharing bei den Ämtern, Rad- statt PKW-Einsatz oder Fahrzeugpooling zur Reduktion des Fahrzeugbestandes voranzubringen.

Reform der städtischen IT und Ausbau von E-Government-Dienstleistungen

Die IT der Stadt Frankfurt ist heute dezentral organisiert, d. h. neben dem Amt für Informations- und Kommunikationstechnik, das unter anderem die zwei zentralen Rechenzentren der Stadtverwaltung sowie das städtische Datennetz betreibt, existieren eine Vielzahl kleinerer und mittlerer IT-Organisationseinheiten in den Ämtern. Unser Ziel ist es, das Amt für Informations- und Kommunikationstechnik zu dem zentralen Dienstleister für die städtischen Ämter und Betriebe auszubauen, der moderne und an den Bedürfnissen der Nutzerinnen und Nutzern orientierte EDV-Technik zur Verfügung stellt.

Bislang fehlt es an abgestimmten, verbindlichen Richtlinien für den IT-Betrieb der Stadt Frankfurt, da die IT-Organisationseinheiten keiner einheitlichen fachlichen Leitung oder Steuerung unterliegen. Auch dem ursprünglich zu diesem Zweck gegründeten Arbeitskreis Informationstechnologie (AKIT), in dem Vertreter aus den verschiedenen IT-Organisationen zusammen treten, gelingt es nicht in ausreichendem Maße, die unterschiedlichen Interessen in verbindlichen Regelungen zusammenzuführen. Daher ist die jetzige Gremienstruktur so zu reformieren, dass eine schnellere und effizientere Erarbeitung und Umsetzung der notwendigen Richtlinien gewährleistet ist. Hierzu bedarf es an zentraler Stelle einer entsprechenden Richtlinienkompetenz.

Dem Amt 16 wird hierzu die Fachaufsicht für die dezentralen IT-Organisationseinheiten übertragen. Damit wird eine übergeordnete Steuerung möglich. Außerdem ermöglicht dieser Schritt dem Amt die konsequente Umsetzung der städtischen IT-Strategie. Hiervon sind insbesondere umfasst:

- zentrale Netzwerkentwicklung und -betrieb
- zentraler Rechenzentrumsbetrieb (einschließlich Serverkonsolidierung)
- zentraler Betrieb und Weiterentwicklung von IT-Basis Applikationen
- zentraler Betrieb und Weiterentwicklung von eGovernment Applikationen
- IT Standardarbeitsplatz Support
- Steuerung und strategische Ausrichtung der IT
- IT-Sicherheitsstandards

Im Moment gibt es aufgrund der dezentralen Struktur auch keinen vollständigen Überblick über die eingesetzte Hard- und Software. Daher ist die Lizenzverwaltung samt der entsprechenden Budgets ebenso im Amt für Informations- und Kommunikationstechnik zu zentralisieren wie sämtliche Budgets für die Beschaffung städtischer Netzwerkkomponenten.

Die Zusammenführung der städtischen Server in den Rechenzentren des Amtes für Informations- und Kommunikationstechnik ist weiter voranzutreiben, um die Wirtschaftlichkeit (Auslastung der Systeme, Energieeffizienz etc.) und Sicherheit des städtischen IT-Betriebs zu verbessern. Insbesondere der Schutz persönlicher Daten der Bürgerinnen und Bürger kann damit verbessert werden. Aus Kostengründen ist dabei ein Umzug auf die virtuelle Serverfarm einer physikalischen Verlagerung der Serversysteme vorzuziehen.

Dort, wo die Fachämter nach einer Migration keine eigenen (oder zumindest deutlich weniger) Administratoren benötigen, und um den durch die Migration steigenden Betriebsaufwand an zentraler Stelle abzudecken, ist anzustreben, dass die ursprünglich dezentral eingesetzten Stellen im Zuge der Migration in das Amt für Informations- und Kommunikationstechnik Einvernehmlich verlagert werden. Dabei wird sich an dem bewährten Vorgehen bei der Implementierung des zentralen IT-Einkaufs orientiert.

Neben der Notwendigkeit einheitlicher Richtlinien und Schutzmechanismen entstehen aufgrund der angespannten Haushaltslagen weitere Erfordernisse: Dazu gehören insbesondere Standardi-

sierung und Modernisierung (Automatisierung) von IT-Infrastruktur und Prozessen. Diese führen einerseits zu Synergieeffekten und somit zu Kostenreduktionen, andererseits erleichtern sie die (inter-)kommunale Zusammenarbeit erheblich. Aus diesen Gründen muss die vom Magistrat beschlossene gesamtstädtische IT-Strategie konsequent umgesetzt werden. Dabei liegt zunächst der Fokus auf dem Pilotprojekt mit dem Bereich IT-Finzen. Parallel dazu sind alle Dezernatsbüros in die zentrale IT-Betreuung durch das Amt für Informations- und Kommunikationstechnik zu überführen, da durch die gemeinsamen Standards die dezernatsübergreifende Nutzung von Applikationen erleichtert wird.

Es sind möglichst viele Geschäftsprozesse zu automatisieren. Auch bei Stellenneuschaffungen ist zwingend im Vorfeld zu überprüfen, ob Automatisierungsmöglichkeiten ausgeschöpft wurden. Der durch die Automatisierung entstehende Personal- und Finanzbedarf ist bei den entsprechenden Organisationseinheiten (insbesondere im Amt für Informations- und Kommunikationstechnik und der Stabsstelle E-Government) zu berücksichtigen, da durch die Automatisierung an anderen Stellen in größerem Umfang personelle und finanzielle Ressourcen eingespart werden können.

Dem demographischen Wandel und dem Wissensverlust durch das Ausscheiden von Mitarbeitern muss mit einem modernen Wissensmanagement begegnet werden. So kann beispielsweise der möglichst flächendeckende Einsatz eines modernen Dokumentenmanagementsystems dazu beitragen, das Knowhow ausscheidender Fachkräfte zu sichern. Die Einführung des Dokumentenmanagements erfolgt zunächst pilotweise.

Um den Bürgerservice weiter zu verbessern, sind weitere städtische Dienstleistungen online anzubieten. Dabei soll jeweils der gesamte Antrags- und Bearbeitungsprozess (von der Antragsstellung über die Bezahlung bis zum Erhalt der Dienstleistung) vollständig elektronisch angeboten werden.

Darüber hinaus ist die auf dem städtischen Open-Data-Portal verfügbare Zahl an Datensätzen kontinuierlich auszubauen, um die Entwicklung innovativer Apps zu fördern. Wir unterstützen auch weiterhin Formate wie #HACKFRANKFURT und sonstige Kooperationen, in denen unsere Angebote mit den Communities genutzt und verbessert werden.

Die Übertragung der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung durch Audiostreaming wird fortgesetzt. Eine Weiterentwicklung des Parlaments-Informationen-Systems PARLIS zur Erreichung noch besserer Nutzerfreundlichkeit wird geprüft.

Der Arbeitskreis Informationstechnologie wird durch ein Gremium ersetzt, dem Entscheidungsträger der Zentralämter, der Stabsstelle E-Government sowie weiterer repräsentativer Ämter und Betriebe angehören und das vom Amt für Informations- und Kommunikationstechnik geleitet und moderiert wird. Wir werden auch prüfen, in wie weit durch den Einsatz von quelloffener Software Kosten vermieden und Innovationen gefördert werden können.

Für Bürgerbeteiligungsverfahren wird die vorhandene und für individuelle Projekte einsetzbare Plattform FRANKFURT FRAGT MICH www.ffm.de eingesetzt.

Reformen

Die Effektivität und Effizienz der Verwaltung zu steigern, halten wir in der aktuellen Situation für Frankfurt am Main als wachsende Stadt für ausgesprochen wichtig. Die Reformkommission hat sich als ein Instrument zur Verwaltungsmodernisierung etabliert und bewährt, zahlreiche Reformprojekte wurden angestoßen und teilweise umgesetzt.

Um die Handlungsfähigkeit der Reformkommission zu steigern, soll jedoch die Arbeitsweise in der Zukunft verändert werden:

Die Besetzung der Reformkommission wird von bisher vier Dezernenten auf die Amtsleitungen der Zentralämter (11, 14 und 20) und - wegen der Bedeutung der IT für alle Prozesse des Verwaltungshandelns - des Amtes für Informations- und Kommunikationstechnik (16) modifiziert; die Sitzungen unter der Leitung des Reformdezernenten finden zukünftig ein- bis zweimal im Quartal statt. Bei Bedarf ist die Teilnahme der Fachdezernenten zu den jeweiligen Projekten möglich. Durch die Zusammenarbeit der Zentralämter wird sichergestellt, dass auch die notwendigen Daten für fundierte Entscheidungen verfügbar sind und nutzbringend eingesetzt werden können.

Alle Dezernate sind aufgefordert, geeignete Reformprojekte für die Wahlperiode zu benennen, die gemeinsam mit dem Reformdezernat vorangetrieben werden, wobei ein verantwortlicher und zielführender Beitrag der Ämter zu leisten ist.

Der Stadtverordnetenversammlung wird ein Bericht vorgelegt, der die vorgesehenen Projekte beschreibt.

Die Reformkommission und das Reformdezernat behalten weiterhin das Vorschlagsrecht für neue bzw. weitere Reformprojekte.

Die „Optimierung des Hochbau- und Liegenschaftsmanagements“ und das „Kitabau-Management“ bleiben dezernatsübergreifende Reformprojekte, die fortgeführt werden sollen.

Es sind verbindliche Regelungen für dezernats- und ämterübergreifende Projekte zu erarbeiten, um eine verlässliche Grundlage für die Zusammenarbeit in künftigen Projekten zu schaffen.

Als Grundlage für ein stadtweit einheitliches und professionelles Projektmanagement ist ein verbindlicher Projektmanagement-Leitfaden zu entwickeln. Inhalt dieses Leitfadens ist die Definition von Begrifflichkeiten und die Regelung der zu treffenden Festlegungen für die Durchführung eines Projektes, wie Beschreibung des Projektzieles, Benennung der Projektbeteiligten / innere Organisation (Projektmanagement, Projektsteuerung, Projektleitung), zu erstellende Unterlagen (Lasten-/Pflichtenheft, Berichtspflichten, Entscheidungsvorlagen, Dokumentationen, Verzeichnisse, einzuholende Zustimmungen), Ermittlung und Budgetierung der Projektmittel sowie Untersuchung von Vergabeproblematiken, Einbindung des Prozessmanagements, Einbindung ggf. bereits vorhandener Lösungen, Nutzung von Unterstützungen, Laufzeit des Projektes mit den Phasen der Projektdurchführung, Erfolgskontrolle, Übergang in den Dauerbetrieb mit Festlegung des Betreibers und Implementierung andauernder Prozessoptimierung.